

Klaus Steinitz

Das Scheitern des Realsozialismus

Schlussfolgerungen für die Linke
im 21. Jahrhundert



Klaus Steinitz
Das Scheitern des Realsozialismus

Klaus Steinitz, Jahrgang 1932, Ökonom, war 13 Jahre in der Staatlichen Plankommission der DDR tätig. In den 1980er Jahren war er Mitarbeiter an der Akademie der Wissenschaften der DDR, von 1990 bis 1993 im Parteivorstand der PDS für den Bereich Wirtschafts- und Sozialpolitik verantwortlich und seit Bildung der AG Wirtschaftspolitik der PDS bis 2003 ihr Sprecher. Seit 2004 ist er Vorsitzender der »Hellen Panke« zur Förderung von Politik, Bildung und Kultur e.V. in Berlin.

Klaus Steinitz

Das Scheitern des Realsozialismus

Schlussfolgerungen für die Linke im 21. Jahrhundert

VSA-Verlag Hamburg

Für kritische Bemerkungen und Anregungen zur Qualifizierung dieser Studie danke ich Joachim Bischoff, Michael Brie, Dieter Klein, Günter Krause, Christoph Lieber, Karl Mai, Hans Modrow, Klaus Müncheberg, Detlef Nakath, Dieter Walter, Siegfried Wenzel, Herbert Wolf.

www.vsa-verlag.de

© VSA-Verlag 2007, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Alle Rechte vorbehalten
Umschlagfoto: um 1956 (dpa)
Druck- und Buchbindearbeiten: Idee, Satz & Druck, Hamburg
ISBN: 978-3-89965-235-2

Inhalt

1. Warum es sich heute noch lohnt, über das Scheitern des Realsozialismus nachzudenken	7
2. Die DDR-Wirtschaft bis 1989 – Leistungen, Defizite, nutzbare Erfahrungen	15
Einige Probleme und Ergebnisse des Ost-West-Vergleichs	15
Wie funktionierte die Planung in der DDR?	25
Exportprobleme und Verschuldung der DDR	31
War die DDR 1989 bankrott und wirtschaftlich am Ende?	33
Inwieweit ist die DDR wirtschaftlich gescheitert?	36
3. Exkurs: Gründe für den ökonomischen Misserfolg der deutschen Einheit – sind die »Erblasten« der DDR schuld?	41
4. Warum ist der Realsozialismus in Europa gescheitert? Generelle Gründe, Besonderheiten in der DDR	47
Fragen, zu denen ein weitgehender Konsens unter den Linken besteht	54
<i>Historische und äußere Faktoren, die im Wesentlichen gegeben und kaum beeinflussbar waren</i>	<i>56</i>
<i>Strukturelle oder genetische Schwächen und Fehlentwicklungen des Staatssozialismus</i>	<i>60</i>
<i>Subjektive Schwächen bei den verantwortlichen Parteigremien und Personen, Defizite und Fehler in der Wirtschafts- und Sozialpolitik</i>	<i>63</i>
Ursachen des Scheiterns des Realsozialismus, zu denen es unter den Linken unterschiedliche Auffassungen gibt	64
<i>Zur Problematik sozialistischer Warenproduktion</i>	<i>69</i>
<i>Probleme einer Äquivalenzökonomie</i>	<i>75</i>
<i>Mangelwirtschaft im Realsozialismus?</i>	<i>77</i>
<i>Die Rolle innerer und äußerer Faktoren für das Scheitern des Realsozialismus</i>	<i>79</i>

5. Wie könnten die ökonomische Grundlagen eines demokratischen Sozialismus aussehen? Überlegungen zu ausgewählten Fragen	86
Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse	94
Herausbildung einer anderen Produktions- und Lebensweise	102
Eine neue Qualität gesellschaftlicher Regulierung	111
Literatur	115

1. Warum es sich heute noch lohnt, über das Scheitern des Realsozialismus nachzudenken

17 Jahre nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus in Europa nimmt das Interesse der Öffentlichkeit in Europa und offensichtlich noch stärker in mehreren Ländern der »Dritten Welt« an einer nichtkapitalistischen, sozialistischen Entwicklungsperspektive wieder zu.

Seit dem Scheitern des Realsozialismus, verstärkt in den letzten Jahren, vollziehen sich tiefgreifende Veränderungen in der Welt, in Europa und in Deutschland, die ein gründliches Nachdenken und eine breite öffentliche Diskussion über einen Sozialismus im 21. Jahrhundert dringend nötig machen. Die ökonomischen, sozialen und ökologischen Probleme und Widersprüche haben sich in allen Ländern der globalisierten kapitalistischen Welt in einem bisher unbekanntem Ausmaß verschärft: Die Nord-Süd-Polarisation hat sich noch mehr zugespitzt, Verelendung, Armut, Hunger und lebensbedrohende Krankheiten breiten sich weiter aus, Kriege und militärische Konflikte nehmen zu. Die Markt- und Geldbeziehungen dringen zunehmend in alle Bereiche des gesellschaftlichen und individuellen Lebens ein.

Das Verschwinden der Systemkonkurrenz hat in Europa dazu geführt, dass die politischen und sozialen Schranken weitgehend beseitigt wurden, die der rücksichtslosen, weltweiten Ausbeutung der überwiegenden Mehrheit der Bewohner der Erde und der maximalen Kapitalverwertung entgegenstehen. In Deutschland, den anderen europäischen Staaten und in den USA nehmen die Zukunftsängste zu. Vor allem die soziale Sicherheit und der Sozialstaat – die Renten, die gesundheitliche Versorgung unabhängig von den Einkommen, die Pflegeversicherung und die Arbeitslosenunterstützung – werden immer mehr von der neoliberalen Abrissbirne bedroht und beschädigt.

Der globale Kapitalismus hat sich als unfähig erwiesen, die Menschheitsprobleme zu lösen. Je größer die Probleme aus den sich zuspitzenden Klassengegensätzen zwischen Kapital und Arbeit, der drohenden Umweltkatastrophe, den widersprüchlichen demografischen Prozessen und der revolutionären Entwicklung der Produktivkräfte und anderen Veränderungen sind, desto klarer wird, dass das kapitalistische System nicht in der Lage ist, den neuen Herausforderungen gerecht zu werden. Damit wird auch deutlich: Der Kapitalismus

ist nicht das Ende der Geschichte, eine alternative, über den Kapitalismus hinausgehende Gesellschaft und eine andere Wirtschaft sind notwendig. Das öffentliche Interesse an möglichen Alternativen wächst. Das zeigt sich u.a. an der aktiven Teilnahme vieler Menschen an den Sozialforen und an Veranstaltungen zu Chancen einer solidarischen Ökonomie.

Fragen einer *Alternative zum Kapitalismus* stehen wieder *auf der Tagesordnung*. Damit gewinnt auch der öffentliche Diskurs über Kriterien und Eigenschaften einer sozialistischen Alternative im jetzigen 21. Jahrhundert, insbesondere auch über ihre wirtschaftliche Entwicklung, über notwendige Veränderungen in den Beziehungen zwischen Wirtschaft, Sozialem und Ökologie sowie über eine andere Regulierungsweise der Wirtschaft und anderer gesellschaftlicher Bereiche an Bedeutung.

Deshalb muss sich die Linke differenziert und kritisch mit dem welthistorischen Versuch auseinandersetzen, eine sozialistische Gesellschaft als Alternative zum Kapitalismus zu schaffen. Die Herausbildung und Entwicklung des Realsozialismus, die mit dem Sieg der Oktoberrevolution 1917 in Russland begann, wurde nach der Zerschlagung des Faschismus mit den (staats-)sozialistischen Umgestaltungen in den mittel- und osteuropäischen Staaten, zu denen auch die DDR gehörte, und mit den Siegen sozialistischer Kräfte in China, Vietnam, Nordkorea, und in Kuba fortgesetzt.

74 Jahre Existenz einer antikapitalistischen Alternative in Russland/der UdSSR und 40 Jahre in der DDR und anderen mittel- und osteuropäischen Ländern können nicht als eine Episode der Weltgeschichte abgetan werden. Über 70 Jahre Erfahrungen mit einem nichtkapitalistischen System stellen eine welthistorische Zäsur dar. Die Existenz des Realsozialismus hat ungeachtet der schwerwiegenden Entstellungen der sozialistischen Idee durch Willkür und Verbrechen des Stalinismus, durch die starre, zentralistische Leitung und Planung, durch die Einschränkung von Demokratie und Freiheitsrechten tiefe Spuren in der Weltgeschichte hinterlassen. Die Sowjetunion hat den größten Beitrag zur Zerschlagung des Hitlerfaschismus geleistet. Die Existenz des Realsozialismus hat entscheidenden Anteil am Zusammenbruch des kapitalistischen Kolonialsystems. Sie hat wesentlich dazu beigetragen, dass in den kapitalistischen Zentren wichtige politische und soziale Zugeständnisse im Interesse der abhängig Beschäftigten und sozial Schwachen durchgesetzt werden konnten.¹ Das Bestehen der Sowjetunion und des sozialistischen Lagers in äußerst schwierigen Zeiten hat auch den prinzipiellen Beweis geliefert, dass eine Gesellschaft

¹ Vgl. hierzu auch Programm der PDS von 1993.

ohne Massenarbeitslosigkeit, ohne Ausbeutung und ohne Dominanz des Profitprinzips grundsätzlich möglich ist.

Die weitere Auseinandersetzung mit den Gründen für das Scheitern des Sozialismusversuchs in Europa, mit den Erfahrungen des Realsozialismus, mit seinen Defiziten und Mängeln – speziell mit den in der Ökonomie und der ökonomischen Politik liegenden Faktoren –, aber auch mit seinen Leistungen, ist für die Entwicklung linker, alternativer Politik und Programmatik unverzichtbar. Das gilt sowohl für die Ausarbeitung und Begründung alternativer wirtschaftspolitischer Vorschläge zu den gesellschaftlichen Problemen und Konflikten in der Gegenwart und nahen Zukunft, als auch für die Diskussion inhaltlicher Vorstellungen eines demokratischen Sozialismus im 21. Jahrhundert als Alternative zum heutigen Finanzmarkt-Kapitalismus.

Diese Aufarbeitung und die Suche nach einem größeren Konsens in der Bewertung des Scheiterns des Realsozialismus,² wie auch seiner vielfältigen Erfahrungen und die Verständigung über Aufhebenswertes und Weiterzuentwickelndes können die sozialistische Linke stärken, ihre Akzeptanz unter den kapitalismuskritischen Kräften erhöhen und dabei helfen, die politischen Auseinandersetzungen mit dem Neoliberalismus und seinen gesellschaftlichen Stützen offensiver und wirkungsvoller zu führen. Sie können auch die aktuellen Diskussionen zu sozialistischen Alternativen nicht nur in Europa, sondern auch in Lateinamerika und in anderen Regionen der Welt unterstützen.

Die Entwicklung der Gewerkschaften, der neuen sozialen Bewegungen, speziell der globalisierungskritischen Bewegung und der Sozialforen, sowie der linken sozialistischen Parteien wirft neue Fragen nach den sozialen Trägern einer sozialistischen Entwicklung auf. Die Vielfalt der Akteure sozialistischer Politik nimmt zu. Diese Bewegungen und Parteien gehen davon aus, dass eine andere Welt nicht nur nötig, sondern auch möglich ist. In der Bundesrepublik gewinnen die Fragen einer sozialistischen Alternative mit der Herausbildung

² Bischoff u.a. schrieben vor kurzem, dass sich die Mitglieder von Linkspartei.PDS und WASG bisher noch nicht über die Gründe des Scheiterns der Sozialismusversuche verständigt haben (vgl. Bischoff u.a. 2006: 28). Vor 10 Jahren schrieb der Vorsitzende der PDS Lothar Bisky zum Geleit für das Buch »Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar«: »1993 (in diesem Jahr wurde das zweite Programm der PDS beschlossen – K.S.) war es noch akzeptabel zu begründen, warum so kurz nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus noch nicht alle Gründe dafür präzise formuliert und einige Fragen nicht zu beantworten waren. Wie lange noch? Auf Rechtfertigungsargumenten darf man nicht einschlafen, das Erwachen könnte böse ausfallen.« (Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung 1997: 9) Die bis heute hierbei erzielten Erkenntnisfortschritte können nicht befriedigen. Offensichtlich hat »man« doch zu lange geruht.

einer neuen gesamtdeutschen Linkspartei und den damit einhergehenden programmatischen Debatten eine besondere Aktualität.

Die Entwicklung der sozialen Träger oder subjektiven Kräfte für einen Demokratischen Sozialismus verläuft sehr widersprüchlich und wird besonders in Europa noch im erheblichen Maße durch die Schwäche der Linken nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus 1989/91 und durch krisenhafte Prozesse unter den Linken gehemmt.

Auch die politischen Prozesse in Lateinamerika, veränderte Machtstrukturen in mehreren Ländern zugunsten der Linken und sich abzeichnende Veränderungen in den Eigentumsstrukturen durch Verstaatlichung von Bodenschätzen und anderen natürlichen Ressourcen tragen dazu bei, das Interesse an einem Sozialismus im 21. Jahrhundert in breiteren Bevölkerungsschichten wieder zu wecken.

Im Vordergrund der folgenden Betrachtung stehen die ökonomischen Probleme, natürlich immer im Zusammenhang mit der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung, ohne deren Analyse eine Erklärung für das Scheitern des Realsozialismus nicht möglich ist. Dabei konzentriere ich mich auf Probleme und Erfahrungen der DDR, auf dem Hintergrund der generellen Probleme und Erfahrungen des Realsozialismus in Europa im vergangenen Jahrhundert. Dabei spielen die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit der UdSSR auf der einen und zur Bundesrepublik Deutschland auf der anderen Seite in allen Etappen der Entwicklung der DDR, von ihrer Entstehung bis zu ihrem Untergang, eine herausragende Rolle.

Die Entwicklung des Realsozialismus in der DDR ist nur im Zusammenhang mit dem Staats-, Wirtschafts- und Planungsmodell der Sowjetunion und der politischen und ökonomischen Entwicklung in der UdSSR und in den anderen Ländern des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) zu verstehen und realistisch zu bewerten. In allen europäischen Ländern des Realsozialismus bestanden, mehr oder weniger stark modifiziert, ähnliche Probleme: Demokratiedefizite, überzentralisierte Planung und Leitung, unzureichende reale Verfügung der Produzenten über das staatliche Eigentum, Innovationsschwäche u.a.

Typisch für die ökonomische und soziale Entwicklung in allen staatssozialistischen Ländern Europas waren zugleich auch hohe gesamtwirtschaftliche Wachstumsraten, vor allem in den ersten Jahrzehnten ihrer Entwicklung, Überwindung der Massenarbeitslosigkeit, beträchtliche Erhöhung der Reallöhne und des Lebensstandards bei gleichzeitig ständigen Versorgungsproblemen besonders bei neuen und qualitativ hochwertigen Konsumgütern und moderner Technik. Es bestanden größere Rückstände gegenüber den kapitalistischen Indus-

trielländern in der Produktivität und Effizienz der Produktion, die größtenteils in den 1970er und 1980er Jahren weiter zunahmen.

Insgesamt konnten die realsozialistischen Länder beträchtliche Fortschritte im Modernisierungsprozess erreichen. Es war aber im Wesentlichen eine die kapitalistische Entwicklung nachholende Modernisierung. Sie wies zudem Einseitigkeiten auf, weil wichtige Seiten vernachlässigt wurden. Schwächen gab es vor allem im Innovationsgeschehen – im Tempo, in der Anwendungsbreite und in der Qualität von Erzeugnis- und Verfahrensinnovationen –, bei der Herausbildung moderner Produktions- und Dienstleistungsstrukturen, in der Effizienz der eingesetzten Ressourcen sowie bei der Befriedigung des konkreten Bedarfs an Zulieferungen, Ausrüstungen und Konsumgütern. Die Folge waren ausgeprägte Züge einer Mangelwirtschaft und einer darauf beruhenden Schattenwirtschaft. Unbefriedigend war auch die Entwicklung auf Gebieten, die mit den neuen Herausforderungen am Ende des 20. und zu Beginn des 21. Jahrhunderts verbunden waren, wie: Herausbildung eines neuen Reproduktionstyps nachhaltiger Entwicklung, der u.a. die absolute Senkung des Verbrauchs natürlicher Ressourcen und die konsequente Beachtung von Umwelterfordernissen verlangt; Förderung von Subjektivität und Selbstbestimmung in der Arbeit; effektive Gestaltung von Wertschöpfungsketten und Wirtschaftsorganisation unter Nutzung der modernen Informationstechnik. Die unzureichende Entwicklung von Wirtschaftsdemokratie und zivilgesellschaftlichen Strukturen hemmten zunehmend die Herausbildung einer neuen Produktions- und Lebensweise.³

Bei der Konzentration der weiteren Untersuchungen auf die DDR sind neben den weitgehend gemeinsamen Zügen mit der UdSSR und den anderen realsozialistischen Ländern Europas, die sich aus der Übernahme des sowjetischen Modells ergaben, einige für die Entwicklung der DDR wichtige Spezifika zu beachten.

Erstens beruhte die sozialistische Entwicklung in der DDR auf der Zerschlagung des deutschen Faschismus und der damit zusammenhängenden Existenz Ostdeutschlands als sowjetische Besatzungszone bis zur Gründung der DDR 1949. Auch in der Folgezeit blieb die Sowjetarmee in der DDR. Die sowjetische Partei- und Staatsführung übte einen entscheidenden Einfluss auf die politische und ökonomische Entwicklung in der DDR aus. Insgesamt war in der DDR die Abhängigkeit der Politik und speziell der Wirtschaftspolitik von der

³ Hier werden einige Probleme nur genannt, die in den folgenden Abschnitten weiter analysiert und bewertet werden sollen.

UdSSR stärker ausgeprägt als in den anderen RGW-Staaten. Die außenwirtschaftlichen Beziehungen zwischen der UdSSR und der DDR waren insgesamt umfassender und intensiver als die zwischen der UdSSR und den anderen RGW-Staaten.

Zweitens waren die DDR und die Tschechoslowakei die einzigen Länder, die vor Beginn des sozialistischen Aufbaus zu den industriell entwickelten Ländern Europas gehörten. Daraus ergaben sich für die DDR viele Probleme und auch unterschiedliche Interessen bei der Nutzung der Möglichkeiten und Vorteile der internationalen Arbeitsteilung im Rahmen des RGW.

Drittens war die DDR der einzige Staat, der *als Teil* eines früher bestehenden einheitlichen Staates und eines einheitlichen Wirtschaftsorganismus den Weg des sozialistischen Aufbaus beschritt. Hieraus ergaben sich vielfältige, größtenteils problematische und hemmende Auswirkungen, u.a. einer bis 1961 offenen Staatsgrenze, beträchtliche, teilweise einschneidende Verluste an gut ausgebildeten Fachkräften, die nach Westdeutschland abwanderten, starke Abhängigkeit von politisch induzierten Störungen der Wirtschaftsbeziehungen.

Viertens war die DDR direkt mit der stärksten europäischen Wirtschaftsmacht konfrontiert und dadurch mit einer in den 1950er und 1960er Jahren äußerst dynamischen Wirtschaftsentwicklung sowie beträchtlichen Reallohn-erhöhungen und Verbesserungen des Lebensstandards der Bevölkerung, die immer als Vergleichsmaßstab für die Bevölkerung der DDR galten. Aus den engen und zugleich spezifischen Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten und zwischen den dort lebenden Menschen ergaben sich einige Besonderheiten, die die Entwicklung der DDR stark beeinflussten.

Zusammenfassend machen folgende Gründe eine Analyse der ökonomischen und sozialen Entwicklung in der DDR sowie der Faktoren für das Scheitern des Realsozialismus in Europa und speziell in der DDR notwendig:

1. Ein ehrlicher, kritischer und zugleich differenzierter Umgang mit der Geschichte des Real- oder Staatssozialismus in Europa und in der DDR, der seine Defizite, Fehler und Schwächen im zeitgeschichtlichen Kontext aufdeckt, aber auch seine Leistungen auf wichtigen Gebieten beachtet, erhöht die Glaubwürdigkeit der Linken und der Linksparteien in Deutschland und in Europa. Wie die Erfahrungen seit 1990 zeigen, ist dies keine befristete, nach einiger Zeit abgeschlossene Aufgabe, sondern eine ständige Herausforderung. Unmittelbar nach dem Scheitern des Realsozialismus in der DDR und in den folgenden Jahren gab es in der PDS und darüber hinaus auch unter den nicht zur PDS oder ihren Sympathisanten gehörenden kapitalismuskritischen Menschen der Bundesrepublik eine umfangreiche, größtenteils kritische, bei einigen Punkten auch recht kontroverse Auseinanderset-

zung mit der DDR-Vergangenheit.⁴ Sie ist aber in den letzten Jahren etwas in den Hintergrund getreten und unter den Linken Ostdeutschlands teilweise, auch als Reaktion auf völlig verzerrte, einseitig negative Pauschalurteile im herrschenden Diskurs über die »zweite Diktatur« und die »katastrophale« wirtschaftliche Situation der DDR, verdrängt worden.

2. Eine tiefere Analyse und Bewertung der Faktoren, die zur Niederlage des Realsozialismus in Europa und in der DDR geführt haben, verbessert die Überzeugungskraft der Argumente, dass eine sozialistische Alternative zur kapitalistischen Gesellschaft auch nach dem Scheitern des Realsozialismus notwendig und auch möglich ist; dass der Kapitalismus nicht das Ende der Geschichte sein muss und sein darf. Dazu muss man die Entwicklung des Realsozialismus und sein Scheitern als Resultat des Zusammenwirkens und der gegenseitigen Einflussnahme von Faktoren unterschiedlicher Qualität analysieren. Im Abschnitt 4 werden sie inhaltlich und in ihren Wirkungen näher untersucht und bewertet.

Der Staatssozialismus erbrachte auch Leistungen und wertvolle Erfahrungen in der Organisation, Leitung und Planung der gesellschaftlichen Entwicklung auf wichtigen Gebieten, einschließlich der Wirtschaft. Diese wurden aber einerseits durch die strukturellen Defizite und subjektiven Fehler größtenteils nur eingeschränkt wirksam. Andererseits wurden interessante Entwicklungen, die zu einer höheren Effizienz und zur Entfaltung von Elementen der Wirtschaftsdemokratie hätten beitragen können, häufig abgebrochen, wie z.B. das Neue Ökonomische System (NÖS) oder die Bildung von Produktionskomitees in den Betrieben in den 1960er Jahren als Gremien für die Beratung und Mitentscheidung der Belegschaften über wirtschaftliche und soziale Fragen, die recht schnell wieder von der Bildfläche verschwanden. So konnten solche positiven Ansätze ihr eigentliches Potenzial nicht entfalten.

3. Die kritische Auseinandersetzung mit den einseitigen, oft direkt falschen und simplifizierenden Darstellungen in der vorherrschenden Geschichtsschreibung und Publizistik, einschließlich der verschiedenen im Auftrage des Bundestages bzw. der Bundesregierung arbeitenden Kommissionen und Einrichtungen zur Geschichte der DDR, wird dadurch unterstützt. Dabei

⁴ Diese Diskussionen fanden ihren Niederschlag im Programm der Partei des demokratischen Sozialismus, das 1993 von der 1. Tagung des 3. Parteitagess im Januar 1993 angenommen wurde. In dem Abschnitt »Das Scheitern des sozialistischen Versuchs« ist eine grundsätzliche und zugleich differenzierte Bewertung des sozialistischen Versuchs in der DDR enthalten, die m.E. auch heute noch zutreffend ist.

kommt der Widerlegung der Behauptungen über einen totalen wirtschaftlichen Bankrott der DDR und eine völlig marode DDR-Wirtschaft sowie der Auseinandersetzung mit der davon abgeleiteten These über die »Erblast DDR« als entscheidende Ursache für das ökonomische Scheitern der deutschen Einheit ein wichtiger Platz zu. Einerseits ist es dadurch besser möglich, die Verantwortung der politisch herrschenden Kräfte der Bundesrepublik für das Fehlschlagen der Vereinigungspolitik nachzuweisen, und den Versuchen, diese Verantwortung einseitig auf die DDR-Vergangenheit abzuwälzen, überzeugende Argumente entgegenzusetzen. Aus diesen Gründen wurde ein gesonderter Abschnitt »Gründe für den ökonomischen Misserfolg der deutschen Einheit – sind die ›Erblasten‹ der DDR daran schuld?« aufgenommen. Andererseits können dadurch auch die Leistungen, die die Menschen in der DDR unter schwierigen Bedingungen erzielt haben, besser beurteilt werden.

4. Wichtige Erfahrungen und Erkenntnisse zu den Grundrichtungen der Gestaltung, zur möglichen Funktions- und Regulierungsweise und zu den notwendigen Bedingungen und Voraussetzungen eines demokratischen Sozialismus sowie zu Schritten, die schon im Kapitalismus in diese Richtung grundsätzlich gegangen werden können, können sachlicher und kompetenter diskutiert werden. Die Analyse und Bewertung der Defizite und Schwächen des Realsozialismus erfolgt deshalb nicht nur unter dem Aspekt ihrer Kritik und Vermeidung, sondern auch zur Begründung anderer, besserer Lösungen. Zugleich muss deutlich werden, wie bewahrenswerte Leistungen, Erfahrungen und auch konkrete Instrumente genutzt und entsprechend neueren Erkenntnissen und Möglichkeiten der Produktivkraftentwicklung, insbesondere der Informationstechnik, der Zuspitzung der Umweltprobleme sowie der veränderten Bedingungen des globalen Finanzmarkt-Kapitalismus, weiterentwickelt oder verändert werden müssen.⁵

⁵ Andreas Hallbauer nennt eine Reihe noch offener Fragen zum Scheitern des Realsozialismus und zu den Erfordernissen eines neuen Sozialismusprojekts. Seine Feststellung, dass es »zu diesen Fragen weder innerhalb der beiden Gründerparteien, noch zwischen ihnen, noch in der interessierten Öffentlichkeit auch nur im Ansatz eine Verständigung« gibt, ist allerdings stark übertrieben und ignoriert die umfangreiche Literatur, die hierzu erschienen ist. (Vgl. Hallbauer, 2006: 24)

2. Die DDR-Wirtschaft bis 1989 – Leistungen, Defizite, nutzbare Erfahrungen

Hier kann keine umfassende Analyse vorgenommen werden.⁶ Es werden einige Zusammenhänge, Probleme und Leistungen hervorgehoben, die die ökonomische Entwicklung der DDR kennzeichnen und eine differenzierte Bewertung des sozialistischen Versuchs im Osten Deutschlands ermöglichen.

Die DDR hatte nach allen im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) vorgenommenen Analysen eine Spitzenstellung unter den RGW-Ländern in der Produktivität, sowohl gesamtwirtschaftlich als auch in der Industrie und in der Landwirtschaft, in der Produktion und Konsumtion je Einwohner sowie auch im wissenschaftlich-technischen Stand der Produktion (im nicht-militärischen Bereich). Der wirtschaftliche Vorsprung der DDR gegenüber den anderen RGW-Ländern, gemessen an makroökonomischen Indikatoren, wie Nationaleinkommen und Konsumtion je Einwohner oder Arbeitsproduktivität war – mit Ausnahme der Tschechoslowakei – relativ groß (vgl. hierzu auch Abschnitt 3).

Einige Probleme und Ergebnisse des Ost-West-Vergleichs

Ein Grundproblem der Entwicklung in der DDR war von Anfang an, dass in der Wahrnehmung der in ihr lebenden Menschen das relativ hohe Niveau der Wirtschaftskraft und der Konsumtion der DDR im Vergleich zu den anderen RGW-Staaten eine weit geringere Rolle spielte, als die beträchtlichen und in den 1980er Jahren weiter zunehmenden Rückstände gegenüber Westdeutschland. Der dominierende Vergleichsmaßstab Bundesrepublik trug auch dazu bei, dass von vornherein Versuche zur Schaffung von dem Sozialismus adäquaten, anderen Wirtschafts- und Produktionsstrukturen sowie von Elementen einer

⁶ Hierzu liegt eine umfangreiche Literatur vor. Vgl. (nach zeitlichem Erscheinen geordnet) u.a.: Behrens 1957; Benary 1957; Kusch u.a. 1991; Nick 1993; Behrens 1992; Krömke 1995; Wolf 1996, 9ff.; Wenzel 1996, 89ff.; Watzek 1996, 337ff.; Schürer 1996, 375ff.; Nick/Steinitz 1996; Luft 1998; Deutsche Bundesbank 1999; Wenzel 2000; Bischoff/Draheim 2003; Bollinger (Hrsg.) 2004; Heske 2005; Mittelbach 2005, Roesler 2006; Mai 2006a.

zum Kapitalismus alternativen Lebensweise nicht nur erschwert waren, sondern kaum eine reale Chance hatten.

Bei Vergleichen des wirtschaftlichen Entwicklungsniveaus der DDR Ende der 1980er Jahre mit dem der Bundesrepublik werden häufig ihr unterschiedliches Ausgangsniveau und die differenzierten Auswirkungen der durch die Spaltung entstandenen Disproportionen unzureichend beachtet. Die DDR hatte nach den offiziell vorliegenden Angaben 97-98% der Reparationen Deutschlands zu bezahlen. (Wenzel 2000: 43)

In dem Buch »Momente deutsch-deutscher Wirtschafts- und Sozialgeschichte 1945 bis 1990« legt Jörg Roesler interessante Fakten zu dieser Problematik dar. »Die DDR musste von einem signifikant niedrigeren Niveau aus ihre Wirtschaft wiederherstellen als die Bundesrepublik. Diese deutliche Differenz zwischen Ost und West galt nicht nur für das Ausmaß der Reparationen und den Umfang der verbliebenen Kapazitäten. Mindestens ebenso gravierend waren die durch die Demontagen verursachten strukturellen Disproportionen.« (Roesler 2006: 45) Die industriellen Kapazitäten der SBZ betrug 1948 etwa die Hälfte des Standes von 1936, in den Westzonen lagen sie um 11% über dem Niveau von 1936. Der Produktivitätsrückstand der DDR gegenüber der Bundesrepublik betrug 1950 nach verschiedenen Angaben 30 bis 50% (ebd.: 45f.). In den ersten Nachkriegsjahren war der Substanzverlust durch Demontagen bestimmend. In den Jahren ab 1949 verlagerten sich die Reparationsleistungen zunehmend auf Entnahmen aus der laufenden Produktion. Sie umfassten 1946 bis 1953 einen Anteil von 22% der laufenden Produktion (Wenzel 2000: 42). Daraus ergaben sich natürlich einschneidende Konsequenzen für die Investitionen. Die Investitionsquote der DDR lag in den ersten Jahren ihrer Existenz unter 10%, während sie in der BRD über 20% betrug (ebd.: 45). Diese Rückstände konnten nicht aufgeholt werden. Ostdeutschland wurde auch weit stärker von den Disproportionen betroffen, die sich aus dem Zerreißen des einheitlichen deutschen Wirtschaftsterritoriums ergaben.

Internationale Wirtschafts- und speziell Produktivitätsvergleiche sind immer problematisch. Dies gilt besonders für Vergleiche zwischen Volkswirtschaften mit entgegengesetzten sozial-ökonomischen Grundlagen sowie unterschiedlichen Produktions-, Verbrauchs- und Preisstrukturen, wie dies beim Vergleich zwischen der DDR und der BRD der Fall war.⁷ Das ist ein Grund dafür, dass die Ergebnisse der zahlreichen Vergleiche, die von west- und ostdeutschen Stellen, Statistischen Ämtern und Forschungseinrichtungen, durchgeführt wurden, häufig stark voneinander abweichen. Der in verschiedenen Veröffentlichungen ausge-

⁷ Vgl. hierzu: Heske 2005; Wagener 1995: 67ff.

wiesene gesamtwirtschaftliche Produktivitätsrückstand der DDR gegenüber Westdeutschland Ende der 1980er Jahre schwankt z.B. zwischen 30 und 70%.

Das ökonomische Entwicklungsniveau der DDR Ende der 1980er Jahre kann gedrängt durch folgende ausgewählte Angaben charakterisiert werden:⁸ Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der DDR wuchs von 1970 bis 1989 auf 184%, die jahresdurchschnittlichen Zuwachsraten betragen: 1971-1975: 4,0%, 1976-1980: 3,6%, 1981-1985: 3,1%, 1986-1989: 2,1%. Zwar nahmen sie im Verlauf der 1970er und 1980er Jahre ab, lagen jedoch mit Ausnahme eines einzigen Jahres (1986) immer über 2%. (Heske 2005: 51f.)

Infolge negativer wertmäßiger Effekte, die vom Export in das kapitalistische Währungsgebiet ausgingen (ungünstige Relation zwischen Inlandsaufwand und Exporterlös), nahm die inländische Verwendung des BIP trotz des starken Anstiegs der Auslandsverschuldung langsamer zu als die Produktion des BIP. Von 1970 bis 1989 stieg das produzierte BIP um 84%, die Inlandsverwendung jedoch nur um 71%. (ebd.: 59) Eine Berechnung auf der Grundlage der im Statistischen Jahrbuch der DDR 1990 veröffentlichten Zahlen für das produzierte und das im Inland verwendete Nationaleinkommen zeigt, dass in jedem Jahr von 1985 bis 1989 das im Inland verwendete Nationaleinkommen um mehr als 10 Mrd. Mark geringer war als das produzierte Nationaleinkommen, insgesamt in diesen fünf Jahren um rund 83 Mrd. Mark. (Statistisches Jahrbuch der DDR 1990: 101, 106) Das wirkte sich natürlich stark begrenzend auf das mögliche Wachstum der Konsumtion und der Investitionen in diesem Zeitabschnitt aus.

Das BIP je Erwerbstätigen (die gesamtwirtschaftliche Produktivität) betrug nach den umfangreichen und detaillierten Untersuchungen von Heske in der DDR 1989 45% des westdeutschen Niveaus. Beim BIP je Einwohner lag diese Kennziffer mit 56% um rund 10 Prozentpunkte höher. Dieser Unterschied ist darauf zurückzuführen, dass es in der DDR keine Arbeitslosigkeit gab und auch die Erwerbsquote (Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter) beträchtlich höher lag als in der BRD (ebd.: 67). Bei beiden Indikatoren verringerte sich der gesamtwirtschaftliche Rückstand der DDR gegenüber 1970. Dies galt für die Zeit 1970 bis 1985 (relatives Niveau der DDR beim BIP je Erwerbstätigen betrug 1970 39%, 1985 44%, beim BIP je Einwoh-

⁸ Die folgenden neuen Daten zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der DDR im Zeitraum 1970/90 und zum relativen Niveau im Vergleich zur BRD beruhen auf der bisher umfassendsten Um- und Rückrechnung von Kennziffern der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) der DDR auf die Methodik der in der EU angewandten VGR, um die Vergleichbarkeit der DDR Daten mit den Daten der BRD zu ermöglichen (vgl.: Gerhard Heske, Köln 2005).

ner entsprechend 45% und 56%). In den Jahren von 1985 bis 1989 blieb der Abstand gleich.

Ein Vergleich der Arbeitseinkommen der DDR mit denen der Bundesrepublik wird durch einige zusätzliche Faktoren erschwert:

- unterschiedliche Anteile der Steuern und Sozialabgaben an den Bruttolöhnen – sie waren in der DDR wesentlich niedriger. Die Differenz zwischen Brutto- und Nettolohn betrug 1989 in Westdeutschland 32,4% und in Ostdeutschland nur 13,5%. 1989 erreichten die Bruttolöhne in der DDR etwa ein Drittel des Westniveaus, die Nettolöhnen jedoch zwischen 40 und 50% (Mittelbach 2005: 27f.),
- hohe staatliche Preissubventionen für Waren des Grundbedarfs, die in den 1980er Jahren vor allem im Zusammenhang mit der Erhöhung der Produzentenpreise für Energieträger und landwirtschaftliche Erzeugnisse sprunghaft anstiegen,
- teilweise völlig entgegengesetzte Preisstrukturen für Konsumgüter und Dienstleistungen in Ost- und Westdeutschland.

Bei den für das reale Einkommensniveau der Bevölkerung wichtigen durchschnittlichen Haushaltseinkommen waren die Abstände weit geringer als bei den Löhnen. Das relative Einkommensniveau je Person erreichte in Arbeitnehmerhaushalten der DDR infolge des im Vergleich zu Westdeutschland höheren Beschäftigungsgrades der Frauen (größerer Anteil von Doppelverdienern je Haushalt) und der größeren Zuwendungen aus gesellschaftlichen Fonds (»zweite Lohntüte«) etwa zwei Drittel des Westniveaus.

Die staatlichen Preisstützungen zur Sicherung konstanter Preise für Waren des Grundbedarfs, für Tarife und Dienstleistungen allgemeiner Art für die Bevölkerung stiegen in acht Jahren von 16,9 Mrd. Mark (1980) auf 49,8 Mrd. Mark (1988), wodurch sich ihr Anteil am gesamten bezahlten Verbrauch der Bevölkerung an Waren und Dienstleistungen von 15% auf 34% erhöhte. Damit nahm der Anteil der Preisstützungen an den Gesamtausgaben des Staatshaushalts von 15% auf rund 25% zu. Besonders rasant stiegen in diesem Zeitraum die Preissubventionen für Lebensmittel, von 7,8 Mrd. Mark auf 31,9 Mrd. Mark. (Berechnet auf der Grundlage von Daten des Statistisches Jahrbuchs der DDR 1990: 301, 315)

Diese aus dem Staatshaushalt finanzierten Preissubventionen für die Konsumtion der Bevölkerung sollten nicht mit den aus dem Staatshaushalt finanzierten Ausgaben des Staates für Bildung, Kinderbetreuung, Gesundheit, Kultur, Sport u.ä. zu einer Größe »konsumtive Ausgaben des Staates« zusammengefasst und den Investitionen für die produzierenden Bereiche gegenübergestellt werden. Die Preissubventionen für Konsumgüter und Dienstleistungen

weisen einen völlig anderen Inhalt als die aus dem Staatshaushalt finanzierten Sozialleistungen auf. Sie korrespondieren eher mit den Löhnen. Sie bestimmen zusammen mit den nominalen Arbeitseinkommen und anderen Geldeinkommen der Bevölkerung *die Höhe und die Entwicklung der Reallöhne bzw. der Realeinkommen*. Die Preissubventionen waren einerseits ein wichtiges sozialpolitisches Instrument, indem sie durch niedrige Preise für Kinderbekleidung und -schuhe Familien mit Kindern materiell unterstützten oder durch die niedrigen Wohnungsmieten, Verkehrs-, Energie- und Wassertarife sicherstellten, dass auch Menschen mit niedrigen Einkommen sich eine Wohnung leisten, die öffentlichen Verkehrsmittel für ihre Mobilität nutzen und ihren Bedarf an Energie und Wasser decken konnten. Sie führten andererseits dazu, dass der Spielraum für Lohnerhöhungen und eine differenzierte Lohnpolitik insgesamt zu gering war und sich in den 1980er Jahren weiter einengte.

Die Analyse der Ausgaben des Staatshaushalts für Konsumgüter und Dienstleistungen (Preissubventionen) auf der einen und für das Bildungswesen, das Gesundheits- und Sozialwesen und die Kultur auf der anderen Seite weist auch auf die problematische Tendenz hin, dass sich die Proportionen vor allem in den 1980er Jahren stark zu Ungunsten der Finanzierung dieser gesellschaftlich wichtigen Bereiche verschoben haben. Die Ausgaben des Staatshaushalts für Bildungswesen, kulturelle und soziale Bereiche betragen 1980 22,7 Mrd. Mark und stiegen bis 1988 auf 36,1 Mrd. Mark. (ebd.: 301) Trotz der beträchtlichen Steigerung dieser Ausgaben veränderte sich die Relation zwischen den Preissubventionen und den Ausgaben für diese Bereiche von 0,74:1,0 (1980) auf 1,38:1,0 (1988). Hieraus ergibt sich auch eine Konsequenz für die Beurteilung der Proportionen der Inlandsverwendung des Nationaleinkommens bzw. des BIP: Nicht der hohe Zuwachs der aus den gesellschaftlichen Fonds finanzierten konsumtiven Ausgaben insgesamt und der darin enthaltenen Sozialleistungen war das Problem, sondern die sprunghafte Erhöhung der Fonds für Preissubventionen.

In den 1980er Jahren schlug sich die Verschlechterung entscheidender innerer und äußerer wirtschaftlicher Rahmenbedingungen u.a. im Rückgang der Investitionsquoten nieder. Die bisher den Analysen zugrunde gelegten Daten des Statistischen Jahrbuchs der DDR⁹ müssen nach den angeführten umfassen-

⁹ Nach den Angaben des letzten Statistischen Jahrbuchs der DDR betrug die Akkumulationsrate (Anteil der Nettoinvestitionen im produzierenden Bereich, der Investitionen im nichtproduzierenden Bereich und der Veränderung der materiellen Bestände am Nationaleinkommen): 1970: 29,0%, 1980: 26,2 , 1989: 21,8%. Der Anteil der Nettoinvestitionen der produzierenden Bereiche am verwendeten Nationaleinkommen fiel nach diesen Angaben von 16,1% 1970 auf 10,1% 1989. (ebd.: 106)

den Vergleichsrechnungen Heskes etwas korrigiert werden. Danach stiegen die Bruttoinvestitionen (die Umrechnungen erfolgen in Euro, Preisbasis ist das Jahr 1995) von 29,7 Mrd. Euro 1970 auf 47,1 Mrd. Euro in 1989. In den Fünfjahresabschnitten vollzog sich gegenüber 1970 (= 100) folgende Entwicklung, 1975: 113,8%, 1980: 136,2%, 1985: 140,1% und 1989: 158,7%. Die Konsumausgaben als Teil der Inlandsverwendung des BIP stiegen in diesem Zeitraum deutlich schneller, nämlich auf 175,2%. (Heske 2005: 59) Der Anteil der Bruttoinvestitionen an der inländischen Verwendung des BIP ist dadurch in diesem Zeitraum zurückgegangen. Er betrug 1970: 25,1%, 1975: 23,8%, 1980: 24,0%, 1985: 22,6% und 1989: 23,3%. (ebd.: 59)

Die Dynamik der Investitionen blieb in diesen beiden Jahrzehnten hinter den volkswirtschaftlichen Anforderungen zurück. Im Zusammenhang mit der Konzentration der Investitionen auf bestimmte Bereiche und Aufgaben (Energiewirtschaft und Erdölverarbeitung u.a. zur Heizölablösung durch forcierte Steigerung der Gewinnung, der Verarbeitung und des Transports von Braunkohle sowie durch höhere Veredlung des Erdöls; Mikroelektronik) ergaben sich zunehmende Ungleichgewichte in der Verwendungsstruktur der Investitionen sowie Disproportionen und größere Rückstände in der gesamten Reproduktion der Produktionsanlagen und der Infrastruktur, die sich vor allem in der Vernachlässigung von Modernisierungs- und Ersatzinvestitionen und in Zeitverlusten bei der Anwendung und Ausbreitung von Innovationen äußerten.

Ein Vergleich zwischen den Investitionen für die produzierenden Bereiche und für die nichtproduzierenden Bereiche macht deutlich, dass die verbreitete Auffassung, eine starke Erweiterung der Investitionen für die nichtproduzierenden Bereiche sei eine der Ursachen für den Rückgang der Rate der Nettoinvestitionen der produzierenden Bereiche, nicht mit der tatsächlichen Entwicklung übereinstimmt. Während sich nach den Angaben des Statistischen Jahrbuchs die Investitionen der produzierenden Bereiche (zu vergleichbaren Preisen 1985) von 65,7 Mrd. Mark 1980 auf 77,1 Mrd. Mark 1989 (117%) erhöhten, stiegen die Investitionen für die nichtproduzierenden Bereiche in dieser Zeit nur von 14,5 Mrd. Mark auf 14,9 Mrd. Mark (103%). An diesen Investitionen hatte der Wohnungsbau mit 57% (1989) den weitaus größten Anteil. (Statistisches Jahrbuch 1990: 113f.)

Die unzureichende Entwicklung der Investitionen und speziell der produktiven Investitionen kennzeichnet eine schwerwiegende wirtschaftspolitische Fehlentwicklung in der DDR in den 1970er und 1980er Jahren. Die Modernisierung des Anlagen blieb insgesamt gegenüber den Erfordernissen zurück, die sich aus dem beschleunigten technischen Fortschritt und dem erhöhten Konkurrenzdruck auf den internationalen Märkten ergaben. Die Investitionen für

einige Branchen der produzierenden Bereiche reichten nicht aus, um dringend notwendige Ersatzmaßnahmen durchzuführen. Die Überalterung der Anlagen der DDR-Industrie, des Bauwesens und der technischen Infrastruktur war u.a. eine Folge der hohen Reparationsleistungen gegenüber der UdSSR, die in den Nachkriegsjahren geleistet wurden und die mögliche Höhe der Investitionen stark beschnitten. Dadurch entstanden Rückstände, die nie völlig aufgeholt werden konnten, und die in den 1970er und 1980er Jahren im Vergleich zu Westdeutschland weiter zunahmen.

Die durchschnittliche Nutzungsdauer der Ausrüstungen in der Industrie betrug Ende der 1980er Jahre in der DDR 20 Jahre, in der BRD 14 Jahre. Der Anteil der Ausrüstungen mit einem Alter bis zu zehn Jahren am Wert der Ausrüstungen insgesamt lag zu dieser Zeit in der BRD-Industrie bei 65% gegenüber knapp 50% in der DDR-Industrie. (Institut, Berlin 1990: 45) Neben Betrieben mit veralteten, stark reparaturanfälligen Anlagen gab es jedoch auch Betriebe, deren Anlagen den neuesten technologischen Standards entsprachen. Die Verschleißquote des durchschnittlichen Ausrüstungsbestandes erhöhte sich in den produzierenden Bereichen von 48,1% 1975 auf 55,2% 1989, in den nicht-produzierenden Bereichen von 52,7% 1975 auf 59,5% 1989. (Statistisches Jahrbuch 1990: 121)

All dies wirkte sich hemmend auf die Ausbreitung von Innovationen, die Kostensenkung und die Effizienz der betrieblichen und gesamtwirtschaftlichen Reproduktionsprozesse, auf die Erfüllung der Aufgaben in den Bereichen Bildung, Kultur, Gesundheits- und Sozialwesen sowie auf den Umweltschutz aus. Der aufgestaute Nachholbedarf an Ersatz- und Modernisierungsinvestitionen nahm in den 1980er Jahren beträchtlich zu.

In den 1980er Jahren verschlechterten sich im Vergleich zur vorangegangenen Dekade die außenwirtschaftlichen Bedingungen für die ökonomische und soziale Entwicklung der DDR. Hierauf wirkten verschiedenartige äußere und innere Faktoren und Prozesse, objektive Bedingungen, aber auch subjektive Fehler und Schwächen, ein.

Zu den äußeren Faktoren und Bedingungen gehören die negativen Einflüsse des Kalten Krieges mit erhöhten Ausgaben für militärische Zwecke (die Ausgaben für Verteidigung wurden von 9,4 Mrd. Mark 1980 auf 15,7 Mrd. Mark 1988 erhöht), die scharfen Embargo- und CoCom-Bestimmungen,¹⁰ die Diskriminierung der Außenhandelstätigkeit der DDR auf den westlichen Märkten,

¹⁰ Das CoCom – Abkürzung für Coordinating Committee for Multilateral Strategic Export Control – sollte den Export militärisch nutzbarer Hochtechnologien in sozialistische Länder verhindern.

u.a. durch Gerichtsverfahren gegen die Verwendung traditioneller Waren- und Markenzeichen für DDR-Erzeugnisse (Agfa, Zeiß u.a.) sowie der verschärfte Verdrängungswettbewerb besonders beim Export von Erzeugnissen der verarbeitenden Industrie.

Die DDR stand bei vielen Hightech-Produkten, die für Erzeugnis- und Technologieinnovationen sowie als Zulieferungen für den Export von Maschinen und Anlagen auf den westlichen Märkten sehr wichtig waren, vor Alternativen, die häufig nicht im Sinne ökonomischer Effizienz zu entscheiden waren.

Es gab bei vielen für den Konkurrenzkampf auf den internationalen Märkten wichtigen Innovationen grundsätzlich drei Möglichkeiten: (1) Verzicht auf die Herstellung bzw. den Export dieser Erzeugnisse oder Technologien, wodurch Effektivitätseinbußen und Marktverluste in Kauf genommen werden mussten; (2) Ergänzung der DDR-Produkte, zumindest beim Export in das westliche Ausland, durch »Beistellungen« (z.B. numerische Steuerungen), die von westlichen Lieferanten zu hohen Valutapreisen gekauft wurden und damit auch die realen (Netto-)Valutaerlöse weiter verringerten; (3) Eigenentwicklung und -produktion der notwendigen Elemente des kompletten Finalerzeugnisses bzw. der Produktionsanlage. Das war jedoch meist mit beträchtlichen Zeitverlusten gegenüber dem internationalen Innovationstempo sowie weit über dem internationalen Niveau liegenden Aufwendungen verbunden. In jedem Fall waren beträchtliche volkswirtschaftliche Verluste die Folge. Dieses Dilemma war besonders ausgeprägt bei der Entwicklung und Produktion neuer hochintegrierter mikroelektronischer Bauelemente und Geräte der Informations- und Automatisierungstechnik.

Diese Konflikte wurden noch dadurch verstärkt, dass es nicht gelang, im RGW ein Niveau der internationalen Zusammenarbeit und Arbeitsteilung in der Forschung, bei den Investitionen und in der Produktspezialisierung zu erreichen, das auch nur annähernd den neuen Anforderungen der Hochtechnologien und der beschleunigten Innovationsprozesse entsprach. Das Überschätzen der eigenen Möglichkeiten und verbreitetes Wunschdenken in der Führung der SED trugen dazu bei, dass nicht einmal die vorhandenen Möglichkeiten der Forschungs- und Produktionskooperation mit der Sowjetunion und anderen Mitgliedsländern des RGW so weit wie möglich genutzt wurden. Dies war ein wesentlicher Grund für den technologische Rückstand der DDR, der sich trotz großer Anstrengungen und vieler hervorragender Leistungen von Wissenschaftlern und Ingenieuren in Forschung und Entwicklung sowie auch bei der Überleitung in die Produktion, gegenüber Westdeutschland und anderen westlichen Industriestaaten, im Verlaufe der 1980er Jahre weiter und noch stärker spürbar vergrößerte.

Die sprunghaft ansteigenden Vorlaufaufwendungen für Forschung und Entwicklung und für Investitionen, vor allem für neue Generationen der mikroelektronischen Bauelemente und der darauf beruhenden Informations- und Automatisierungstechnik, führten in der DDR infolge der starken Orientierung auf Eigenentwicklung und -produktion zu hohen volkswirtschaftlichen Belastungen. Diese äußerten sich auch als Störungen volkswirtschaftlicher Gleichgewichtsbeziehungen sowie als Zeit-, Wachstums- und Effektivitätsverluste. Zum Beispiel konnten infolge des Mikroelektronik-Programms, dessen Verwirklichung die Möglichkeiten der verfügbaren Ressourcen der DDR überstieg, notwendige Forschungen und Investitionen in anderen Bereichen nicht durchgeführt werden. Trotzdem konnten die beträchtlichen Rückstände bei der Entwicklung, Produktion und Anwendung der Mikroelektronik nicht verringert werden.

Diese Problematik zeigte sich deutlich bei der Entwicklung und Produktion hoch integrierter mikroelektronischer Bauelemente. 1985 wurde die Produktion des 256 Kilobit-Speichers aufgenommen. Der Rückstand zum Weltstand betrug ca. acht Jahre. Die Selbstkosten für einen solchen Speicher lagen aufgrund der niedrigen Stückzahl und der hohen Fixkosten bei 530 Mark. Der Abgabepreis in der DDR wurde auf 17,40 Mark festgelegt. D.h. für jeden abgesetzten 256 Kilobit-Speicher mussten rund 500 Mark an Subventionen aus dem Staatshaushalt eingesetzt werden. Trotzdem war dieser gestützte Preis höher als der Weltmarktpreis, der schon auf 4-6 DM gefallen war.¹¹ Bei den Speichern der nächsten Generation (1 Megabit), deren Produktion 1989 aufgenommen wurde, lag die Differenz zwischen den Selbstkosten und dem subventionierten Industrieabgabepreis bei über 1.100 Mark.¹²

All dies führte zur Schwächung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der DDR beim Export auf den kapitalistischen Märkten und zur Erhöhung des Inlandsaufwands je Valutaeinheit Exporterlös, der sich beim Absatz in kapitalistische Staaten in den 1980er Jahren fast verdoppelte. Im Durchschnitt mussten für 100 Valutamark (VM – eine VM entsprach einer DM) Exporterlös auf den westlichen Märkten 1980 ein Inlandsprodukt (Valutagegenwert) von 250 Mark der DDR und 1989 von rund 440 Mark bereitgestellt werden (Heske 2005: 140) (vgl. hierzu auch Abschnitt 4).

¹¹ Siehe: Die Wirtschaft, Berlin 1990/10, S. 17.

¹² Ebd.

Der Vergleich ökonomischer Entwicklungskennziffern der DDR und der Bundesrepublik weist auf ein Grundproblem hin, das sich in den 1970er und 1980er Jahren verstärkt hat: Bei entscheidenden gesamtwirtschaftlichen Indikatoren, wie Wachstum des BIP und des BIP je Einwohner, volkswirtschaftliche Investitionsquote und Wachstum der volkswirtschaftlichen Investitionen, weist die DDR keine schlechteren Ergebnisse auf als die Bundesrepublik, teilweise sogar bessere. Von 1970 bis 1989 stieg das BIP in der DDR auf 184%, in der BRD auf 156%, das BIP je Einwohner auf 189% bzw. 152% und je Erwerbstätigen auf 165% bzw. 142%. (Heske 2005: 51ff.) Der Anteil der Bruttoinvestitionen am BIP betrug in den Jahren 1980, 1985 und 1989 in der DDR: 24,6%, 21,7% und 22,7%, in der BRD: 23,4%, 19,6% und 20,7%. (Mai 2005: 4f.) Trotzdem hat sich der reale Abstand in der Wettbewerbsfähigkeit, der Innovativität der Produkte und Technologien, der Erneuerung von Produktionsanlagen und der Effizienz der Produktion zwischen der DDR und der Bundesrepublik in den 1970er und 1980er Jahren spürbar vergrößert. Der Grund hierfür lag vor allem darin, dass die Vermittlungsglieder und -stufen von den makroökonomischen Kennziffern bis zu den konkreten produkt- und betriebsbezogenen Ergebnissen viele Reibungs-, Struktur- und andere Verlustquellen aufwiesen. Hier müssen einige Stichpunkte genügen:

- ungünstige Verwendungsstruktur der Investitionen: einerseits hohe Anteile investitionsintensiver Bereiche und Branchen an den gesamten Investitionen (der Anteil der Energie- und Brennstoffindustrie an den Investitionen der Industrie lag in den Jahren 1970 bis 1989 im Durchschnitt bei ca. 25%, bei einem Anteil an der Produktion von ca. 7%), andererseits zu geringe Anteile innovativer Zweige und Produktionen;
- Rückstände in der technisch-ökonomischen Leistung, im innovativen Gehalt und ungünstiges Preis-Leistungsverhältnis eines großen Teils der Investitionsgüter;
- Zunahme der Bestände an unvollendeten Investitionen;
- die Investitionen trugen insgesamt zu wenig dazu bei, bestehende Disproportionen und Engpässe zwischen miteinander verbundenen Produktionen sowie hemmende technologische Niveauunterschiede zu überwinden;
- die Beziehungen zwischen Ersatz-, Modernisierungs- und Erweiterungsinvestitionen waren ökonomisch nicht optimal.

Aus all dem ergaben sich zwischen der DDR und der BRD größere Unterschiede in den Relationen zwischen Investitionseinsatz und den erzielten ökonomischen Effekten. Die in der DDR erreichten ökonomischen Resultate je Einheit Investitionen blieben zunehmend hinter denen der Bundesrepublik zurück. Nur gestützt auf gesamtwirtschaftliche Daten über die Höhe der Investitionsquoten

und die Dynamik der Investitionen, und ohne diese Zusammenhänge ausreichend zu berücksichtigen, kommt man leicht zu vereinfachten, unrealistischen Ergebnissen im Ost-West Vergleich.

Wie funktionierte die Planung in der DDR?¹³

Das zentralistische Planungssystem der DDR, das auf dem sowjetischen Planungsmodell fußte, beruhte vor allem auf der Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und der umfassenden Existenz des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln, insbesondere als staatliches Eigentum, und dem Prinzip des demokratischen Zentralismus. Dieses Prinzip wurde in den realsozialistischen Ländern von vornherein zur Durchsetzung des Führungsanspruchs der Partei auf allen Gebieten der Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft und zur Konzentration der Entscheidungsmacht im zentralen Partei- und Staatsapparat angewandt. Dies führte zu einer hohen staatlichen Zentralisierung der Leitung und Planung der Wirtschaft. Die demokratisch nicht beeinflusste und kontrollierte sowie häufig objektive Zusammenhänge missachtende Anwendung des Primates der Politik gegenüber der Ökonomie als bestimmender Grundsatz der Planung begünstigte Subjektivismus und Voluntarismus. Im Hinblick auf Eigentumsstrukturen und die innere Ausgestaltung des volkseigenen (staatlichen) und genossenschaftlichen Eigentums in der DDR gibt es verbreitet vereinfachte und einseitige Auffassungen derart, dass alles Eigentum an Produktionsmitteln schon frühzeitig in staatliches Eigentum (vorwiegend volkseigene Betriebe in der Industrie und im Bauwesen) und in genossenschaftliches Eigentum (vor allem Produktionsgenossenschaften in der Landwirtschaft und im Handwerk) überführt wurde. In der Realität gab es in der DDR, insbesondere bis Anfang der 1970er Jahre, eine Pluralität von Eigentumsformen und bis zum Ende ihres Bestehens auch noch Privateigentum an Produktionsmitteln besonders bei Kleineigentümern im Handel und im Handwerk sowie freiberuflich Tätige.

Während sich die Sozialisierung der Eigentumsstrukturen bis Anfang der 1950er Jahre vorwiegend als Zurückdrängen kapitalistischen Eigentums und Ausdehnung des volkseigenen Eigentumssektors vollzog, entwickelten sich nach der II. Parteikonferenz der SED 1952 in den 1950er und in den 1960er Jahren genossenschaftliche Eigentumsformen in der Landwirtschaft und im Handwerk

¹³ Zur Funktionsweise der Planung der DDR vgl. u.a.: Wenzel 1998: 127ff.; Kusch u.a. 1991.

sowie gemischte Eigentumsformen – halbstaatliche Betriebe in der Industrie und im Bauwesen sowie auf Basis von Kommissionsverträgen mit privaten Eigentümern im Handel und im Gaststättenwesen. Der Anteil der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) an der landwirtschaftlichen Nutzfläche stieg von 3% Ende 1952, 20% Ende 1955 auf 84% Mitte 1960.

In den 1960er Jahren umfassten die halbstaatlichen Betriebe etwa 10% der Produktionsleistung der Industrie und des Bauwesens. Anfang der 1970er Jahre wurde diese Eigentumsform mit beträchtlichen Effizienzverlusten und negativen Auswirkungen auf die Versorgung der Bevölkerung in staatliches Eigentum überführt. Der genossenschaftliche Sektor umfasste seit Anfang der 1960er Jahre ca. 15% der volkswirtschaftlichen Produktionsleistung, darunter ca. 90% der Produktionsleistung der Landwirtschaft und ca. 40% der Produktionsleistung des Handwerks. Im staatlichen Sektor waren seit den 1970er Jahren insgesamt ca. 80% der volkswirtschaftlichen Leistung und faktisch die gesamte industrielle Produktion konzentriert.¹⁴ Auf privater Grundlage wurden Ende der 1980er Jahre rund 5% der Wirtschaftsleistung der Volkswirtschaft der DDR erbracht, darunter im Handwerk ca. 60% und im Binnenhandel ca. 11% (darunter 6% Kommissionshandel).

Die Wirtschaftsorganisation erfuhr in den verschiedenen Entwicklungsetappen der DDR mehrere Veränderungen. (Wenzel 1998: 137) Ende der 1970er/Anfang der 1980er Jahre bildete sich die bis zum Ende der DDR wirksame Organisation heraus: Kombinate als Hauptwirtschaftseinheiten, denen die Betriebe der jeweiligen Branche bzw. des jeweiligen Produktionskomplexes zugeordnet wurden. In den 1980er Jahren gab es rund 130 zentral geleitete und rund 90 bezirksgeleitete Kombinate, die den Wirtschaftsräten der Bezirke unterstanden. Zu den Kombinat der Industrie gehörten rund 3.400 juristisch selbständige Betriebe.

Die Kombinate waren ihrerseits den nach Verantwortungsbereichen strukturierten 17 Fachministerien zugeordnet. Allein für den Maschinenbau gab es drei Ministerien: Schwermaschinen- und Anlagenbau, Allgemeiner-, Landmaschinen- und Fahrzeugbau, Werkzeug- und Verarbeitungsmaschinenbau. Einige Ministerien übten eine Doppelfunktion aus. Einerseits unterstanden ihnen direkt Unternehmen, andererseits waren sie für die Koordinierung bestimmter Aufgaben in der gesamten Volkswirtschaft zuständig, z.B. für den Außenhandel. Außerdem gab es weitere Wirtschaftsministerien mit Querschnittsaufgaben: Finanzen, Wissenschaft und Technik, Materialwirtschaft.

¹⁴ Die vorstehenden Angaben über die Eigentumsstrukturen in der DDR beruhen auf Angaben in den Statistischen Jahrbüchern der DDR.

In den Kombinatn sollten sich geschlossene Reproduktionskreisläufe herausbilden und der Gesamtprozess von der angewandten Forschung und Entwicklung über die Produktion bis zum Absatz einheitlich geplant, geleitet und durchgeführt werden.

Die häufigen Mangelercheinungen bei der Bereitstellung von Zulieferungen, Rationalisierungsmitteln u.ä. sowie bei der Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern führten jedoch dazu, dass immer mehr Erzeugnisse, die nicht zum eigentlichen Produktionsprofil gehörten und die bei funktionierenden, stabilen Lieferbeziehungen rationeller arbeitsteilig in anderen Kombinatn hergestellt worden wären, mit höheren Aufwänden im eigenen Kombinat oder Betrieb produziert wurden. In allen Kombinatn wurden dazu z.B. eigene Bereiche für den Rationalisierungsmittelbau und für die Konsumgüterproduktion geschaffen.

Die Staatliche Plankommission (SPK) war das verantwortliche Organ der Regierung für die Planung der Volkswirtschaft, für die Ausarbeitung der Perspektivpläne und der Jahresvolkswirtschaftspläne sowie für die Koordinierung der Planungstätigkeit in allen anderen Bereichen. In den Bezirken – in der DDR gab es eine regionale Gliederung in 15 Bezirke, z.B. in Sachsen drei Bezirke: Dresden, Leipzig und Karl-Marx-Stadt (heute Chemnitz) – bestanden Bezirksplankommissionen für die Planung der örtlichen Wirtschaft und für die Koordinierung der Nutzung regionaler Ressourcen – vor allem gesellschaftliches Arbeitsvermögen und Baukapazitäten – mit den Erfordernissen der zentral geleiteten Wirtschaft.

Das Gerüst der Planung bildeten die Fünfjahrespläne (Perspektivplanung) und die Jahresvolkswirtschaftspläne. Mit der Fünfjahresplanung wurde schon 1950 begonnen. Insgesamt gab es in der DDR acht Fünfjahrespläne. Das eigentliche Steuerungsinstrument der Wirtschaftsentwicklung waren die Jahresvolkswirtschaftspläne, mit denen die Schwerpunkte der Perspektivpläne konkret umgesetzt und die sich häufig stark verändernden Bedingungen berücksichtigt werden sollten, was jedoch öfters nicht befriedigend gelang.

Die Pläne wurden in mehreren Stufen ausgearbeitet. Jeweils zu Jahresbeginn wurde ein Plankonzept für das folgende Jahr fertiggestellt. Hierfür wurden zunehmend Planungsmodelle, u.a. ein Koordinierungs- und Effektivitätsmodell als Grundlage der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und eine volkswirtschaftliche Verflechtungsbilanz (Input-Output-Bilanz), ausgearbeitet. Nach der Beratung im Politbüro der SED wurden zunächst, als Orientierung für die weitere Ausarbeitung der Pläne, »Staatliche Aufgaben« von der SPK vorgelegt, vom Ministerrat beschlossen und dann nach ihrer Aufschlüsselung an die Ministerien und in weiteren Schritten an die Kombinate und Betriebe übergeben.

Die staatlichen Aufgaben waren Grundlage für die mehrwöchigen Plandiskussionen in den Betrieben und für die Ausarbeitung der Planvorschläge der Betriebe, Kombinate und der Ministerien.

Die Qualität der Plandiskussion und der Umfang, in dem sich die Belegschaften daran beteiligten, wies in den einzelnen Kombinat und Betrieben und auch in den zeitlichen Entwicklungsetappen der DDR größere Unterschiede auf. Dabei zeigten sich zwei Grundprobleme. Erstens: Die Betriebe und Arbeitskollektive waren an »weichen« Plänen interessiert, da die Bewertung ihrer Tätigkeit und die gesellschaftliche Anerkennung oder öffentliche Kritik im Wesentlichen von der Planerfüllung abhängig waren. Auch die materiellen Anreize in Form von Jahresendprämien waren weitgehend an die Planerfüllung gekoppelt.

Das Interesse der Betriebe und Kombinate war dadurch *weniger auf die optimale Nutzung aller Ressourcen als auf die Bereitstellung* von Ressourcen (Arbeitskräfte, Rohstoffe, Ausrüstungen u.ä.) gerichtet. Daraus ergab sich das zweite Problem: Die im Ergebnis der Plandiskussion entstandenen Planvorschläge der Betriebe, Kombinate und Ministerien blieben oft nicht nur hinter den teilweise unrealistischen Zielvorgaben, sondern auch hinter den volkswirtschaftlichen Möglichkeiten zurück. In den Planberatungen auf der jeweils übergeordneten Ebene wurden wesentliche Korrekturen an den Planangeboten vorgenommen, Zielstellungen für das Wachstum von Produktion und Produktivität häufig erhöht, und zugleich die bereitzustellenden Ressourcen reduziert. In deren Folge wichen die Inhalte der Pläne immer mehr von den Vorschlägen der unteren Wirtschaftseinheiten ab.

Die SPK führte mit allen Ministerien Planberatungen durch, in denen es nicht selten heftige Auseinandersetzungen um die Realisierbarkeit der Planaufgaben, insbesondere hinsichtlich der Ziele des Plans und der dafür erforderlichen Ressourcen, gab.

Zeitlich etwas nachgelagert wurden als wichtige Elemente des Planungsprozesses territoriale Komplexberatungen in den regionalen Zentren (in den 14 Bezirksstädten und in der Hauptstadt Berlin) durchgeführt. Hier kamen Vertreter der Regionen, der Branchen (Ministerien und Kombinate), der Querschnittsbereiche (Ministerien für Finanzen, Außenhandel, Wissenschaft und Technik, Materialwirtschaft u.a.) und der SPK unter Leitung von Regierungsmitgliedern zusammen, um gemeinsam über die zukünftige Entwicklung zu beraten sowie erforderliche Festlegungen zu treffen. Im Vordergrund der Planberatungen standen u.a. folgende Fragen: Wie können die für die Erfüllung der Planaufgaben notwendigen regionalen Ressourcen gesichert werden? Welche sozialen und auch ökologische Folgen für die Entwicklung der Region ergeben sich aus den

jeweiligen Plänen? Wie können einander widersprechende Interessen ausgeglichen werden?

Im Ergebnis der Planangebote und -beratungen, an denen auch Gewerkschaftsvertreter teilnahmen, wurde der Volkswirtschaftsplan von der SPK ausgearbeitet und zur Beratung im Politbüro der SED und in der Regierung übergeben. Unter Berücksichtigung der Beratungsergebnisse in diesen Gremien wurde der Volkswirtschaftsplan endgültig fertiggestellt. Auf seiner Grundlage wurden dann die verbindlichen »Staatlichen Planaufgaben« für das nächste Jahr fertiggestellt und in einer für jede Ebene erweiterten Aufschlüsselung und Detaillierung den Ministerien, Kombinat, Betrieben sowie den Bezirken und Kreisen übergeben. Dies erfolgte in der Regel am Jahresende für das kommende Jahr, manchmal auch erst zu Beginn des neuen Jahres. Auf Grundlage der verbindlichen Pläne für die Betriebe sollten diese Verträge mit den Lieferanten bzw. Abnehmern abschließen.

Die Pläne umfassten ein System von Kennziffern, zu dem einerseits die zu erbringenden wirtschaftlichen Leistungen, Warenproduktion und Nettoproduktion, Export – gesamt und nach Wirtschaftsgebieten bzw. Ländern –, Gewinn, Selbstkostensenkung, Abführungen an der Staatshaushalt, Steigerung der Arbeitsproduktivität, Lohnentwicklung, Leistungen für den Umweltschutz u.a., und andererseits die hierfür einsetzbaren Ressourcen an Arbeitskräften, Energie, Rohstoffen und Material, Maschinen und Ausrüstungen, Baukapazitäten und Investitionen sowie finanziellen Mitteln gehörten.

Eine wichtige Problematik der staatlichen Planung, über die viel diskutiert wurde, betraf den Umfang der zentralen Festlegungen für die Produktion und die Bereitstellung konkreter Erzeugnisse (Erzeugnisgruppen), d.h. das Ausmaß einer gebrauchswertmäßigen, materiell-stofflichen Planung und Bilanzierung. »In den letzten 10 bis 15 Jahren hatte sich ein relativ stabiles Gerüst einer solchen Bilanzpyramide herausgebildet. Dabei wurde von der Annahme ausgegangen, dass mit 700 bis 800 zentral geplanten Hauptpositionen von Materialien, Ausrüstungen, Konsumgütern und wichtigen Zulieferungen, über ihre Verzweigung und Verflechtung in den dem Zentrum nachgeordneten Wirtschaftsorganen bis zu den Betrieben, die vielgestaltigen arbeitsteiligen Beziehungen erfasst und mit Hilfe einer sich ständig nach unten weiter vergrößernden Anzahl von Bilanzen aufeinander abgestimmt und entwickelt werden können.« (Wenzel 1998: 140) Die Bilanzen enthielten für die jeweilige Position die Aufkommensquellen – Inlandsaufkommen (Produktion nach verschiedenen Verantwortungsbereichen, Auflösung von Reserven) und Import – sowie die Verwendung – Inland (Produktionsverbrauch, Investitionen, individuelle Konsumtion, gesellschaftliche Konsumtion, Aufstockung von Reserven) und Export.

An der Spitze der Bilanzpyramide standen die Staatsplanbilanzen, die von der SPK ausgearbeitet und von der Regierung bestätigt werden mussten. Die Anzahl dieser Bilanzen nahm von 1976 bis 1989 von 300 auf 431 zu. In der nächsten Stufe, bei den Ministerbilanzen, die von der SPK zu bestätigen waren, stieg im gleichen Zeitraum die Anzahl von 600 auf 761 Positionen. Hierin widerspiegelt sich eine generelle Erfahrung: Die Tendenz zu einer weiteren Zentralisierung von Entscheidungen wird stärker, wenn die Versorgungsprobleme und Gleichgewichtsstörungen zunehmen. Diese Tendenz hat sich trotz gegenteiliger Absichten und Beschlüsse, die Anzahl zentraler Bilanzen zu reduzieren, immer wieder durchgesetzt.

Mit den Staatsplanbilanzen wurde direkt über die Struktur der Produktion, des Aufkommens und der Verwendung von etwa 50% der wertmäßigen Warenproduktion, etwa 60% des Exports und Imports und etwa 45% des Warenfonds zur Versorgung der Bevölkerung entschieden. Zur Untersetzung der Staatsplan- und der Ministerbilanzen wurden weitere etwa 3.500 Einzelbilanzen der Kombinate und Betriebe für Erzeugnisse ausgearbeitet. (ebd.: 140)

Die Planung von Wissenschaft und Technik nahm im Planungssystem der DDR einen herausragenden Platz ein. Besonders wichtige wissenschaftlich-technische Aufgaben wurden zentral als Staatsplanaufgaben in einem umfangreichen Planteil festgelegt. Hierzu gehörten Verflechtungsbeziehungen, einzusetzende Potenziale sowie Termine für einzelne Etappenziele der Forschung, Entwicklung und Überführung. Zur engen Verbindung der Industrieforschung mit der Hochschul- und außeruniversitären Forschung wurden Akademie-Industrie-Komplexe geschaffen, in denen ein Großteil der Akademieforschung (Akademie der Wissenschaften, Akademie der Landwirtschaftswissenschaften und Bauakademie) konzentriert war.

Es wurde versucht, diese Planung wissenschaftlich-technischer Aufgaben mit makroökonomischen Zielen – vor allem zu erreichende Einsparung an Arbeitszeit bzw. Steigerung der Arbeitsproduktivität sowie an Energie und Rohstoffen – und einzusetzenden Potenzialen (wissenschaftlich-technisches Personal, Investitionen, Zulieferungen) zu verbinden. Es konnte zwar erreicht werden, dass die Probleme und Aufgaben von Wissenschaft und Technik in der gesamten Wirtschaft eine größere Rolle spielten. Zugleich gab es gerade auf diesem Gebiet jedoch ausgeprägte formale und bürokratische Züge. Dies galt besonders für die berechneten Beiträge zur Einsparung an Arbeitszeit, Energie und Rohstoffen durch Wissenschaft und Technik, deren Realitätsgehalt gering war.

In der Planung von Wissenschaft und Technik spiegelte sich ein weiteres Grundproblem der zentralistischen Planung wider: Die Innovationen ergaben

sich weniger aus den inneren Erfordernissen und Motiven der Wirtschaftseinheiten zur Erhöhung der Effizienz ihres Reproduktionsprozesses als aus äußeren Auflagen und den Forderungen der Zentrale bzw. der übergeordneten Instanzen.

Exportprobleme und Verschuldung der DDR

Nach dem im SED-Politbüro Ende Oktober 1989 vorgelegten Bericht hatte sich die Nettoverschuldung (Saldo aus Forderungen und Verbindlichkeiten) gegenüber dem nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet (NSW) von 28 Milliarden VM (DM) 1985 auf 49 Milliarden VM (DM) 1989 erhöht. (Schürer 1992: 1112-1120) Die reale Größe war jedoch unter Berücksichtigung geheimgehaltener Devisenreserven des Bereichs Kommerzielle Koordinierung (KoKo) weit niedriger. Sie betrug nach der jüngsten Publikation der Deutschen Bundesbank zu dieser Problematik in den Jahren 1985 15,5 Milliarden DM und 1989 20 Milliarden DM. (Deutsche Bundesbank 1999: 60) Zum Vergleich: Die öffentlichen Schulden Berlins lagen 2006 bei über 60 Mrd. Euro, unter Berücksichtigung einer Inflationsrate in diesem Zeitraum von etwa 30% ist das mehr als das Vierfache der Westschulden der DDR.

Es ist für die »Transparenz« ökonomischer Zusammenhänge in der DDR bezeichnend, dass in einer vom Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission verantworteten Analyse für das Politbüro der SED die Angaben zu dem wohl sensibelsten ökonomischen Problem der DDR, der Verschuldung, um etwa 100% von der realen Größe nach oben abwichen. In einem später veröffentlichten Beitrag schreibt Schürer: »Die Auslandsverschuldung der DDR war also mit 20,3 Mrd. DM um mehr als die Hälfte niedriger, als wir es im Oktober 1989 mit den 49 Milliarden Valutamark aufgrund der damals geltenden, von Misstrauen geprägten Beschlussgrundlage ausweisen mussten.« (Schürer 1996: 392f.)

Die unrealen, weit überhöhten Angaben zu den Auslandsschulden im NSW führte ihrerseits zu übertriebenen Aussagen für die zu ziehenden ökonomischen Konsequenzen. Von ihr wurde ein Schuldendienst (Zinsen und Kredittilgung) für das Jahr 1990 in Höhe von 8 Mrd. DM, d.h. ein notwendiger Exportüberschuss in dieser Höhe, abgeleitet. Diese Größe, die über dem Gesamtexport der DDR in das NSW der letzten Jahre lag, hätte ein Abzug von dem für die Inlandsverwendung verfügbaren Produkt in Höhe von rund 35 Mrd. DDR-Mark mit einschneidenden, politisch nicht beherrschbaren Auswirkungen bedeutet. (vgl. hierzu auch: Luft 1998: 35ff.) Diese falsche Zahl von fast 50 Mrd. DM Auslandsschulden im NSW wurde und wird häufig benutzt, um die Behauptung

von der Zahlungsunfähigkeit und dem angeblich unmittelbar bevorstehenden Bankrott der DDR zu begründen.

Die volkswirtschaftliche Problematik der Nettoverschuldung der DDR ergab sich nicht nur und auch nicht in erster Linie aus ihrer absoluten Höhe. Es gab damals und gibt heute viele Länder mit einer wesentlich höheren absoluten und Pro-Kopf-Verschuldung. Unter den RGW-Ländern übertraf z.B. die Netto-Auslandsverschuldung je Einwohner in Polen die in der DDR um das 1,8-fache und in Ungarn um mehr als das Dreifache.

Die außerordentlichen Belastungen und Probleme resultierten aus einigen zusätzlichen Faktoren: Die Exportkraft in das westliche Ausland reichte, auch bei Nutzung aller Reserven, in den letzten Jahren nicht mehr aus, um eine spürbare Erhöhung der Westexporte zu erreichen. Der jährliche Schuldendienst (Zinsen und Kredittilgungen) war aufgrund hoher Anteile kurzfristiger Kredite überdurchschnittlich hoch. Die Nettoschulden erhöhten sich seit 1985 von Jahr zu Jahr; ein Stop dieser gefährlichen Tendenz war nicht abzusehen. Schließlich muss beachtet werden, dass die positive Seite der Zahlungsbilanz, die Forderungen der DDR, zum großen Teil gegenüber Entwicklungsländern bestanden, die sie nicht einlösen konnten. Mit diesen Forderungen konnte daher real nicht gerechnet werden. Im Vergleich zu den 1970er Jahren kommt noch hinzu, dass sich das Zinsniveau in der ersten Hälfte der 1980er Jahre sprunghaft erhöht hatte.

In der ersten Hälfte der 1980er Jahre war es der DDR gelungen, durch Freisetzung von ca. sechs Mill. Tonnen Erdöl für den Export von Erdölprodukten die hohen Weltmarktpreise für einen starken Anstieg des Exports in westliche Länder zu nutzen, und dadurch einen beträchtlichen Exportüberschuss gegenüber diesen Ländern zu erzielen. Grundlage der Freisetzung des Erdöls war vor allem ein umfangreiches volkswirtschaftliches Programm zur tieferen Spaltung des Erdöls und zum verstärkten Einsatz von Braunkohle zur Substitution von Erdöl. Der zeitlich bis Mitte der 1980er Jahre begrenzte Effekt für die Entlastung der Zahlungsbilanz war mit beträchtlichen negativen volkswirtschaftlichen Wirkungen verbunden: hohe Investitionen (Investitionen für neue Kapazitäten zur Förderung und Verarbeitung der Braunkohle sowie zur tieferen Spaltung von Erdöl), die für andere dringende Aufgaben nicht zur Verfügung standen, hohe Mehraufwendungen für den Transport der Braunkohle sowie höhere Produktionskosten infolge der Resubstitution von Erdöl durch Braunkohle, größere Umweltbelastungen, insbesondere CO₂-Emissionen.

Aus der Verschlechterung der außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und den ansteigenden Schulden folgten Störungen und Hemmnisse für den Reproduktionsprozess der Volkswirtschaft und der Betriebe. Einerseits erwuch-

sen empfindliche Störungen und Unsicherheiten in den wirtschaftlichen Abläufen und zwischenbetrieblichen Beziehungen durch Aktionen zur Ablösung von NSW-Importen, mit denen die Betriebe für die Erfüllung ihrer Planaufgaben gerechnet hatten und die nicht mehr zur Verfügung standen, und zur Mobilisierung zusätzlicher Exporte, die größtenteils auf Kosten der Inlandsverwendung – Warenfonds für die Bevölkerung, Investitionen oder normale Versorgung der Betriebe mit Materialien und Zulieferungen – realisiert werden mussten. Dies wirkte sich wiederum negativ auf die Innovationsprozesse – zeitliche Verzögerungen, höhere Aufwendungen und oft auch Verzicht auf die Durchführung von Innovationen, für die eigene Forschungsleistungen vorlagen – sowie auf Kosten und Effizienz aus. Andererseits führte dies zu einer weiteren Verschlechterung des Verhältnisses zwischen Exporterlös und dem dafür notwendigen Inlandsprodukt. Dazu trug auch der Umstand bei, dass es unumgänglich wurde, immer mehr Waren mit einem unterdurchschnittlichen Exporterlös in Valutamark je Einheit Inlandsaufwand zu exportieren. Dies bewirkte, dass das Verhältnis zwischen dem Wachstum des produzierten Nationaleinkommens und des für die Inlandsverwendung – für Konsumtion und Investitionen – verfügbaren Nationaleinkommens im Verlauf der 1980er Jahre trotz steigender Auslandsschulden ungünstiger wurde.

War die DDR 1989 bankrott und wirtschaftlich am Ende?

Die ökonomischen Probleme der DDR hatten sich in den 1980er Jahren weiter verschärft und betrafen die gesamte Volkswirtschaft. Die Rückstände gegenüber der Bundesrepublik in der gesamtwirtschaftlichen Produktivität und Effektivität vergrößerten sich. Die Kluft zwischen den begründeten Investitionserfordernissen und den insgesamt für die Volkswirtschaft und speziell für die produzierenden Bereiche verfügbaren Investitionen wuchs weiter an. Tempo und Ausmaß der Innovationen blieben verstärkt hinter der internationalen Entwicklung zurück. Mangelerscheinungen bei der qualitäts- und bedarfsgerechten Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern und Dienstleistungen konnten insgesamt nicht spürbar eingeschränkt werden. Die Rentabilität des Exports in kapitalistische Länder und die drückenden Belastungen der Auslandsschulden im NSW nahmen zu. Kein Bereich blieb hiervon unberührt. All das machte deutlich, dass sich Ende der 1980er Jahre die ökonomischen Situation der DDR verschärfte.

Aber ebenso gilt: Auch im Verlaufe der 1980er Jahre gab es ein reales Wachstum der Produktion, des Nationaleinkommens, des Konsums und auch der In-

vestitionen. Das Wachstum ging zwar im Verlaufe der 1980er Jahre zurück, betrug aber auch 1989 z.B. beim BIP noch 2,3%. (Heske 2005: 52) Der Absturz der gesamtwirtschaftlichen Leistung und speziell der Industrieproduktion der DDR setzte erst mit der Währungsunion, unmittelbar davor und vor allem danach ein. Die arbeitstägliche Industrieproduktion (1989 = 100%) betrug im ersten Halbjahr 1990 92,7%, im zweiten Halbjahr 1990 jedoch nur noch 50,3%. Im Vergleich zum jeweiligen Vorjahresmonat erreichte die Industrieproduktion der DDR im Jahr 1990: April 97,6%, Mai 92,6%, Juni 86,5%, Juli 56,3%, August 48,1%. (Nick 1993: 15) Bis zum Ende der DDR gab es im Wesentlichen eine stabile Versorgung mit den lebensnotwendigen Waren und Dienstleistungen. Der Pro-Kopf-Verbrauch bewegte sich bei Nahrungs- und Genussmitteln auch 1989 auf dem relativ hohen Niveau der Vorjahre. Die Ausstattung der Haushalte mit langlebigen technischen Konsumgütern erreichte ein im internationalen Maßstab durchaus beachtliches Niveau. Sie nahm im Jahre 1989 noch zu. Die Ausgaben für Wissenschaft, Bildung, Gesundheits- und Sozialwesen, Kultur wurden auch Ende der 1980er Jahre nicht eingeschränkt, sondern weiter aufrechterhalten und sogar vergrößert. (Statistisches Jahrbuch der DDR '90, 1990: 106, 299, 323, 325) Es ist angesichts der gegenwärtigen Diskussion in Deutschland um notwendige Kürzungen der Sozialleistungen erwähnenswert, dass es unter den schwierigen Bedingungen Ende der 1980er Jahre in der DDR weder Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit noch eine Reduzierung der Mittel des Staatshaushalts für soziale Leistungen gab. Bis Ende 1989 wurde in der DDR Vollbeschäftigung gewährleistet. Die Anzahl der registrierten Arbeitslosen stieg erst im Zusammenhang mit der überstürzten Einführung der DM am 1. Juli 1990 sprunghaft an: 7.440 im Januar 1990, 142.096 im Juni 1990 und 537.800 im Oktober 1990. Die Anzahl der Kurzarbeiter erhöhte sich im Verlaufe von zwei Monaten um mehr als eine Million, von 656.277 zum 15. Juli 1990 auf 1.771.576 zum 30. September 1990.

All das macht deutlich, dass die in der Mainstream-Publizistik und in offiziellen politischen Erklärungen häufig anzutreffende undifferenzierte, sehr einseitige Bewertung der DDR-Wirtschaft als unmittelbar vor dem vollständigen Zusammenbruch stehend und mit größtenteils schrottreifen Betrieben weit von der Realität entfernt ist. Hier nur einige wenige Kostproben:

»Der Zustand der DDR war katastrophal.dieser Staat (war) zahlungsunfähig. Er war ruiniert, die Arbeitsproduktivität lag am Boden. Es ging so gut wie nichts mehr. Viele Kommunen und viele Städte sind dem Tod im letzten Moment von der Schippe gesprungen.« (Schulz 1999: 13)

»Mehr als die Hälfte der Industrieanlagen musste als Schrott eingestuft werden.« (Müller 2006: 67) Von Müller wird der ökonomisch unzulässige und un-

sinnige Schluss gezogen, dass die *wertmäßige* Abschreibungsquote der Ausrüstungen im produzierenden Bereich von 55% bedeute, dass dieser Anteil der Maschinen auch hinsichtlich des Gebrauchswerts abgeschrieben, d.h. schrott-reif sei. Nach einer vergleichenden Analyse betrug international die Abschreibungsquote, die den wertmäßigen Verschleißgrad zum Ausdruck bringt, etwa 45%. (Institut 1990: 45)

»Anfang 1990 erhielt ein DDR-Industriearbeiter pro Stunde 7,4% vom vergleichbaren Lohn seines Kollegen in der Bundesrepublik – jedenfalls wenn die niedrigeren Lebenshaltungskosten im Osten unberücksichtigt bleiben.« (Müller 2006: 83) Es ist schwer nachzuvollziehen, dass dem Autor nicht bewusst gewesen ist, wie widersinnig und realitätsfern eine solche Aussage ist. Im nächsten Satz wird dann festgestellt, dass sich dieser Lohn bis Ende 1990 auf ein Verhältnis von 36,8% des Westniveaus erhöht hat und Mitte 1991 schon über 50% dieses Niveaus liegt, d.h. in einem bzw. zwei Jahren auf das 5 bzw. 7fache gestiegen sein muss.

Zur Versorgung der Bevölkerung heißt es: »Nur in einem Bereich erreichte die DDR tatsächlich Weltniveau: 1989 trank jeder DDR-Bürger 10,9 Liter reinen Alkohol, was 146 Liter Bier und 15,5 Liter Schnaps entsprach. Ansonsten sah es trübe aus.« (Müller 2006: 65) In Wirklichkeit wies die DDR einen auch im internationalen Vergleich hohen Pro-Kopf-Verbrauch bei den meisten Lebensmitteln auf. Er lag z.B. bei Fleisch, Trinkmilch, Eiern, Gemüse, Zucker Mitte der 1980er Jahre über dem Pro-Kopf-Verbrauch der BRD (Bundesregierung, Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland 1987).

Zusammenfassend ergibt sich: Nachdem die Sowjetunion die DDR faktisch aufgegeben hatte, war klar, dass die DDR zwar nicht pleite war, jedoch als ein zweiter selbständiger deutscher Staat ihre Perspektive verloren hatte. (Wenzel 2000: 75) Auf der Tagung der RGW-Staaten in Sofia im Januar 1991 wurde aus vorwiegend politischen Gründen der Beschluss zur Auflösung des RGW gefasst. Außerhalb der »sozialistischen Staatengemeinschaft« hatte die DDR im Unterschied zu den anderen mittel- und osteuropäischen ehemaligen RGW-Staaten als ein eigenständiger Staat keine Existenzchance. Zu einer ähnlichen Bewertung kommt Christa Luft: »Entscheidend für den Untergang der DDR war nicht eine akut drohende Pleite. Als ursächlich erwiesen sich politische Faktoren.das System hatte sich speziell in Honeckers selbstherrlicher Endphase politisch und moralisch völlig diskreditiert. Als das Sowjetimperium in die Krise geriet, war es auch mit seinem Satelliten vorbei. Einen neuen, eigenen, durchaus schmerzhaften und dabei noch ungewissen Weg wollte die Bevölkerungsmehrheit nicht mehr gehen.« (Luft 1998: 40f.)

Inwieweit ist die DDR wirtschaftlich gescheitert?

Auch hier ist eine differenzierte Antwort geboten. Die DDR hatte, wie andere realsozialistische Länder auch, den Anspruch, die kapitalistischen Länder im Niveau der Arbeitsproduktivität und hinsichtlich des Lebensniveaus der Bevölkerung zu übertreffen. Dabei ging es in der DDR vor allem um den Vergleich mit der Bundesrepublik. Bei der Umsetzung dieses Anspruchs ist sie eindeutig gescheitert.

Hier liegt eine grundsätzliche Problematik bei der Beurteilung der ökonomischen Entwicklung der DDR und der anderen staatssozialistischen Länder, die m. E. bisher nicht ausreichend berücksichtigt wird. Die Bedingungen, unter denen sich diese Länder entwickelten, zwangen sie, sich an dem der kapitalistischen Produktionsweise entsprechenden Produktivkraftsystem zu messen. Sie hatten kaum eine reale Chance, andere, dem Sozialismus mehr entsprechende Produktivkraft-, Wirtschafts- und Konsumtionsstrukturen herauszubilden und sich an deren Erfordernissen zu messen.

Es gelang den staatssozialistischen Ländern nicht, eine höhere Arbeitsproduktivität als in den kapitalistischen Ländern zu erreichen und bei der Herausbildung moderner, effizienter Produktionsstrukturen zumindest mitzuhalten. Der Abstand in der Arbeitsproduktivität vergrößerte sich in den letzten Jahren. Probleme und Rückstände gab es bei wichtigen Seiten des Lebensniveaus – bei der Pro-Kopf-Konsumtion insgesamt, bei der Vielfalt und Kontinuität des Waren- und Dienstleistungsangebots, beim Anteil und der Qualität neuer, hochwertiger technischer Konsumgüter, bei der Erhaltung und Modernisierung von Wohnungen, im Niveau der technischen Infrastruktur und in der Umweltqualität auf mehreren Gebieten. Dies ist in hohem Grade auf ihre Ausgangs- und auf ihre äußeren Entwicklungsbedingungen zurückzuführen. Die Rückstände sind jedoch zunehmend Ausdruck entscheidender Systemdefizite der zentralistischen, administrativen Planwirtschaft, die im Abschnitt 4 näher analysiert werden.

Die DDR und die anderen staatssozialistischen Staaten sind auch in einer anderen wesentlichen Beziehung *wirtschaftlich gescheitert*: *Bei der Herausbildung einer ökologisch und sozial nachhaltigen und zukunftsfähigen Wirtschaft*, die demokratisch gesteuert wird und auf einer neuen Qualität effizienter und solidarischer internationaler wirtschaftlicher und wissenschaftlich-technischer Zusammenarbeit beruht. Insgesamt ist es nicht gelungen, eine attraktive, lebensfähige Alternative zum ökonomischen Wachstum und zur Strukturentwicklung im Kapitalismus, die der Profiterzeugung untergeordnet sind, zu schaffen, und eine demokratische Planung/Regulierung der wirtschaftlichen Entwicklung zu etablieren. Dies gilt im Wesentlichen auch für die Herausbildung eines

neuen Typs internationaler, auf Gleichberechtigung und gegenseitiger Unterstützung beruhender Wirtschaftsbeziehungen. Die Entwicklung von Produktion und Konsumtion vollzog sich weitgehend als eine die Entwicklung der kapitalistischen Staaten nachholende und zugleich nachahmende Modernisierung und Erhöhung des materiellen Wohlstands. Die Wirtschaftsdemokratie war nur rudimentär, insgesamt unzureichend entwickelt. Diese strukturellen Schwächen und Defizite des Staatssozialismus traten nicht erst Ende der 1980er Jahre auf, sondern schon viel früher.

Es gab jedoch auch erhaltenswerte Elemente und für einen Sozialismus im 21. Jahrhundert nutzbare oder nützliche Erfahrungen einer neuen Wirtschafts- und Lebensweise, insbesondere auf den Gebieten Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit, Kinderbetreuung, Bildung und Gesundheit. Sie wurden beim Beitritt der DDR zur Bundesrepublik missachtet und diskreditiert. Interessant für die Diskussion möglicher sozialistische Alternativen sind auch die vielfältigen bildungs- und sozialpolitischen Leistungen, die von den Wirtschaftssubjekten, den volkseigenen Betrieben und den Produktionsgenossenschaften vor allem in der Landwirtschaft und im Handwerk, erbracht wurden. Die Bedeutung dieser Leistungen und Erfahrungen wird angesichts der heutigen Entwicklungstendenzen in der Bundesrepublik deutlich, wenn tragende Elemente des Sozialstaats infolge neoliberaler Politik zunehmend wegbrechen.

Zu den im dialektischen Sinn aufhebenswerten Leistungen und interessanten Erfahrungen des Realsozialismus gehört auch die Entwicklung neuer Eigentumsverhältnisse und -strukturen sowie von Instrumenten und Methoden für die Regulierung/Planung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung. Sie müssten jedoch nicht nur von Deformationen und Überspitzungen, insbesondere von übermäßiger Zentralisierung und politisch-administrativen Auflagen und Einmischungen, befreit, sondern grundlegend weiterentwickelt werden. Im Vordergrund stehen: reale Vergesellschaftung des öffentlichen oder Gemeineigentums in seinen verschiedenen Formen, Sicherung der Pluralität der Eigentumsformen, Demokratisierung und Dezentralisierung wirtschaftlicher Entscheidungen, Verbesserung der Bedingungen für die Entfaltung und Nutzung der kreativen Potenziale der Menschen, höhere Eigenverantwortung und dazu erforderliche größere Entscheidungsspielräume der Betriebe und Unternehmen u.a. Hierdurch würden auch die volkseigenen Betriebe nicht vorwiegend in der Bezeichnung, sondern in ihrem realen Inhalt volkseigen sein. Zugleich müssten die Eigentumsformen und -strukturen entsprechend den heutigen Bedingungen der Produktivkraftentwicklung, der Herausbildung von Wertschöpfungsketten im internationalen Maßstab und den höheren Anforderungen an Innovativität und Flexibilität weiterentwickelt werden.

Die Auswertung der Erfahrungen mit pluralen Eigentumsstrukturen, die in einem längeren Zeitabschnitt in der DDR existierten, sowie der widersprüchlichen Probleme die mit der Nutzung marktwirtschaftlicher Kategorien (Wert, Preis, Gewinn, Kredit u.a.) verbunden sind, kann nützliche Erkenntnisse für eine sozialistische Alternative, insbesondere für die Einbeziehung kleiner und mittlerer Privateigentümer in diese Entwicklung, und für die Rahmenbedingungen zur Nutzung von Kategorien der Warenproduktion im Interesse des Sozialismus vermitteln.

In Diskussionen über die Entwicklung in den realsozialistischen Ländern wird öfter die These vertreten, dass die »Anwendung« des Wertgesetzes und die Ausrichtung auf den Gewinn einen Widerspruch in der realsozialistischen Ökonomie begründet, der als Widerspruch »einer nichtkapitalistischen Ökonomie mit kapitalistischen Zügen« oder einer Ökonomie mit Hybridcharakter bezeichnet wird. (vgl. u.a. Wiards 2001: 13) Hier treffen unter den Linken schon seit längerer Zeit zwei entgegengesetzte Auffassungen aufeinander. Die eine geht davon aus, dass Ware, Wert, abstrakte Arbeit kapitalistische Kategorien sind, die im Sozialismus überwunden werden müssen. Die andere Auffassung geht im Unterschied dazu davon aus, dass diese Kategorien zwar Grundformen der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise sind, in ihr ihre höchste Entfaltung und ihre umfassendste Wirkung erreichen, und dass der sozial-ökonomische Inhalt und die Wirkungsweise dieser Kategorien entscheidend von der Kapitalverwertung bestimmt werden. Sie bewertet diese Kategorien andererseits aber auch als das Ergebnis einer bestimmten Entwicklungsstufe der Produktivkräfte mit einer entfalteten gesellschaftlichen Arbeitsteilung und dem Bestehen selbständiger Produzenten, die ihre Produkte untereinander austauschen. Ware, Wert und andere hiervon abgeleitete Kategorien sind hiernach nicht an die Kapitalverwertung gebunden, sondern können und müssen auch in einer sozialistischen Gesellschaft für die Realisierung ihrer Ziele genutzt werden. Die zweite Auffassung entspricht m. E. den politökonomischen Zusammenhängen einer sozialistischen Ökonomik und stimmt auch mit den Erfahrungen der realsozialistischen Länder überein. Daher trifft auch die Auffassung über den »Hybridcharakter« der realsozialistischen Ökonomie nicht zu (vgl. hierzu Abschnitt 4).

Die Entwicklung in der DDR hat deutlich gezeigt, dass sich eine umfassende Verstaatlichung und die Einschränkung der Pluralität der Eigentumsformen negativ auf die Befriedigung der vielfältigen Bedarfswünsche und auch auf die Nutzung der Unternehmerinitiative für Innovationen und Effizienz auswirken.

Auch in der Leitung, Organisation und Planung der Wirtschaft gibt es eine Reihe meist differenzierter und widersprüchlicher Erfahrungen in der DDR,

die für andere Länder und Regionen von Interesse sein können. Dies gilt u.a. für das Ausmaß der vertikalen und horizontalen Konzentration von Wertschöpfungsketten in den Kombinat- und Betrieben oder das Verhältnis zwischen Groß-, Mittel- und Kleinbetrieben. Von Interesse ist auch die kritische Analyse der Erfahrungen auf solchen, für die Regulierung der Wirtschaft wichtigen Gebieten, wie Rechte und Spielräume der Wirtschaftssubjekte, z.B. bei der Gewinnverwendung, speziell für Investitionen, bei der Wahrnehmung von Außenhandelsfunktionen im Rahmen des staatlichen Außenhandelsmonopols oder bei der Festlegung des Umfangs und des Inhalts der Wirtschaftsrechnung (Wirtschaftliche Rechnungsführung) in den Wirtschaftseinheiten.

Es gab in der DDR und den anderen Ländern des Realsozialismus auch interessante Überlegungen und Ansätze zur wirksameren Lösung von Problemen der Effizienz, der bedarfsgerechten Versorgung und der Beschleunigung von Innovationen. Sie waren eng verflochten mit Vorschlägen zur wirksameren Nutzung des Gewinns und zur stärkeren Motivation der Wirtschaftssubjekte und der Beschäftigten für Innovationen und eine langfristig effiziente Entwicklung. Solche Ansätze mit beträchtlichen Entwicklungspotenzialen wurden aber meist nicht konsequent genutzt bzw. weitergeführt. Wenn Probleme und Schwierigkeiten auftraten oder wenn sich die Erwartungen nicht erfüllten, blieben sie meist im Anfangsstadium stehen oder wurden abgebrochen.

Im Zusammenhang mit der gegenwärtig zunehmenden Bedeutung der Regionalisierung der Wirtschaftsentwicklung, sowohl der verstärkten Entwicklung regionaler Wirtschaftskreisläufe, als auch der Herausbildung regionaler, nationale Grenzen überschreitender Wirtschaftsblöcke, u.a. auch in Lateinamerika und Afrika, könnten die Erfahrungen der Regionalplanung in der DDR nützlich sein. Sie war eine insgesamt nützliche und entwicklungsfähige Methode für die Verbindung regionaler Interessen und Potenziale mit den Entwicklungserfordernissen der Branchen.

Die DDR war aber nicht in dem Sinne wirtschaftlich gescheitert oder am Ende, dass sie aus inneren wirtschaftlichen Gründen unmittelbar vor einem Zusammenbruch stand oder nicht mehr in der Lage war, einen normalen Wirtschaftsablauf und die Erfüllung der wirtschaftlichen Aufgaben nach innen und nach außen zu gewährleisten. Die ökonomische Entwicklung in der DDR bis Ende der 1980er Jahre, insbesondere die zu keinem Zeitpunkt infrage gestellte Versorgung der Bevölkerung mit Grundgütern des täglichen Bedarfs, die ständige Erhöhung der Mittel für Wissenschaft und Technik und für die Grundlagenforschung, die bis Ende der 1980er Jahre anhaltende jährliche Erhöhung der Mittel des Staatshaushalts für Bildung, Kultur und Gesundheit, und die zuverlässige Erfüllung der Verpflichtungen aus den Auslandsverbindlichkei-

ten, lässt deutlich werden, dass die These von der durchweg maroden DDR-Wirtschaft die Realitäten äußerst verzerrt widerspiegelt.

Das Dilemma der DDR bestand darin, dass ein »Weiter so!« nicht mehr möglich war, dass aber die für eine wirtschaftspolitische Kursänderung und für tiefgehende Reform notwendigen, vorrangig politischen, äußeren – eine zuverlässige, solidarische Unterstützung durch die Sowjetunion, weiteres Bestehen des RGW und der Export-Import-Beziehungen mit der UdSSR und den anderen RGW-Staaten – und inneren Bedingungen – Vertrauensbasis der Bevölkerung, demokratische Legitimation der politischen Führung – nicht mehr vorhanden waren. Sowohl die äußeren Verbindlichkeiten gegenüber dem NSW als auch der aufgestaute Investitionsbedarf in lebenswichtigen Bereichen verlangten unerbittlich eine Kurskorrektur in der Wirtschaftsstrategie, darunter eine andere Verwendungsstruktur des volkswirtschaftlichen Endprodukts zugunsten der Investitionen und des Exports, die zulasten der Konsumtion gegangen wäre. Für einen solchen Wandel fehlten vor allem die politischen Voraussetzungen.

Wirtschaftliche Fehlentwicklungen und grundlegende Defizite auf entscheidenden Gebieten wiesen schon lange vor dem Ende des Realsozialismus auf Gefahren seines Scheiterns hin. Ende der 1980er Jahre war die DDR nicht wirtschaftlich am Ende, ihr Lebensnerv war aber nachhaltig, nicht mehr reparabel, beschädigt.

3. Exkurs: Gründe für den ökonomischen Misserfolg der deutschen Einheit – sind die »Erblasten« der DDR schuld?

Bei der Umwandlung einer staatssozialistischen, zentralistisch geleiteten Wirtschaft in eine kapitalistische Marktwirtschaft waren wirtschaftliche und soziale Konflikte und Rückschläge nicht zu vermeiden. Schließlich handelte es sich hier um einen völligen Umbruch in den Eigentums- und Machtstrukturen, in der Regulierungsweise, im Akkumulationsregime einer ganzen Volkswirtschaft, in den Arbeitsbedingungen und in der Lebensweise der Bevölkerung sowie auch in der Art und Weise ihrer Einbindung in die internationale Arbeitsteilung. Es war aber nicht schicksalhaft, dass dieser historisch tiefgreifende gesellschaftliche Umbruch einen solch großen wirtschaftlichen Einbruch bewirken musste.

Das Ausmaß des Produktionsrückgangs und der Arbeitslosigkeit sowie auch das ökonomische Scheitern des Vereinigungs- und Umwandlungsprozesses nach dem Anschluss der DDR waren vor allem Resultat der Politik der Bundesregierung unter Kohl. Sie war darauf gerichtet, den Beitritt der DDR an die Bundesrepublik so zu vollziehen, dass die Verhältnisse der alten Bundesrepublik vollständig auf die DDR übertragen, der DDR »übergestülpt« werden. In der Bundesrepublik sollte alles beim Alten bleiben, während in der DDR durch dieses Übertragen faktisch alles, was noch irgendwie an sozialistische Verhältnisse erinnern konnte, beseitigt werden sollte. Im Rahmen dieser dominierenden politischen Ziele konnten die Interessen des westdeutschen Großkapitals im Anschlussprozess umfassend durchgesetzt werden. Besonders tiefgreifend und nachhaltig schädigend auf die ökonomische und soziale Entwicklung Ostdeutschlands seit 1990 wirkten sich aus:

- die ökonomische Inbesitznahme Ostdeutschlands durch westdeutsche Handlungsketten, Finanzinstitutionen und Großunternehmen, insbesondere durch den Verzicht auf eine für eine begrenzte Übergangszeit geschützte, regulierte und kontrollierte Entwicklung des ostdeutschen Markts. Hierdurch verloren ostdeutsche Betriebe vor allem der Industrie und Landwirtschaft massenhaft ihre Absatzmöglichkeiten und infolgedessen auch ihre ökonomische Existenzbasis gegen die überlegene westliche Konkurrenz;

- die überstürzte Privatisierung der ostdeutschen volkseigenen Betriebe und die Enteignung der ostdeutschen Bevölkerung zugunsten des westdeutschen Kapitals durch die Politik der Bundesregierung und der in ihrem Auftrag tätigen Treuhandanstalt. Von dem von der Treuhandanstalt verwalteten Vermögen der volkseigenen Wirtschaft ging (berechnet nach der Anzahl der Arbeitsplätze) durch Privatisierung rund 85% in die Hände des westdeutschen Kapitals, etwa 7% in die Hände des ausländischen Kapitals und nur etwa 6% kam in ostdeutsche Hände;¹⁵
- die mit der verfrühten Währungsunion beseitigte Möglichkeit, Währungskurse unter Berücksichtigung der ökonomischen Bedingungen und Interessen der ostdeutschen Wirtschaft festzulegen und für den Export zu nutzen. Infolge des durch die Einführung der DM hervorgerufenen Aufwertungsschocks war der Konkurs des überwiegenden Teils der ostdeutschen Betriebe vorprogrammiert.

In den Jahren 1990 und 1991 ging gegenüber dem Stand des letzten vollen DDR-Jahres 1989 die gesamtwirtschaftliche Leistung (ohne Berlin) um ca. 30% und die Industrieproduktion um ca. 60% zurück. (Heske 2005: 264) Diese Angaben über den Rückgang des BIP weichen von den bisher publizierten Daten zum Rückgang der Wirtschaftsleistung – fast 40% – etwas ab. Die Anzahl der Erwerbstätigen verringerte sich von 1989 bis 1991 um über zwei Millionen (von 8,9 Mio. auf 6,8 Mio.) und bis 1993 nochmals um eine Million (auf 5,8 Mio.) (ebd.: 268), d.h. insgesamt um mehr als ein Drittel. Das BIP je Einwohner lag in Ostdeutschland (ohne Berlin, Deutschland = 100) 1989 bei 60%, 1991 bei 46%, 1995 bei 64% und stagniert seitdem bei rund 65%. Die Arbeitslosenquote war fast im gesamte Zeitraum seit 1991 doppelt so hoch wie in den alten Bundesländern. Sie ist in den letzten Jahren etwas geringer geworden, aber nicht als Ausdruck einer höheren Beschäftigung, sondern ausschließlich als Resultat eines Rückgangs des Erwerbspersonenpotenzials durch Abwanderung. Die Steuereinnahmen der neuen Länder liegen bei etwa 40% des Niveaus der westdeutschen Länder. Die Abhängigkeit der neuen Länder von Finanztransfers ist seit Mitte der 1990er Jahre mit jährlich über 80 Mrd. Euro fast unverändert hoch.

Es ist nicht nur einseitig und vereinfacht, sondern direkt falsch, die »Erblast« der DDR für die gegenwärtigen Probleme Ostdeutschlands und Deutschlands verantwortlich zu machen. Das gewaltige Ausmaß der Deindustrialisierung, der Vernichtung leistungsfähiger wirtschaftlicher und Forschungspotenziale, des

¹⁵ Hans-Werner Sinn in einer Expertenbefragung im Treuhand-Untersuchungsausschuss, in: Deutscher Bundestag, Drucksache 12/8404, S. 437; zitiert in: Luft 1998: 48.

Brachlegens produktiver Kräfte und schöpferischer Fähigkeiten der Menschen sowie die Missachtung der Interessen der ostdeutschen Bevölkerung waren nicht unvermeidlich, sondern vielmehr eine *direkte Folge der Politik der Übertragung westdeutscher Verhältnisse auf Ostdeutschland, faktisch ohne Übergangsregelungen*, in Verbindung mit dem neoliberalen Glauben an die Wunderkräfte des Marktes. Diese Politik stimmte mit dem Interesse des westdeutschen Großkapitals überein, den ostdeutschen Markt zu besetzen, die ostdeutschen Wirtschaftsbeziehungen zu Osteuropa für die Gewinnung neuer Absatzmärkte zu nutzen sowie dabei störende Konkurrenten aus den neuen Bundesländern auszuschalten.

Wie brüchig die Erklärung der ökonomisch misslungenen Einheit mit den Problemen aus der »Erblast DDR« ist, zeigt sich deutlich, wenn die Wirtschaftsentwicklung Ostdeutschlands nach der Vereinigung mit der anderer ehemals staatssozialistischer Länder verglichen wird. Ein solcher Vergleich offenbart ein Paradoxon: Die DDR wies, bei allen zweifellos vorhandenen Problemen und Rückständen, nach allgemein akzeptierten Einschätzungen im Verhältnis zu allen anderen RGW-Ländern die höchste Produktivität und ein relativ fortgeschrittenes technologisches und Qualitätsniveau der Erzeugnisse auf. Trotzdem war der Produktionseinbruch Ostdeutschlands nach 1990 insgesamt und speziell der Industrie sowie der Exportrückgang größer als in den meisten anderen Ländern des RGW.¹⁶ Dabei ist noch zu beachten, dass Ostdeutschland durch die Finanztransfers und Maßnahmen der Investitionsförderung in den 1990er Jahren eine weit höhere Investitionsquote hatte als die anderen mittel- und osteuropäischen Länder.

Die Untauglichkeit der »Erblastenerklärung« wird auch deutlich, wenn gefragt wird, warum der Aufholprozess in den neuen Bundesländern seit 1996 abgebrochen ist, warum ab 1996 das durchschnittliche jährliche Wirtschaftswachstum im Vergleich zu den Jahren 1992 bis 1995 auf weniger als ein Viertel zusammengeschrumpft ist, die Investitionen absolut geschrumpft und die Beschäftigtenzahlen ständig weiter zurückgegangen sind.

Im Gegensatz zu der politisch-ideologisch geprägten These von der durchweg maroden ökonomischen Substanz der DDR lassen sich die wirtschaftlichen Probleme in Ostdeutschland nach 1990 vor allem auf drei Ursachenkomplexe und deren Zusammenwirken zurückführen:

¹⁶ Nach einer vergleichenden Analyse der RGW-Länder von 1983 betrug das Niveau anderer RGW-Länder im Verhältnis zur DDR (= 100) beim produzierten Nationaleinkommen je Einwohner: CSSR 81, UdSSR 72, UVR 61, VRP 49, bei der Industrieproduktion je Einwohner: CSSR 86, UdSSR 69, UVR 56, VRP 44 (Wenzel 1998: 170f.).

1. Die DDR-Wirtschaft wies Ende der 1980er Jahre im Vergleich zur Bundesrepublik eine geringere Effizienz und internationale Wettbewerbsfähigkeit auf. Das galt für die Wirtschaft insgesamt und auch für die meisten Unternehmen. Es gab einen beträchtlichen Nachholbedarf bei der Modernisierung des Anlagekapitals der produzierenden Bereiche und bei der Entwicklung der Infrastruktur, der aber nicht mit einer durchweg maroden DDR-Wirtschaft gleichgesetzt werden kann.
2. Die plötzliche, überstürzte Einführung der DM setzte die ostdeutsche Wirtschaft schutzlos einem vernichtenden Aufwertungsschock und einem sie benachteiligenden und von den Voraussetzungen her ungleichen Marktwettbewerb aus.
3. Die Wirtschaftspolitik, einschließlich der dominierenden Orientierung der Tätigkeit der Treuhandanstalt auf eine möglichst schnelle und umfassende Privatisierung, war ausgehend von den zu lösenden Problemen fehlerhaft und völlig inadäquat, indem sie auf die Selbstheilungskräfte des Marktes setzte und auf eine Strukturpolitik verzichtete. Vor allem diese Wirtschaftspolitik beeinträchtigte die Wirksamkeit der beträchtlichen Mittel der Wirtschaftsförderung, die in den neuen Bundesländern eingesetzt wurden. Hinzu kam, dass ein entscheidender Teil der aus Steuern finanzierten Wirtschaftsförderung dem westdeutschen Großkapital direkt oder indirekt zugute kam und wieder nach Westdeutschland zurückfloss.

Die negativen Auswirkungen der wirtschaftlichen Rückstände und Defizite der DDR auf die wirtschaftliche Dynamik, die Leistungsfähigkeit, die Innovationskraft, die Produktivität und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in den neuen Bundesländern wurden durch die unvorbereitete DM-Einführung und das Fehlen von Übergangslösungen und -fristen potenziert.

Für eine ausgewogene Bewertung der Rückstände und Defizite, aber auch der erreichten ökonomischen Ergebnisse der DDR müssen die im Vergleich zur Bundesrepublik weit ungünstigeren und schwierigeren Ausgangs- und Entwicklungsbedingungen berücksichtigt werden.¹⁷ Für eine seriöse Auseinandersetzungen um das von der DDR übernommene Erbe muss die nur oder völlig einseitig auf »Erblasten« gerichtete Betrachtung überwunden werden. Das verlangt u.a. auch, dass die bewahrenswerten Teile dieses Erbes in die Analyse einbezogen werden.

Die drei Ursachenkomplexe (Belastungen aus der DDR-Vergangenheit, überstürzte Einführung der DM, fehlerhafte Wirtschaftspolitik) waren bzw. sind in

¹⁷Vgl. hierzu die Literaturangaben in Fußnote 6 (S. 15).

allen drei Entwicklungsphasen der ostdeutschen Wirtschaft wirksam, jedoch in unterschiedlichem Maße.

In der *ersten Phase* (1990 bis 1991/92: Absturz der ostdeutschen Wirtschaft) wirkten alle drei Komplexe fast ungehemmt, in voller, sich gegenseitig noch verstärkender destruktiver Kraft.

In der *zweiten Phase* (1992 bis 1995/96: Aufholprozess mit hohen Wachstumsraten) ist die Wirksamkeit und Rolle des ökonomischen »DDR-Erbes« zurückgegangen, da einerseits die meisten nicht wettbewerbsfähigen Unternehmen – jedoch nicht nur diese – schon liquidiert, vom Markt verschwunden waren, andererseits Effektivitätshemmnisse der Kombi-Strukturen nach deren Zerschlagung nicht mehr existieren konnten und schließlich der Kapitalstock in vielen privatisierten Unternehmen erneuert bzw. modernisiert worden war. In dieser Phase führten die Investitionsverpflichtungen, die von den neuen Eigentümern bei den Treuhandprivatisierungen in Verbindung mit den lukrativen Verkaufsangeboten übernommen werden mussten, zu beträchtlichen Investitionszuwächsen. Eine wesentliche Wirkung hatten die Milliardensubventionen in Form von Sonderabschreibungen, Investitionszuschüssen und -zulagen sowie günstigen Krediten. Den größten Teil davon erhielten westdeutsche und ausländische Konzerne für Investitionen in den neuen Bundesländern.

Durch diese und andere Sonderbedingungen wurde zeitweise überdeckt, dass *die Bedingungen für eine sich selbst tragende nachhaltige Wirtschaftsentwicklung nicht hinreichend verbessert wurden*, und dass ein beträchtlicher Teil der Fördermittel wenig effektiv, für unnötige und teilweise sinnlose Projekte eingesetzt wurde.

In der *dritten Phase* (1996 bis heute: Abbruch des Aufholprozesses, geringe Wachstumsraten, Ost-West Lücken bleiben und werden teilweise sogar wieder größer) haben sich die Gewichte noch stärker in Richtung einer verfehlten Wirtschaftspolitik verschoben. Deutlich wird dies an der gesamtwirtschaftlichen »Produktivitätslücke«, die immer weniger mit technologischen oder Management-Rückständen der einzelnen Produktionsstätten erklärt werden kann, vielmehr vor allem auf strukturelle Probleme zurückzuführen ist, die eindeutig Ergebnis der Vereinigungspolitik sind: Dominanz kleiner kapitalschwacher Betriebe und weitgehendes Fehlen größerer Unternehmen, Abhängigkeit von den in Westdeutschland liegenden Unternehmenszentralen, unzureichende Forschungskapazitäten in den Unternehmen, ausgeprägte Züge einer verlängerten Werkbankproduktion als spezifisch für die Umwandlung der ostdeutschen Wirtschaft.

Eine Analyse und Bewertung der gegenwärtigen Entwicklungsphase seit 1996 macht deutlich, dass es sich *nicht »nur« um eine zeitweise Unterbrechung des*

Aufhol- oder Angleichungsprozesses, sondern im Kern um seinen Abbruch handelt.

Die ungelösten Probleme in Ostdeutschland sind im Prinzip geblieben: Eigenkapital- und Innovationsschwäche vieler ostdeutscher Unternehmen, Schwierigkeiten, notwendige Kredite bewilligt zu bekommen, hohe Marktzugangsbarrieren bei sich verschärfender Verdrängungskonkurrenz, im Vergleich zu den Konkurrenten niedrigere Preise beim Absatz auf überregionalen Märkten und damit auch niedrigere Renditen, die als Quelle zur Finanzierung der Investitionen nicht ausreichen. Hinzu kommen: von den Entscheidungen in den westdeutschen oder ausländischen Konzernzentralen abhängige Entwicklungsperspektiven vieler Unternehmen und auch Teilregionen, ungünstige Größenstruktur der ostdeutschen Unternehmenslandschaft, niedriges eigenes Steueraufkommen und weiter zugespitzte Finanzlage der ostdeutschen Länder und Kommunen mit geringen Spielräumen für eine wirksame eigenständige regionale Struktur- und Beschäftigungspolitik. Daran wird sich in absehbarer Zeit kaum etwas in positiver Richtung verändern.

Einige Bedingungen für die Reduzierung der Kluft in der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit werden sich in Zukunft verschlechtern. Das sind insbesondere: die Verringerung der Finanztransfers aus dem Solidarpakt II nach 2008 und der Mittel der EU zur Förderung von Ziel-1-Regionen, die sich auf das zukünftig verfügbare Investitionspotenzial der neuen Länder auswirken; die hohe Verschuldung und die Verschärfung der Haushaltsprobleme der ostdeutschen Länder und Kommunen infolge des prognostizierten beträchtlichen Rückgangs der absoluten Höhe der Gesamteinnahmen; die nachhaltig negativen demografischen Probleme in Folge von Geburtenrückgang und Abwanderung; Defizite beim qualifizierten Berufsnachwuchs; zunehmende Wohnungsleerstände und hohe Aufwendungen für den Rückbau von Wohnungsbeständen; erhöhte Belastungen der Bevölkerung und der kommunalen Haushalte durch die weitgehend unveränderten Fixkosten für Einrichtungen der Infrastruktur; Verschlechterung der Lebensbedingungen in größeren Regionen und in vielen Kommunen durch »Ausdünnung« der Angebote in Bildung, Gesundheit, Kultur, Handel und im öffentlichen Nahverkehr.

4. Warum ist der Realsozialismus in Europa gescheitert? Generelle Gründe, Besonderheiten in der DDR

Die Diskussion um die Gründe (Faktoren) für das Scheitern des Versuchs einer sozialistischen Alternative zum Kapitalismus hat eine lange Geschichte. Schon vor der Oktoberrevolution 1917 wurde eine prinzipielle Auseinandersetzung über die grundsätzliche Möglichkeit einer sozialistischen, auf Gemeineigentum an den Produktionsmitteln beruhenden und von sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit geprägten Gesellschaft zwischen marxistischen und anderen linken Vertretern auf der einen und bürgerlichen Ökonomen, Historikern und Soziologen auf der anderen Seite geführt. Diese Kontroverse wurde während der ganzen Zeit der Existenz des Realsozialismus zunächst in der UdSSR und nach dem Zweiten Weltkrieg in weiteren Länder Europas, Asiens und Lateinamerikas größtenteils in scharfer Form fortgesetzt.

Einen zentralen Platz in dieser Auseinandersetzung spielte die Auffassung von Ludwig von Mises, dass im Sozialismus infolge der Aufhebung des Privateigentums und des Marktes eine Wirtschaftsrechnung und damit auch wirtschaftlich rationales Handeln unmöglich seien. Mit der These von der »logischen und praktischen Undurchführbarkeit des Sozialismus« (Mises 1932) setzten sich u.a. der polnische Ökonom Oskar Lange und die DDR-Ökonomen Fritz Behrens und Gunter Kohlmeier auseinander. Ihr Anliegen bestand darin, diese Auffassungen prinzipiell zu widerlegen, sie aber mit der Kritik der Defizite der zentralistisch-administrativen Planung und des Systems administrativer, staatlich festgelegter Preise, die zu beträchtlichen Schwächen in der Wirtschaftsrechnung und in der Verbindung volkswirtschaftlich und betrieblich rationalen wirtschaftlichen Handelns führten, zu verbinden (vgl. u.a. Behrens 1957:136, 139f.). Diese Kritik wurde damals mit dem Vorwurf des Revisionismus von der SED-Führung unterdrückt.

Die bürgerliche Kritik an der ökonomischen Leistungs- und Lebensfähigkeit des Sozialismus verlagerte sich in den letzten Jahrzehnten der Existenz des Staatssozialismus zunehmend vom Bestreiten der prinzipiellen ökonomischen Möglichkeit des Sozialismus auf die Kritik an der Art seiner praktischen Verwirklichung und am sowjetischen Modell des Staatssozialismus.

In den Vordergrund der Polemik auf ökonomischem Gebiet traten Fragen der Innovationsschwäche, der unzureichenden internationalen Konkurrenzfähigkeit sozialistischer Betriebe, der Mängel bei der bedarfsgerechten Versorgung der Bevölkerung und insgesamt des Zurückbleibens der staatssozialistischen Länder im ökonomischen Wettbewerb der beiden Wirtschaftssysteme. Die antisozialistische Polemik wurde zwar zum großen Teil einseitig und oft demagogisch geführt, konnte aber an die offensichtlichen Defizite und Fehlentwicklungen in der UdSSR, der DDR und den anderen staatssozialistischen Ländern anknüpfen.

Diese Kritik am realsozialistischen Wirtschaftssystem reicht von feindlichen, antisozialistischen Entstellungen bis zu Bemühungen um eine sachliche, objektive Charakterisierung der Funktionsdefizite des Staatssozialismus und der Ursachen seines Scheiterns (vgl. hierzu u.a. Wagener 1995).

Auch unter sozialistischen Ökonomen der RGW-Staaten, darunter der DDR, gab es Diskussionen über Hemmnisse, die sich vor allem auf Fragen einer zu geringen Effektivitäts- und Produktivitätssteigerung, auf Rückstände bei Innovationen und der Entwicklung moderner Produktionsstrukturen, auf die unzureichende Berücksichtigung ökonomischer Interessen der Wirtschaftseinheiten, auf die geringe Flexibilität des Planungs- und Leitungssystems und auf die unbefriedigenden Ergebnisse der ökonomischen Integration der RGW-Staaten konzentrierten (vgl. u.a. Nick 2003).

Diese Diskussionen hatten in der DDR einen Höhepunkt in der Zeit der Vorbereitung und Anwendung des Neuen Ökonomischen Systems (NÖS) und in den letzten Jahren der Existenz der DDR. Es gab aber mit Ausnahme der in den 1950er Jahren publizierten Schriften von Behrens, Benary und Kohlmeier zu Fragen einer stärkeren Nutzung des Wertgesetzes und der Einschränkung zentralistischer Planung kaum eine öffentlich wahrnehmbare kritische Auseinandersetzung mit Grundfragen der sozialistischen Ökonomie und Planung. Der Diskurs bewegte sich unter den Wirtschaftswissenschaftlern der DDR im Wesentlichen im Rahmen der Grundstrukturen des Staatssozialismus und des sowjetischen Planungsmodells (vgl. hierzu Krause 1998). Bei der Vorbereitung des NÖS gingen jedoch die Diskussionen über den Rahmen des sowjetischen Modells hinaus. Dies zeigte sich deutlich in den Vorstellungen, die Möglichkeiten der Wirtschaftseinheiten zu erweitern, in Abhängigkeit von den erzielten wirtschaftlichen Ergebnissen eigenverantwortlich Entscheidungen zum Einsatz der Mittel für die Entwicklung ihres Reproduktionsprozesses zu treffen. Dies trifft auch auf die Vorschläge zu, Marktinstrumente stärker zu nutzen sowie vorwiegend administrative Leitungs- und Planungsmethoden durch ökonomische zu ersetzen (vgl. Workshop 2000). Diese Etappe brach jedoch Anfang der

1970er Jahre mit dem Führungswechsel von Walter Ulbricht zu Erich Honecker ab.

In der Zeit vor und während der sogenannten Wende 1989/1990 wurde die Kritik an der wirtschaftlichen Entwicklung der DDR und der zentralistischen Planung grundsätzlicher. Im Ergebnis kritischer Analysen und Diskussionen wurden in dieser Zeit Vorschläge für eine Reformierung des Wirtschafts- und Planungssystems im Zusammenhang mit einer wirksameren Nutzung von Marktmechanismen ausgearbeitet und diskutiert. Sie sollten dazu beitragen, notwendige Änderungen in der Wirtschaftstrategie zur Stärkung des Investitions- und Innovationspotenzials, zur Erhöhung der Effizienz im gesamten Reproduktionsprozess, zur stärkeren Berücksichtigung von Umweltproblemen und für eine grundsätzliche Korrektur des Subventionssystems durchzuführen.¹⁸

Die kritischen Auseinandersetzungen vieler linker und marxistischer Ökonomen in der Bundesrepublik und in anderen kapitalistischen Ländern mit dem praktizierten Staatssozialismus, u.a. mit der überzentralisierten, administrativen Planung, den Demokratiedefiziten, der unzureichenden Effizienz und Innovationsschwäche der sozialistischen Wirtschaft und der zu geringen Beachtung ökologischer Erfordernisse, trugen im Vergleich zu den Diskussionen in der DDR in vielen Fällen einen prinzipielleren, grundsätzlicheren Charakter.¹⁹

Günter Krause schreibt zur Lage unter den Ökonomen der DDR in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre: »Keine Frage – Ökonomen verschiedenster Einrichtungen beleuchteten seit Mitte der 1980er Jahre insbesondere in Studien und verschiedenen Arbeitsgruppen, auf Tagungen und in informellen Zirkeln zunehmend kritischer die gravierenden Funktionsprobleme der Planökonomie der DDR. Die Notwendigkeit der Reform, der Erneuerung und Modernisierung dieser Ökonomie war schon angemahnt und auch Zweifel am wirtschafts- und gesellschaftsstrategischen Kurs der SED-Führung angemeldet worden. ... Was es jedoch *nicht* gab, war eine prinzipielle ökonomische Systemkritik.« (Krause 1998: 255f.) Zunächst müsste gefragt werden, was unter einer »prinzipiellen ökonomischen Systemkritik« zu verstehen ist. Wo fängt sie an? Zu welchen Konsequenzen hätte sie geführt? Wäre damit nicht die Gefahr einer ideellen Selbstaufgabe des sozialistischen Versuchs verbunden, wäre sie daher über-

¹⁸ Solche Analysen, Studien und Vorschläge gab es u.a. an der Hochschule für Ökonomie, am Zentralinstitut für Wirtschaftswissenschaften der Akademie der Wissenschaften, an der Humboldt-Universität (Forschungsprojekt »Sozialismustheorie«) und von Wissenschaftlern an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften.

¹⁹ Vgl. u.a. Joas/Köhli 1993, Wiards 2001. In diesen Arbeiten sind richtige Erkenntnisse und interessante Meinungsäußerungen zu den Gründen für das Scheitern des Realsozialismus enthalten, auch wenn einige kritische Wertungen m.E. unzutreffend sind.

haupt in der DDR möglich gewesen? Es gab m. E. jedoch zu mehreren wichtigen Fragen der Planung und der Funktionsweise der sozialistischen Ökonomie auch von DDR-Wissenschaftlern und Praktikern grundlegende Kritiken und Vorstellungen über notwendige Änderungen. Insgesamt reichten diese, wie sich auch 1990 bei den Arbeiten an einer Wirtschaftsreform zeigte, nicht aus und gingen meist auch nicht an die Wurzel der offensichtlichen Innovations- und Leistungsdefizite.

Bei der Verwirklichung der Ziel- und Wertvorstellungen des Sozialismus gab es in der DDR und den anderen realsozialistischen Ländern grundlegende, strukturelle Defizite insbesondere auf folgenden, für die gesellschaftliche und auch für die wirtschaftliche Entwicklung entscheidenden Gebieten:

- Freiheit/Emanzipation/Selbstbestimmung/Demokratie in der Gesellschaft, in den Betrieben und Arbeitskollektiven, bei den einzelnen Subjekten; in der Lebensweise und in der Arbeit.

Diese Defizite äußerten sich auch in den unterentwickelten, einseitigen Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft, in dem realen Übergewicht des Staates, dabei speziell als Machtorgan, in diesen Beziehungen und in der unzureichenden Entwicklung der Vermittlungsglieder zwischen Staat und Gesellschaft. Dies zeigte sich insbesondere in der Überdimensionierung zentralistischer Planung bei zu geringen realen Rückkopplungsmechanismen mit den Interessen und Bedürfnisse der Bevölkerung, der Wirtschaftssubjekte sowie der Regionen, im Nichtausnutzen der Möglichkeiten gesellschaftlichen Eigentums für die Entwicklung der Wirtschaftsdemokratie, vor allem bei der realen Einflussnahme der Beschäftigten auf die Entwicklung in den Unternehmen und Betrieben, in dem Fehlen wirksamer zivilgesellschaftlicher Strukturen.²⁰

Die Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft blieben in der gesamten Zeit der Existenz des Realsozialismus nicht unverändert. In bestimmten Perioden traten Repressionsfunktionen verstärkt in den Vordergrund, z.B. 1952/53 vor dem 17. Juni und 1956 im Zusammenhang mit den Ereignissen in Ungarn. Zu anderen Zeiten gab es wiederum Tendenzen einer größeren Offenheit und Liberalisierung, die aber bei auftretenden Problemen meist wieder recht schnell abgebrochen wurden.

²⁰ »Das sowjetische Wirtschaftsmodell, das wesentlich in der Stalinzeit entstanden war und nach dem 2. Weltkrieg von der Sowjetunion den Ländern ihres Einflussbereichs präsentiert wurde, war durch Übermaß an Zentralismus und praktischer wie ideeller Geringschätzung der Ware-Geld-Wirtschaft charakterisiert.« (Nick 2003: 85)

- Herausbildung eines den Bedürfnissen der Menschen und ökologischen Erfordernissen entsprechenden Produktions- und Reproduktionstyps sowie Pfades der ökologisch und sozial nachhaltigen Entwicklung sowie eines damit übereinstimmenden neuen Wachstumstyps. Dabei dürfen mögliche und reale Widersprüche in den Beziehungen zwischen den Bedürfnissen der Menschen und den ökologischen Nachhaltigkeits- und Zukunftserfordernissen nicht übersehen werden. Die ökonomische Entwicklung verlief – wie bereits erwähnt – in den realsozialistischen Ländern weitgehend nach dem Muster kapitalistischer Modernisierung. Dies betraf vor allem die Entwicklung der Wirtschafts-, Produktions- und auch Konsumtionsstrukturen sowie der Technik.
- Kreativität, Innovationsfähigkeit und -stärke, Produktivitätsentwicklung und Effizienz,
- bedarfs- und qualitätsgerechtes Angebot an Waren und Dienstleistungen,
- rasches, flexibles Reagieren der Produktion auf Bedarfsveränderungen und Innovationen.

Diese Defizite des Realsozialismus, vor allem die beiden ersten, sind nicht zufällig. Sie hängen eng zusammen mit der Art und Weise, wie die sozialistische Umwälzung begann, und mit strukturellen Fehlentwicklungen, die seine gesamte Geschichte begleitet haben.

In der Sowjetunion begann der sozialistische Versuch mit einer gewaltsamen Umwälzung, einer revolutionären Machteroberung durch eine Vorhut/Elite (Partei, führende Gruppe innerhalb der Partei). Er war von Beginn an mit der Diktatur der Partei, mit der Unterdrückung jeglicher demokratischen Opposition und einer Zentralisierung der Macht verbunden. Dies war nur möglich, weil sich die Partei der Bolschewiki auf große Teile des Industrieproletariats, der Dorfarmut und der Kleinbauern sowie der mit dem Volk verbundenen Intelligenz stützen konnte.

In der DDR war der sozialistische Weg, der mit den Beschlüssen der 2. Parteikonferenz im Jahr 1952 begann, nur im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges, der Zerschlagung des faschistischen deutschen Staates, der Befreiung vom Hitlerfaschismus durch den militärischen Sieg der sowjetischen Armee, d.h. durch verschiedene äußere Faktoren, möglich. Er war ebenfalls von Beginn an durch die Zentralisierung der Macht in einer kleinen Führungsspitze der Partei und eine scharfe Unterdrückung von Opposition, aber auch von Vorstellungen über einen eigenständigen oder spezifischen sozialistischen Weg in der DDR gekennzeichnet.

Die Entwicklung des Staatssozialismus wurde in starkem Maße beeinflusst durch Demokratiedefizite, insbesondere unzureichende demokratische Mitge-

staltung und schwache zivilgesellschaftlicher Strukturen, geringe Transparenz von Entscheidungen, fehlende demokratische öffentliche Kontrolle.²¹

Von erheblichem Einfluss war, dass die Entwicklung des Realsozialismus zunächst in einem Land und später in einigen Ländern erfolgte, bei Weiterbestehen des kapitalistischen Weltsystems und bei feindlicher Umgebung durch kapitalistische Staaten. Schließlich ist in diesem Kontext wichtig, dass zum »sozialistischen Lager« im Wesentlichen Länder gehörten, die gegenüber der industrialisierten kapitalistischen Welt wirtschaftlich zurückgeblieben und weit schwächer waren. Sie standen von Beginn an in einem erbitterten Systemwettbewerb mit dem Kapitalismus, der nicht nur durch wirtschaftlichen Wettstreit, sondern entscheidend durch den kalten Krieg und das Wettrüsten beeinflusst wurde.²²

Diese Art der Entstehung und Entwicklung des Staatssozialismus wirkte sich auf alle Seiten der Produktionsweise aus:

- auf die Individuen – Erscheinungen der Deformation und Entfremdung der Individuen im Kapitalismus konnten nur unzureichend überwunden werden, die Schritte zur Emanzipation, zur freien Entwicklung der Individualität der Menschen und zur Entfaltung ihrer Kreativität blieben unbefriedigend.
- auf die Gemeinschaft – Die Eigentumsstrukturen wurden durch die Verstaatlichung bestimmt, und führten nicht bzw. nur unzureichend zu einer realen Vergesellschaftung im Sinne einer tatsächlichen und solidarischen Verfügung der Produzenten über die Ergebnisse ihrer Arbeit, zu wirklichem Volkseigentum, zu pluralistischen Eigentumsverhältnissen und zu einer demokratischen Regulierung der Wirtschaft.²³ Dies gilt auch für die Herausbildung solidarischer Wirtschaftsbeziehungen im internationalen Maßstab zwischen den realsozialistischen Ländern.
- auf die technologische Basis – Produktionsstrukturen und Lebensweise des Kapitalismus wurden weitgehend übernommen und weitergeführt, wozu auch

²¹ Die Sozialismusversuche sind vor allem daran gescheitert, dass es nie gelungen ist, »ökonomische Entwicklung, soziale Gerechtigkeit und politische Demokratie gleichermaßen zu verwirklichen; ... die mangelhafte Entwicklung und schließlich vollkommene oder weitgehende Negation der politischen Demokratie bestimmte in letzter Instanz ... dann auch das Scheitern der sozialistischen Ökonomie wie der Herstellung sozial gerechter Verhältnisse«. (Goldschmidt 1995: 48)

²² »Ein erheblicher Teil dieser Probleme ist zweifellos darauf zurückzuführen, dass sich die bestehenden sozialistischen Länder über einen unerwartet langen Zeitraum in die ihre eigene gesellschaftliche Entwicklung dominierenden Zwänge der Systemauseinandersetzung mit den kapitalistischen Ländern eingebunden finden.« (Wehr 2000: 12)

²³ Vgl. hierzu auch das Programm der PDS von 1993, Abschnitt 2.

eine in wesentlichen Zügen umweltschädliche Entwicklung der Produktivkräfte zu rechnen ist. Es gab kaum reale Ansätze für eine alternative wirtschaftliche und technologische Entwicklung im Sinne einer ökologisch zukunftsfähigen Gesellschaft.

Es geht bei der Analyse der Gründe für das Scheitern des Realsozialismus vor allem darum, Schlussfolgerungen für einen demokratischen Sozialismus des 21. Jahrhunderts zu ziehen. Bei dieser Analyse stehen naturgemäß die ungelösten Probleme und die Defizite im Vordergrund. Das heißt natürlich nicht, wichtige positive Erfahrungen der 70 bzw. 40 jährigen Geschichte des Realsozialismus außer Acht zu lassen. Diese bestehen nicht nur in den bekannten Leistungen in der Bildung, gesundheitlichen Versorgung, Kultur, in der Erleichterung der Verbindung von Familie und Erwerbsarbeit und damit auch bei wichtigen Seiten der Gleichstellung der Frauen, in der Überwindung von Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit, sondern auch in Veränderungen im Sozialverhalten der Menschen. Erwähnenswert sind hier u.a. das stärkere Vorhandensein solidarischer Verhaltensweisen zwischen den Menschen, von Interesse und Anteilnahme an persönlichen Problemen der KollegInnen im Betrieb und der Nachbarn im Wohngebiet. Wie stark solche Verhaltensweisen von den ökonomischen und sozialen Strukturen bestimmt werden, zeigte sich in der raschen Veränderung solcher Verhaltensweisen, z.B. der Beziehungen zwischen Arzt und Patient oder zwischen den KollegInnen einer abzuwickelnden wissenschaftlichen Einrichtung nach der Übernahme der ökonomischen und Rechtsverhältnisse der Bundesrepublik. Es muss aber auch erwähnt werden, dass die sozialen Verhaltensweisen der Menschen in der DDR auch von solchen Erscheinungen wie Mangelwirtschaft und Anonymität des Volkseigentums beeinflusst wurden. Sie äußerten sich u.a. in der Ausprägung der Schattenwirtschaft, die eine wichtige Funktion insbesondere bei der Versorgung der Bevölkerung mit Dienstleistungen spielte, und in einer nicht seltenen unbekümmerten »Mitnahme« von Gegenständen aus dem Betrieb, die z.B. für persönliche Reparatur- oder Baumaßnahmen genutzt wurden.

Die bisherige Diskussion über die Defizite und Mängel des Staatssozialismus und über die Gründe seines Scheiterns zeigen, dass es zu vielen wichtigen Aspekten unter den Linken eine weitgehende Übereinstimmung gibt, dass aber zu einigen grundsätzlichen Fragen nach wie vor tiefe Meinungsunterschiede, teilweise entgegengesetzte Auffassungen, bestehen. Für eine konstruktive, zielgerichtete Fortführung des Diskurses zu diesen Problemen soll hier eine zusammengefasste Einschätzung des bisherigen Diskussionsstandes unter den sozialistischen Linken zum Scheitern des Realsozialismus in Europa und speziell in der DDR versucht werden. Die weitere Diskussion dieser Fragen ist vor

allem auch deshalb wichtig, weil sich je nach den getroffenen Bewertungen unterschiedliche Konsequenzen für die Grundzüge einer alternativen sozialistischen Gesellschaft ergeben.

Zur Charakterisierung des gegenwärtigen Diskussionsstands unter den Linken zum Scheitern des Realsozialismus wird im Folgenden unterschieden zwischen Fragen, zu denen ein weitgehender Konsens besteht, und Fragen, zu denen es unterschiedliche bis gegensätzliche Auffassungen gibt.

Fragen, zu denen ein weitgehender Konsens unter den Linken besteht

1. Der Staatssozialismus wies bei der Verwirklichung der Ziel- und Wertvorstellungen des Sozialismus auf den oben angeführten Feldern grundlegende Defizite auf.
2. Das Scheitern ist nicht auf eine einzelne Ursache zurückzuführen, sondern auf einen Komplex von inneren und äußeren Faktoren, die untereinander eng verflochten sind, und sich in ihren Wirkungen oft gegenseitig verstärkt haben.
3. Das *Scheitern ist nicht Ausdruck für die prinzipielle Unmöglichkeit einer sozialistischen Alternative zum Kapitalismus*, sondern spiegelt vor allem Defizite, Schwächen und Fehlentwicklungen des bisher praktizierten Staatssozialismus wider. Die Notwendigkeit einer Alternative zum Kapitalismus bleibt unvermindert bestehen. Sie ist angesichts der Unfähigkeit des Kapitalismus, die großen, sich weiter zuspitzenden ökonomischen, sozialen, ökologischen und entwicklungspolitischen Probleme zu lösen, noch größer geworden. In Deutschland und in den meisten anderen kapitalistischen Ländern breitet sich nicht nur unter den sozial Schwachen, sondern insgesamt bei den abhängig Beschäftigten und auch bei wachsenden Teilen der Selbständigen Angst und Unsicherheit vor der Zukunft aus. Die Meinung, dass die Zeiten einer relativen sozialen Sicherheit und eines verlässlichen Sozialstaats vorbei seien, nimmt rasch zu.

Ein neuer sozialistischer Versuch in den entwickelten kapitalistisch Ländern muss auf demokratischer Grundlage und mit friedlichen Mitteln erfolgen. Er muss die Angst und Zukunftsunsicherheit der Menschen aufgreifen und möglichst realistische Wege aufzeigen, wie die Probleme der sozialen Sicherheit in einem Transformationsprozess zum Sozialismus gelöst werden können. Dabei gilt es, Vereinfachungen und nicht einlösbare Versprechungen zu vermeiden. Es muss auch deutlich werden, dass es hierfür keinen festen »Programmablauf« geben kann, sondern die zu gehenden Schritte

stets mit gewonnenen neuen Erfahrungen und Erkenntnissen konfrontiert werden, um entsprechende Korrekturen, Modifikationen oder neue Weichenstellungen vorzunehmen. Für Schritte in Richtung einer sozialistischen Alternative sollte eine Strategie angestrebt werden, »wo sich Gebrechen des heutigen kapitalistischen Systems als nicht mehr erträglich erweisen, mit Unterstützung der Mehrheit des Volkes konkrete Lösungen des jeweiligen Problemkomplexes durchzusetzen, die (der Sache nach) ohnehin Elemente dieses Systems durchbrechen bzw. in ihrer nachhaltigen Wirkung eine solche Qualität annehmen (bzw. unerlässlich machen)«. ²⁴ Ein neuer sozialistischer Versuch darf natürlich nicht auf den Rahmen eines Nationalstaates begrenzt werden. Er wird erst recht unter den heutigen Bedingungen globaler Finanzmärkte und transnationaler Konzerne nur dann Erfolgchancen haben, wenn er durch international koordinierte Aktionen und Maßnahmen, z.B. in der EU, zu einer Regulierung dieser Finanzmärkte und zu einer Begrenzung der Macht internationaler Finanzinstitutionen und transnationaler Konzerne führt.

Eine sozialistische Transformation wird jedoch nur dann von einer demokratischen Mehrheit unterstützt und auf den Weg gebracht werden können, wenn sich die Vorstellungen über den angestrebten Sozialismus in wesentlichen Zügen vom bisherigen Staatssozialismus unterscheiden. Dazu gehört das Abgehen vom Modell einer »Zentralverwaltungswirtschaft«. Nur dann wird sich der Sozialismus auch langfristig erfolgreich behaupten können. Zugleich muss ein neuer sozialistischer Versuch auch bewahrenswerte Leistungen des Realsozialismus und deren notwendige Weiterentwicklung sowie die differenzierten, widersprüchlichen Erfahrungen der staatssozialistischen Länder für ein sozialistisches Projekt nutzen und produktiv machen. Die Erfahrungen beziehen sich u.a. darauf, das Ausmaß zentralistischer Planung im Vergleich zur bisherigen Praxis radikal zurückzunehmen, die Spielräume für eigenverantwortliches, unternehmerisches Handeln der Wirtschaftseinheiten bedeutend zu erweitern und die ökonomischen Interessen der Wirtschaftssubjekte besser zu berücksichtigen, die Marktkategorien umfassender anstelle administrativ festgelegter Surrogate zu nutzen, und dabei die für eine sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung unerlässliche gesellschaftliche Regulierung/Planung der Wirtschaft zu sichern.

Bei diesen zuletzt genannten Problemen ist die Übereinstimmung der Auffassungen unter den Linken allerdings nur auf einer hohen Abstraktionsstu-

²⁴ Aus Anmerkungen von Herbert Wolf zum Entwurf dieser Arbeit.

fe vorhanden. Bei der konkreten Interpretation der Erfahrungen und in den Auffassungen über die daraus zu ziehenden Konsequenzen gibt es beträchtliche Differenzen. Die gilt auch für mehrere andere Probleme, die in diesem Abschnitt behandelt werden.

4. Das Scheitern hängt mit Faktoren oder Umständen unterschiedlicher Qualität zusammen. Sie können in drei Komplexen zusammengefasst werden: (1) historische und äußere Faktoren, die im Wesentlichen gegeben und kaum beeinflussbar waren; (2) strukturelle oder genetische Schwächen und Fehlentwicklungen des Staatssozialismus; (3) subjektive Faktoren – Schwächen bei den für die Führung der gesellschaftlichen Entwicklung verantwortlichen Personen und Spitzengremien der Partei, Subjektivismus und Fehler in der Wirtschafts- und Sozialpolitik.²⁵

Historische und äußere Faktoren, die im Wesentlichen gegeben und kaum beeinflussbar waren

Das politische Umfeld und die konkreten äußeren ökonomischen Bedingungen waren letztlich entscheidend für das staatssozialistische Modell, das der Entwicklung in der DDR zugrunde lag. Sie bestimmten in hohem Grade die spezifischen Züge der Herausbildung und Gestaltung des Realsozialismus in der DDR. Dabei gingen die wichtigsten Einflüsse von der weitgehenden Übernahme des sowjetischen Staats- und Wirtschaftsmodells aus. Die verschiedenen äußeren Faktoren übten einen wesentlichen und anhaltenden Einfluss auf die ökonomische und soziale Entwicklung – begünstigend oder (meist) erschwerend – aus.

Der für die Entwicklung des Realsozialismus in der Sowjetunion und nach dem Zweiten Weltkrieg für das »sozialistische Lager« wichtigste äußere und historische Umstand war, dass der Oktoberrevolution nicht weitere revolutionäre Umwälzungen in den industriell entwickelten westeuropäischen Ländern folgten, dass der Sozialismus zunächst nur in einem und dazu wirtschaftlich rückständigen Land mit geringen demokratischen Traditionen und in einer feindlichen Umwelt aufgebaut wurde. Die Entwicklung des Realsozialismus nach

²⁵ Hans-Jürgen Wagener kommt zu einer ähnlichen Gruppierung der Faktoren, auf die das Zurückbleiben der staatssozialistischen Länder und speziell ihre Innovationsschwäche zurückzuführen sind: (1) historisch und durch äußere Faktoren (»Umwelt«) bedingte Schwächen; (2) politisch bedingte Entscheidungen, z.B. Abschottung vom Weltmarkt, Aufbau einer schwerindustriellen Basis in jedem Land; (3) systembedingte Faktoren einer Zentralverwaltungswirtschaft. Wagener macht auch deutlich, dass diese drei Komplexe nicht eindeutig voneinander abzugrenzen sind, sondern teilweise ineinander übergehen. (Wagener 1995: 70f.)

dem Zweiten Weltkrieg erfolgte insgesamt nicht nur in wirtschaftlich gegenüber den kapitalistischen Hauptländern zurückgebliebenen Ländern, sondern insbesondere auch in einer für die gesamte Zeit ihres Bestehens charakteristischen Atmosphäre des Kalten Krieges und des Wettrüstens sowie im Rahmen eines »sozialistischen Lagers«, das von einer Hegemonialmacht und einer führenden Partei – KPdSU – dominiert wurde.

Für die DDR kamen insbesondere noch hinzu: die Folgen des verbrecherischen faschistischen Krieges und der Zerschlagung des Hitlerregimes, die sowjetische Besetzung Ostdeutschlands, die umfangreichen Demontagen und äußerst belastenden laufenden Reparationsleistungen, die Existenz als ein deutscher Teilstaat und in Nachbarschaft – bei 15 Jahre lang offener Grenze – zum bald wirtschaftlich stärksten Staat Westeuropas, der sich lange Zeit weigerte, die Existenz der DDR anzuerkennen. Hieraus und infolge der Situation, unmittelbar mit der NATO und der EWG/EU konfrontiert und von einer über viele Jahre feindlichen Politik der Bundesrepublik betroffen zu sein, ergaben sich vielfältige, teilweise einschneidende Einflüsse auf die ökonomische und soziale Entwicklung in der DDR. Zu beachten ist auch, wie bereits an anderer Stelle hervorgehoben wurde, dass die DDR infolge der Bedingungen ihrer Entstehung und Entwicklung politisch und ökonomisch in besonders hohem Grad von der Sowjetunion abhängig war (vgl. hierzu auch die im ersten Abschnitt genannten vier Spezifika der DDR-Entwicklung).

Die historischen oder äußeren, nicht direkt beeinflussbaren Bedingungen der Entwicklung der DDR von 1945 bis 1990 und ihre direkten ökonomischen und sozialen Folgen wurden in der Literatur umfassend analysiert.²⁶ Wenzel hebt vier Faktorenkomplexe hervor.

- Reparationen – Demontagen und Entnahmen aus der laufenden Produktion. Diese Lasten wurden fast ausschließlich von der DDR getragen, im Verhältnis zwischen der DDR und der BRD von 98:2. Daraus ergaben sich einschneidende Wirkungen auf die verfügbaren Kapazitäten, insbesondere der Produktion und der Infrastruktur, und das Investitionspotenzial. Der Anteil der Investitionen am BIP lag dementsprechend in der Bundesrepublik längere Zeit mehr als doppelt so hoch wie in der DDR. Aus den hohen Belastungen der DDR für Reparationen, die noch zeitlich mit den Hilfen des Marshallplanes für die Bundesrepublik zusammenfielen, erklärt sich im Wesentlichen, warum die DDR schon in den ersten Jahren ihrer Existenz einen größeren Rückstand in der gesamtwirtschaftlichen Leistung und in der

²⁶ Vgl. hierzu insbesondere Wenzel 2000: 39-62; Roesler 2006.

Produktivität gegenüber der Bundesrepublik aufwies, der nie aufgeholt werden konnte;

- wirtschaftliche Disproportionen durch die Teilung des historisch gewachsenen Wirtschaftsorganismus Deutschlands, die die DDR infolge der nur schwachen schwerindustriellen Basis und der größeren Abhängigkeit von den innerdeutschen Lieferungen im Rahmen des Ost-West-Handels weit stärker trafen als die Bundesrepublik;
- millionenfache Abwanderung insbesondere qualifizierter und gut ausgebildeter Menschen im arbeitsfähigen Alter in die Bundesrepublik. Allein im letzten Jahrzehnt vor dem Mauerbau, von 1951 bis 1961, verließen über zwei Millionen Menschen die DDR (Wenzel 2003: 100);
- feste Einbindung in das Wirtschaftsgefüge der staatssozialistischen Länder unter Dominanz der Sowjetunion mit Bremswirkungen auf Tempo und Niveau von Innovationen und die Herausbildung effizienter, den Bedingungen der DDR entsprechender Produktions- und Erzeugnisstrukturen. So gab es einen starken Druck auf die Erweiterung der Produktion und des Exports materialintensiver Erzeugnisse des Schwermaschinenbaus für den Bedarf der Sowjetunion, wie Schiff- und Waggonbau, und auf die Ausweitung des Produktionsprofils entsprechend deren Bedarfswünschen als Gegenleistung für die stabile Versorgung der DDR mit Energie und Rohstoffen aus der Sowjetunion. Erzeugnisinnovationen und die Entwicklung von Hochtechnologieprodukten wurden nicht selten erschwert, weil sie nicht den Wünschen der sowjetischen Partner entsprachen. Das hat sich teilweise hemmend auf den technischen Fortschritt und die Herausbildung moderner Produktionsstrukturen ausgewirkt.

Ein Vergleich der Einflüsse äußerer Faktoren auf die ökonomische Entwicklung in den beiden deutschen Staaten weist darauf hin, dass sie nicht nur eine unterschiedliche Intensität in beiden Staaten aufwiesen, sondern zu einem großen Teil in entgegengesetzter Richtung wirkten (Roesler 2006: 223f.) – in Ostdeutschland hemmend, in Westdeutschland stimulierend:

- Belastung bzw. Förderung der Wirtschaftsentwicklung in den ersten Nachkriegsjahren: einerseits hohe Reparationslasten für die DDR, andererseits Marshallplan für die BRD;
- Korea-Krieg: einerseits stärkere Belastungen der DDR-Wirtschaft durch einen höheren Beitrag zu den Militärausgaben des »sozialistischen Lagers«, andererseits Erweiterung von Exportmöglichkeiten der westdeutschen Industrie, da vor allem die Produktionskapazitäten der USA und anderer kapitalistischer Industrieländer, die als Konkurrenten der BRD auf dem Weltmarkt agierten, verstärkt für militärische Zwecke eingesetzt wurden;

- Abwanderung von Fachkräften in die BRD: einerseits bedeutende Verluste der DDR durch verlorene Bildungsaufwendungen und Fehlen von Fachkräften, andererseits Bereicherung der BRD durch Einsparen von Bildungsaufwendungen und zusätzliche Impulse durch gut ausgebildete Arbeitskräfte. Die Verluste der DDR durch die Abwanderung allein in den Jahren 1951 bis 1961 betragen fast 20% des Wertschöpfungspotenzials eines Jahres. Bezogen nur auf das Jahr 1989 ergibt sich aus dieser Abwanderung von zehn Jahren ein Verlust an Nationaleinkommen in einer Größenordnung von über 50 Mrd. Mark. Eine entsprechende Berechnung der Abwanderungsverluste für die gesamte Existenzzeit der DDR würde einen Jahresbetrag von über 100 Mrd. Mark Nationaleinkommen ergeben. Hinzu kommt eine zweistellige Milliardengröße an Ausbildungskosten für diese Arbeitskräfte. Auf der westdeutschen Seite müssten dieselben Größenordnungen mit einem Pluszeichen erscheinen.
- Internationale Verflechtungen: einerseits der DDR mit wirtschaftlich und technologisch weniger fortgeschrittenen Partnern im RGW, andererseits der BRD vorrangig mit leistungsfähigen Partnern in der EWG/EG bzw. EU und den USA. Die DDR wies im Vergleich zu den anderen RGW-Ländern den weitaus höchsten Pro-Kopf-Außenhandelsumsatz und die stärkste außenwirtschaftliche Verflechtung auf. Sie war auch das Land mit den größten und intensivsten Export-Importbeziehungen zur UdSSR.

Der in Valutamark berechnete Anteil der RGW-Länder am Export der DDR betrug 1980 65%, darunter der UdSSR 36%. Der Anteil westlicher Industrieländer lag bei 24%. Diese in Valutamark – effektive Preise – berechneten Anteile haben sich im Verlaufe der 1980er Jahre kaum verändert. Im letzten Statistischen Jahrbuch der DDR (1990) wurden ab 1985 die Angaben über den Export und Import und die entsprechenden Strukturanteile nicht mehr in Valutamark, sondern in Mark Valutagegenwert berechnet. Das bedeutete für den Export, dass nicht mehr die erlösten Valutapreise, sondern der für den jeweiligen Erlös in Valutamark notwendige Inlandsaufwand als Grundlage der Berechnung der Strukturanteile genommen wurde.

In den 1980er Jahren verschoben sich die auf Basis der Inlandsaufwendungen berechneten Strukturanteile des Exports beträchtlich zugunsten der westlichen Industrieländer. 1989 betragen die auf dieser Grundlage berechneten Anteile: RGW 44%, darunter UdSSR rund 25%, westliche Industrieländer 46%, darunter BRD rund 20%. Der Grund für diese unterschiedlichen Berechnungsergebnisse auf Basis von Valutamark und Valutagegenwert (Inlandsaufwand) war, dass sich der Inlandsaufwand für eine Valutamark beim Export in westliche Industrieländer 1989 gegenüber 1980 im Durchschnitt fast auf das Doppel-

te erhöhte. Neben der Verschlechterung des Verhältnisses zwischen Inlandspreisen und Valutaerlösen bei vielen Erzeugnissen wirkte sich hierauf auch aus, dass zur Beherrschung der Probleme der Zahlungsbilanz der DDR gegenüber der BRD und den westlichen Industrieländern fast alles, was in diese Länder exportiert werden konnte, auch hierfür bereitgestellt wurde, unabhängig von der Rentabilität dieser Exporte.

Es gab aber auch einige Bedingungen, die die DDR gegenüber den anderen RGW-Staaten ökonomisch begünstigt haben. Dazu zählen insbesondere die Bestimmungen des innerdeutschen Handels entsprechend dem Berliner Abkommen vom 20. September 1951. Für DDR-Lieferungen im Rahmen des innerdeutschen Handels wurden keine Zölle erhoben, d.h. die DDR-Lieferungen in die BRD wurden wie Lieferungen unter den Mitgliedsstaaten der EG bzw. der EU behandelt. Aufgrund des Umfangs der Export- und Importbeziehungen zur BRD war dies eine relevante ökonomische Größe. Für den innerdeutschen Handel galt seit 1949 ein zinsloser Überziehungskredit (Swing), der zunächst in Höhe von 200 Mio. Verrechnungseinheiten (VE)²⁷ festgelegt wurde (1951) und in den Jahren 1976 bis 1982 850 Mio. VE betrug. (Nakath 2005: 33ff.)

Strukturelle oder genetische Schwächen und Fehlentwicklungen des Staatssozialismus

Grundlegende strukturelle Schwächen und Fehlentwicklungen des Staatssozialismus ergaben sich daraus, dass die reale Vergesellschaftung des Eigentums an den Produktionsmitteln unbefriedigend blieb. Damit hingen insbesondere zusammen:

- Wahrheits-, Führungs- und Machtanspruch der Partei,²⁸ konzentriert beim Politbüro und beim Generalsekretär, fehlende demokratische Kontrollmechanismen;
- übermäßige Zentralisierung der Leitung und Planung der Wirtschaft und der anderen Bereiche der Gesellschaft, ungenügende Entfaltung einer real wirksamen Wirtschaftsdemokratie und zivilgesellschaftlicher Strukturen;
- unzureichende Spielräume im Rahmen der zentralisierten Planung für eigenverantwortliches Handeln der Wirtschaftssubjekte (Betriebe), Arbeitskollektive und Individuen. Die Unternehmerfunktion konnte durch die Leiter in

²⁷ Die Verrechnungseinheit war eine für die Abwicklung des innerdeutschen Handels nur zu Verrechnungszwecken seit 1949 festgelegte künstliche »Währungseinheit«, bei der von einem Verhältnis DM zur Mark der DDR von 1:1 ausgegangen wurde.

²⁸ Die führende Rolle der SED war in der Verfassung der DDR festgeschrieben. Dieser Verfassungsgrundsatz wurde auf Initiative des damaligen Ministerpräsidenten Hans Modrow im Dezember 1989 durch einen Beschluss der Volkskammer aufgehoben.

den staatlichen Betrieben nur eingeschränkt wahrgenommen werden. Das Interesse der verantwortlichen Leiter der Betriebe und Kombinate war auch mehr auf die Erfüllung und Überbietung der quantitativen Plankennziffern als auf bedarfsgerechte Produktion, Innovationen, Effizienz und Ressourceneinsparung gerichtet;²⁹

- inkonsequente Anwendung des Leistungsprinzips in der Entlohnung, was die Tendenzen einer Gleichmacherei förderte;
- monetäre Kategorien und Instrumente des Markts wurden insgesamt unzulänglich genutzt und wenig wirksam mit einer gesellschaftlichen Regulierung verbunden. Sie wurden weitgehend durch administrativ festgelegte Surrogate ersetzt;
- unzureichender Beitrag der gesellschaftlichen Regulierung und der staatlich festgelegten Rahmenbedingungen zur Verbindung und gegenseitigen Beeinflussung grundlegender Erfordernisse einer sozialistischen Ökonomie: (1) ökonomische Rationalität/Effektivität/Bedarfsgerechtigkeit, (2) Bedürfnis der Menschen nach freier Entfaltung ihrer Kräfte und Fähigkeiten in und außerhalb der Arbeit sowie (3) ökologische Nachhaltigkeit;
- ausgeprägte Mangelerscheinungen bei der Befriedigung des differenzierten, sich häufig rasch verändernden Bedarfs und damit verbundene Starrheit, Zeitverluste, geringe Flexibilität der Produktion, insbesondere bei Strukturveränderungen und bei Erzeugnis- und Technologieinnovationen;
- ambivalente, widersprüchliche Wirkungen der staatlichen Preispolitik. Einerseits trug sie zur Stabilität und Verlässlichkeit in der Planung auf den verschiedenen Ebenen, von der Volkswirtschaft bis zum Betrieb, in den Austauschbeziehungen und bei der Versorgung der Bevölkerung mit Waren des Grundbedarfs bei. Andererseits spiegelten die administrativ festgelegten Preise nur unvollständig die realen, gesellschaftlich notwendigen Aufwendungen und die Realisierungsbedingungen auf den Märkten wider. Die Bewertung der volkswirtschaftlichen Effizienz von Investitions- und Strukturentscheidungen und die effektive Ressourcenallokation wurden dadurch erschwert und häufig stark verzerrt. Dadurch wurden Fehlentscheidungen begünstigt;
- unzureichende Gestaltung der Beziehungen zwischen Nationalem und Internationalem hinsichtlich Verantwortung, gleichberechtigten Beziehungen, Interessen, Spielräumen bei Entscheidungen, gegenseitiger Abhängigkeit und

²⁹ Diese Problematik wurde ausführlich in Publikationen von Harry Nick behandelt. Vgl. u.a. Nick 2003: 95f.

Verflechtung, Solidarität. Die sozialistische ökonomische Integration blieb weit hinter den prinzipiellen Möglichkeiten und Erfordernissen des Sozialismus zurück.

Diese Tendenzen standen nicht nebeneinander, sondern bedingten sich größtenteils wechselseitig und traten gemeinsam in Erscheinung. Es ist deshalb auch wenig sinnvoll, zu versuchen, ihren jeweiligen Einfluss auf die ökonomischen Defizite bzw. die ökonomische Entwicklung des Realsozialismus differenziert zu bewerten.³⁰ Wenn unter Beachtung dieser Einschränkung, eine Art Prioritätenliste für zu vermeidende Fehlentwicklungen aufgestellt wird, so müssten an der Spitze stehen:

1. Es darf keinen Wahrheits-, Führungs- und Machtanspruch einer Partei geben. Sozialismus und Demokratie dürfen nicht voneinander getrennt werden. Dies schließt die Notwendigkeit ein, die mit der These der »Diktatur des Proletariats« verbundenen Entstellungen des Wesens eines menschlichen und demokratischen Sozialismus nicht wieder zuzulassen.
2. Die Spielräume für eigenverantwortliches Handeln müssen entschieden größer sein. Die ökonomischen Interessen der Leiter und aller Beschäftigten dürfen nicht den gesellschaftlich nützlichen und notwendigen Erfordernissen einer nachhaltigen, innovativen und effizienten Wirtschaft widersprechen oder diese nur unzureichend berücksichtigen.
3. Die gesellschaftliche Planung/Regulierung der Wirtschaft darf nicht einseitig auf makroökonomische Rationalität und Wirtschaftswachstum gerichtet werden und die Effizienz betrieblicher Reproduktionsprozesse, zwischenbetrieblicher und regionaler Wertschöpfungsketten sowie die allseitige Entwicklung der Subjekte vernachlässigen.

Die unter (2) und (3) angeführten Aspekte waren besonders eng mit der ambivalenten Akzeptanz des Warencharakters der Produkte, der Warenbeziehungen und des Markts im Realsozialismus verbunden.

Hieraus ergeben sich auch direkt Konsequenzen für die Gestaltung der gesellschaftlichen und ökonomischen Beziehungen in einem Sozialismus des 21. Jahrhunderts:

1. Vergesellschaftung des Eigentums an Produktionsmitteln und Entwicklung der Wirtschaftsdemokratie müssen eine Einheit bilden, die Entfaltung der Wirtschaftsdemokratie muss zum wichtigsten Inhalt der realen Verfügung der Produzenten und Konsumenten über das gesellschaftliche Eigentum werden.

³⁰ Die hier angeführte Problematik wird im Abschnitt über Ursachen des Scheiterns des Realsozialismus, zu denen es unter den Linken unterschiedliche Auffassungen und zum Teil starke Meinungsverschiedenheiten gibt (S. 64ff.), weiter erörtert.

2. Die Spielräume für eigenverantwortliches Handeln der Betriebe und die Möglichkeiten, über das erzeugte Mehrprodukt (den Gewinn) zu verfügen, müssen wesentlich erweitert werden. Die ökonomischen Interessen der Leiter und aller Beschäftigten müssen so gestaltet werden, dass sie auf gesellschaftlich nützliche und notwendige Aufgaben gerichtet sind (bedarfs- und qualitätsgerechte Produktion, höhere Innovativität, Effizienz beim Einsatz von Ressourcen, den Verbrauch von Energie, Rohstoffen und Material verringende und die natürliche Umwelt schonende Aktivitäten u.a.).
3. Die gesellschaftliche Planung/Regulierung muss eine effektivere Gestaltung der mehrseitigen Beziehungen anstreben zwischen
 - rationellen, solidarischen internationalen Wirtschaftsbeziehungen,
 - hoher volkswirtschaftlicher, makroökonomischer Rationalität,
 - effizienter, innovativer und bedarfsgerechter Entwicklung der betrieblichen Reproduktionsprozesse (Betriebswirtschaft), und regionaler Wertschöpfungsketten sowie
 - bedürfnisreichen, sich bildenden sowie ihre Fähigkeiten und Subjektivität entwickelnden und nutzenden Individuen.

Subjektive Schwächen bei den verantwortlichen Parteigremien und Personen, Defizite und Fehler in der Wirtschafts- und Sozialpolitik

Subjektivismus und Fehlentscheidungen sowie eine geringe Bereitschaft zur Selbstkritik und zur Korrektur von Fehlern spielten in der DDR ebenso wie in den anderen Ländern des Realsozialismus eine beträchtliche Rolle. Die Unfähigkeit zu einer konsequenten Selbstkritik der Führungseliten war eine direkte Folge der beschriebenen System- und Strukturschwächen des Realsozialismus. Davon gingen direkte und indirekte Einflüsse auf wirtschafts- und sozialpolitische Entscheidungen und Entwicklungen aus. Direkte Einflüsse gab es insbesondere bei der Bestimmung von Zielstellungen, z.B. der Beibehaltung des Prinzips stabiler Preise für Waren des Grundbedarfs auch bei drastisch gestiegenen Aufwendungen und bei sichtbarer Verschwendung. (Die Konsequenzen waren u.a. die Verwendung von Brot als billiges Viehfutter oder subventionierte Kinderschuhe, die auch Erwachsene für sich kauften.) Indirekte Einflüsse spielten eine wesentliche Rolle bei der Art und Weise, wie auf Veränderungen der äußeren Faktoren reagiert wurde, z.B. auf die Erhöhung der Erdölpreise durch forcierte Braunkohleförderung zur Heizölsubstitution mit sehr hohen volkswirtschaftlichen Aufwendungen und beträchtlichen Umweltbelastungen.

Das Problem ist nicht, dass Fehler begangen werden und Irrtümer vorkommen. Das lässt sich bei einem so komplizierten und komplexen Prozess wie dem Aufbau einer neuen, alternativen Gesellschaft gar nicht vermeiden. Die

Probleme ergeben sich aus dem Ausmaß und den Wirkungen von Fehlern und vor allem aus der fehlenden Fähigkeit und Bereitschaft, falsche Entscheidungen und Irrtümer offen zuzugeben sowie möglichst transparent und öffentlich kontrollierbar zu korrigieren. Diese Frage wurde in letzter Zeit von Fidel Castro unter dem Aspekt: Kann die kubanische Revolution einen Zusammenbruch erleiden?, gestellt und beantwortet: Ja sie kann sich selbst zerstören, es ist ihre eigene Schuld, wenn sie nicht in der Lage ist, Fehler zu korrigieren. (Castro 2006: 63ff.)

Zwischen diesen drei Komplexen (historische und äußere Faktoren, strukturelle oder genetische Schwächen und Fehlentwicklungen des Staatssozialismus, subjektive Faktoren) bestehen enge Verflechtungen, gegenseitige Einflüsse und Abhängigkeiten. So führte der hegemoniale Einfluss der UdSSR dazu, dass keine wesentlichen Abweichungen vom sowjetischen Planungsmodell zugelassen wurden und z.B. ein erheblicher Druck zur Reduktion bis zur Rücknahme des NÖS ausgeübt wurde. Dadurch konnten Chancen nicht genutzt werden, z.B. Instrumente zur Erweiterung der Spielräume für eigenverantwortliches Handeln der Betriebe oder zur Verbindung von Marktkategorien mit der Planung zu erproben und Erfahrungen für die Weiterentwicklung dieser Instrumente zu sammeln.

Der Kalte Krieg, das Wettrüsten und die ständigen Anspannungen im Außenhandel mit dem NSW – hoher Druck zur Nutzung aller auch unrentabler Exportmöglichkeiten, geringe Spielräume zur Lösung akuter Probleme durch Zusatzimporte – begünstigten eine übermäßige Zentralisierung materieller Bilanzen und die Einschränkung der eigenwirtschaftlichen Tätigkeit der Betriebe. Daraus ergaben sich wiederum Hemmnisse für die Entfaltung und umfassendere Nutzung der inneren Triebkräfte des Sozialismus. Der Führungs- und Machtanspruch der Partei, dessen zwangsläufige Kehrseite Defizite in der demokratischen öffentlichen Diskussion, Meinungsbildung und Kontrolle sind, verhinderte einen offenen Meinungsstreit über Schwächen des Wirtschafts- und Planungssystems und ließ Reformvorschläge, die von oben nicht gewünscht waren, wirkungslos verpuffen.

Ursachen des Scheiterns des Realsozialismus, zu denen es unter den Linken unterschiedliche Auffassungen gibt

Die unterschiedlichen Auffassungen und Meinungsverschiedenheiten betreffen vor allem die Relevanz der verschiedenen Faktoren für den Misserfolg des Sozialismusversuchs und die zu ziehenden Schlussfolgerungen für ein zukünft-

tiges Sozialismusprojekt. Sie könnten in zwei Komplexen zusammengefasst werden:³¹

1. Welche Rolle spielen jeweils die oben angeführten drei Faktorenkomplexe für das Scheitern des Sozialismusversuchs insgesamt und speziell in der DDR?

In den Diskussionen gibt es alle nur möglichen Auffassungen, wonach entweder die historischen oder äußeren Faktoren, die strukturellen oder genetischen Defizite und Fehlentwicklungen des Staatssozialismus, die subjektiven Schwächen und eine falsche Politik, speziell Wirtschaftspolitik, oder auch der Verrat führender Personen oder verantwortlicher Gremien entscheidend waren.

Die Frage, ob dieser oder jener Komplex wichtiger war, wird aber kaum neue Erkenntnisse für eine sozialistische Politik und Transformationsstrategie hervorbringen. Die Frage lässt sich wahrscheinlich auch kaum generell, in allgemeingültiger Form beantworten.

Die drei Faktorenkomplexe sind untereinander vielfältig verflochten und gehen teilweise ineinander über. Die strukturellen Defizite wurden maßgeblich durch die äußeren und historischen Faktoren bestimmt. Politische Fehler der führenden Persönlichkeiten trugen dazu bei, dass strukturelle, systembedingte Defizite des Staatssozialismus noch verstärkt wurden, wie z.B. die Innovationschwäche als Folge der weitgehenden Rücknahme des NÖS in der DDR. Die Politik hat auch die äußeren Bedingungen für die ökonomische und soziale Entwicklung der realsozialistischen Länder wesentlich beeinflusst, z.B. hat die Politik der sozialistischen Länder einen nicht unerheblichen Einfluss auf das Ausmaß des Wettrüstens zur Aufrechterhaltung des militärstrategischen Gleichgewichts mit der NATO gehabt. Hierin wird auch deutlich, dass das jeweilige Gewicht der verschiedenen Komplexe zeitlichen Veränderungen unterliegt.

2. Gibt es einzelne Faktoren oder Zusammenhänge, die aufgrund ihrer herausgehobenen Stellung in dem jeweiligen Komplex als entscheidend charakterisiert werden können?

³¹ Hier soll vor allem Bezug genommen werden auf Auseinandersetzungen in der Linkspartei.PDS und auf Diskussionen im Zusammenhang mit der Herausbildung einer neuen gesamtdeutschen Linkspartei. Insgesamt sind die Meinungsverschiedenheiten und Differenzen natürlich weit größer. Harald Neubert schreibt dazu: »Nach dem Scheitern der sozialistischen Ordnungen wurden Hoffnungen, Überzeugungen und Orientierungen von Millionen Menschen enttäuscht und erschüttert, u.a. weil sie plötzlich erkennen mussten, dass ihr Bild von diesen sozialistischen Ordnungen, vornehmlich von der Sowjetunion, in beträchtlichem Maße ein idealisiertes, ein Scheinbild war, das mehr ihren Hoffnungen und Wünschen als der Realität entsprach, die sie entweder nicht wahrgenommen oder verdrängt hatten. Dies war ein Grund für die weitreichenden Desorientierungen, die unter linken Kräften noch immer wirksam sind... In ihrer Einschätzung der Geschichte des realen Sozialismus, seiner Leistungen, Defizite, Fehler und Ursachen seines Scheiterns vertreten die Linkskräfte somit ganz unterschiedliche, zum Teil gegensätzliche Positionen.« (Neubert 2006: 6f.)

Bei den äußeren Faktoren ist es relativ klar. Die Tatsache, dass der sozialistische Versuch für eine längere Zeit nur in einem einzelnen und dazu noch rückständigen Land durchgeführt wurde und dass nach dem Zweiten Weltkrieg, mit Ausnahme der DDR und der Tschechoslowakei, ökonomisch nur relativ schwach entwickelte Länder Europas diesen Weg beschritten, war letzten Endes entscheidend. Die äußerst negativen Auswirkungen des Kalten Krieges und des Wettrüstens auf die Entwicklung der wissenschaftlich-technischen und Akkumulationspotenziale für zivile Zwecke, die weitgehende Abschottung von der fortgeschrittensten technologischen Entwicklung in der Welt, die wachsende Auslandsverschuldung und die zunehmende Abhängigkeit von den internationalen kapitalistischen Finanzmärkten hängen direkt hiermit zusammen.

Bei den strukturellen Schwächen und Defiziten des Staatssozialismus gibt es unterschiedliche Auffassungen über ihre Rolle für sein Scheitern. Sie beziehen sich insbesondere auf die *Wirkungen von Warenproduktion, Wert und Markt im Realsozialismus*. Einige dieser Auffassungen sollen im Folgenden knapp skizziert werden:

- Die entscheidende Ursache für das Misslingen des sozialistischen Versuchs liege darin, dass die abstrakte Arbeit als Grundkategorie der kapitalistischen Warenproduktion und damit auch der Warencharakter der ökonomischen Beziehungen nicht aufgehoben und nicht durch den direkten Austausch von Produkten und Leistungen ersetzt wurden. Diese Meinung wird besonders konsequent von Robert Kurz vertreten,³² ist aber unter »Westlinken« in der einen oder anderen Modifikation relativ stark verbreitet.
- Die entgegengesetzte Auffassung lautet, dass hierfür vor allem die unzureichende Akzeptanz des Warencharakters der Produktion, der Warenbeziehungen und des Markts, u.a. bei der Preisbildung auf dem Markt als Grundlage für die Austauschrelationen, die Abschottung des Binnenmarktes von den Außenmärkten u.ä. verantwortlich gewesen seien. Die Meinung, dass die unzureichende und inkonsequente Nutzung der Kategorien und Mechanismen der Warenproduktion sowie ihr teilweiser Ersatz durch administrativ festgelegte Surrogate ein entscheidender Faktor für unzureichende Effizienz, Innovationsschwäche und Mangelerscheinungen im Realsozialismus war, wird von einem großen Teil der »DDR-Ökonomen« vertreten.

³² Kurz hat diese Auffassung mehrmals in der Wirtschaftskolumne des Neuen Deutschland zum Ausdruck gebracht, z.B.: Markt und Wertgesetz seien zu ersetzen, »indem die Gesellschaftsmitglieder über den gemeinsamen Einsatz ihrer materiellen Ressourcen diskutieren und beschließen, demgemäß die Naturstoffe umformen und schließlich die Produkte zwecks Bedürfnisbefriedigung konsumieren«. (Neues Deutschland, 7.1.2000)

- Ein entscheidendes Defizit des Realsozialismus ergebe sich daraus, dass eine nicht-äquivalente Ökonomie weiter bestanden habe, die durch den Austausch zu Preisen (die von den zur Herstellung der Waren erforderlichen Arbeitszeiten abweichen) und nicht zu Werten (die den Arbeitszeiten entsprechen) gekennzeichnet sei. Ohne Äquivalenzökonomie, die den Austausch der Waren entsprechend den für ihre Herstellung aufgewandten Arbeitszeiten verlangt (»Ersetzung des Preises durch den Wert«), sei die Transformation der Marktwirtschaft in eine sozialistische Wirtschaft nicht möglich. (Heinz Dieterich)³³
- Ein weiterer Gegenstand kontroverser Diskussionen nach dem Untergang der DDR war und ist die Problematik von Mangelerscheinungen oder einer Mangelwirtschaft. Harry Nick charakterisiert sie als wesentliches Merkmal des Realsozialismus und entscheidende Ursache für Fehlanreize gegenüber den Betrieben, für unzureichende Effizienz der wirtschaftlichen Tätigkeit, für Störungen des betrieblichen und volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses und für Unzufriedenheit der Menschen.³⁴ Gegen die Charakterisierung der Mangelwirtschaft und des Dauermangels als typische Eigenschaften des Realsozialismus und wichtigste Ursache aller Schwächen ihres Wirtschaftssystems hat sich vor allem Siegfried Wenzel in seinen Schriften gewandt. (vgl. u.a. Wenzel 1999)

Die Diskussion zu diesen und anderen Fragen wird noch längere Zeit weitergehen. Mit den folgenden Bemerkungen zu einigen ausgewählten Problemen wird eine stärkere Übereinstimmung in Grundfragen der Bewertung des gescheiterten Realsozialismus angestrebt, worin auch Überlegungen und Konsequenzen für bessere Lösungen in einer sozialistischen Alternative zum Kapitalismus eingeschlossen sind.

Die verschiedenen Auffassungen über die Defizite des bisherigen Staatssozialismus und die Eignung der aus ihnen abgeleiteten Schlussfolgerungen für ein neues Projekt des demokratischen Sozialismus lassen sich leichter beurteilen, wenn es gelingt, *sich über die wichtigsten Kriterien zu verständigen, denen ein Sozialismus im 21. Jahrhundert gerecht werden muss.* (vgl. hierzu Brie 2006: 44ff.) Zu diesen Kriterien gehören:

³³ Dieses Konzept wird ausführlich dargelegt in: Dieterich 2006.

³⁴ Nick schreibt: Der Dauermangel, d.h. das anhaltende Zurückbleiben des Angebots hinter der zahlungsfähigen Nachfrage war aber »nicht nur ein Hauptverdruss für die Bevölkerung, sondern der das ganze Wirtschaftsgeschehen prägende Umstand, die wichtigste und unmittelbare Ursache aller Schwächen dieses Wirtschaftssystems wie auch der Handlungsmotivationen in dieser Wirtschaft. Dieser chronische Mangel vor allem lähmte zunehmend die sozialen Antriebskräfte dieser Wirtschaft.« (Nick 1994: 26)

- Emanzipative, selbstbestimmte Entwicklungsmöglichkeiten für alle, umfassende soziale Gerechtigkeit, Gleichheit und Sicherheit sowie Gleichstellung und Solidarität. Die Probleme, die mit der Schaffung eines Systems sozialer Sicherheit verbunden sind, das nachhaltig (zukunftsfähig) ist, müssen einen herausragenden Platz in Vorstellungen für einen Sozialismus im 21. Jahrhundert erhalten. Das gilt in besonderem Grade angesichts der Erosion des Sozialstaats im gegenwärtigen Kapitalismus, der neuen Herausforderungen an den Sozialstaat infolge der demografischen Entwicklung und abnehmender wirtschaftlicher Wachstumsraten. Zur sozialen Sicherheit heute gehören auch unbedingt Schritte zu einer bedarfsorientierten, repressionsfreien sozialen Grundsicherung, die die Menschenwürde bewahrt;
 - Teilnahmemöglichkeit für alle an sinnvoller, existenzsichernder Qualifikation sowie Kreativität nutzender und zugleich stimulierender Arbeit, die die Entwicklung von Subjektivität und Individualität der Arbeit berücksichtigt sowie die Gleichstellung fördernde Beziehungen zwischen Erwerbsarbeit, reproduktiver Arbeit und ehrenamtlicher Tätigkeit unterstützt;
 - Umfassende Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie, insbesondere demokratischer Mitbestimmungs- und Kontrollmöglichkeiten auf allen Ebenen, Durchsetzung demokratischer Entscheidungsstrukturen, an denen die Akteure und Betroffenen, insbesondere auch in den Regionen, umfassend beteiligt werden. Die Wirtschaftsdemokratie ist dafür entscheidend, dass die dem Gemeineigentum immanenten Möglichkeiten der realen Verfügung der Produzenten über das Eigentum an den Produktionsmitteln tatsächlich verwirklicht werden;
 - Durchsetzung eines neuen Reproduktions- und Produktionstyps sozial und ökologisch nachhaltiger Entwicklung und einer damit übereinstimmenden Lebensweise;
 - hohe Innovationsfähigkeit, Produktivität und Effizienz im Interesse der Bedürfnisbefriedigung der Menschen und der Lösung sozialer und ökologischer Probleme;
 - Herausbildung solidarischer, gleichberechtigter und gerechter internationaler Beziehungen und einer solidarischen Weltwirtschaft, Überwindung der Nord-Süd-Polarisation, Verbindung gesamtwirtschaftlicher und betriebswirtschaftlicher Rationalität;
 - friedliche Methoden der Konfliktlösung, Überwindung von Kriegen und militärischen Auseinandersetzungen bei auftretenden Konflikten.
- Die Verständigung über diese Kriterien könnte auch wesentlich dazu beitragen, die Diskussion um den demokratischen Sozialismus mit mehr inhaltlicher Substanz und damit auch überzeugender zu führen.

Zur Problematik sozialistischer Warenproduktion

Zu den Problemen sozialistischer Warenproduktion gibt es die größten Meinungsunterschiede und teilweise völlig konträre Standpunkte. Diesen liegen meist auch unterschiedliche Auffassungen über den Sozialismus und seine Funktionsweise zugrunde. Die weitere Erörterung dieser Fragen ist besonders wichtig, weil die Bestimmung der für das Scheitern entscheidenden Defizite direkt zu relevanten Schlussfolgerungen für ein erfolgreicherer Projekt des demokratischen Sozialismus führen kann, das mit den Erwartungen und Bedürfnissen der Menschen sowie den gesellschaftlichen und ökologischen Herausforderungen und Zukunftserfordernissen der Menschheit übereinstimmt. Zur Erörterung der hiermit verbundenen Fragen können die angeführten Kriterien für ein neues Sozialismusprojekt beitragen.

Unter Berücksichtigung dieser Kriterien waren m.E. auf ökonomischem Gebiet zwei Komplexe für das Scheitern des Realsozialismus ausschlaggebend, die untereinander eng verflochten sind und auf die alle anderen Defizite und Fehlentwicklungen größtenteils zurückzuführen sind:

- die *unzureichende reale Vergesellschaftung der Eigentumsverhältnisse*. Das staatliche Eigentum wurde als »höchste Form« des sozialistischen Eigentums verabsolutiert. Der für den Sozialismus notwendige Vergesellschaftungsprozess wurde mit der Umwandlung in diese Eigentumsform faktisch abgebrochen, ohne die notwendigen Änderungen in der realen Verfügung der Produzenten über das Eigentum vorzunehmen. Genossenschaftliche Eigentumsformen wurden unterschätzt, weitgehend auf Eigenarbeit beruhendes Eigentum zurückgedrängt, auf Privateigentum beruhende kleine und mittlere Unternehmen nicht zugelassen. Die Pluralität der Eigentumsverhältnisse und die spezifischen Funktionen der verschiedenen Eigentumsformen wurden missachtet. Hier gab es in den zeitlichen Entwicklungsetappen der DDR beträchtliche Unterschiede, z.B. die Förderung gemischter Eigentumsformen in Form halbstaatlicher Betriebe in den 1950er/1960er Jahren (vgl. S. 25f. in diesem Buch).

Die Produzenten waren als Produktivkraftsubjekte in den volkseigenen Betrieben zwar abstrakt Miteigentümer, aber vom realen Prozess der ökonomischen Realisierung des Eigentums, der Aneignung der Ergebnisse ihrer Arbeit faktisch getrennt. Die Art und Weise der ökonomischen Realisierung des Eigentums wurde durch den Staat/die Partei (das Politbüro) bestimmt. Hieraus ergaben sich u.a. folgende Konsequenzen: Es gab keine wirklich demokratischen Entscheidungen zu den Grundprozessen der ökonomischen und sozialen Entwicklung. Infolge der Trennung der unmittelbaren Produzenten von der realen Bewegung und Aneignung des Eigentums waren sie

auch nur unzureichend an den ökonomischen Ergebnissen der Produktion in den volkseigenen Betrieben interessiert. Die Spielräume für eigenverantwortliche Entscheidungen der volkseigenen Unternehmen und Betriebe und für unternehmerisches Handeln waren stark eingeschränkt.

Die ökonomische Macht konzentrierte sich im Staat und in der Partei, woraus sich eine übermäßige Zentralisierung der Planung und Leitung der Wirtschaft und Defizite hinsichtlich demokratischer und zivilgesellschaftlicher Einflüsse auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung ergaben. In den Jahren des NÖS gab es, wie bereits erwähnt, einige positive Ansätze für eine stärkere Mitbestimmung in den Betrieben und ein wirksameres Interesse der Beschäftigten an guten ökonomischen Ergebnissen, u.a. eine leistungsabhängige Zuführung zum Betriebsprämienfonds und zum Kultur- & Sozialfonds.

Die widersprüchlichen Erfahrungen der Selbstverwaltung in Jugoslawien machen deutlich, dass diese Problematik nicht einfach durch die Umkehrung des Verhältnisse zwischen Staat als Gesamtrepräsentant der gesellschaftlichen Interessen und Betrieb als Vertreter der kollektiven Interessen der Produzenten in den Wirtschaftseinheiten zu lösen ist. Vielmehr geht es um »... ein System, das die relative Eigenständigkeit gesamtgesellschaftlicher, betrieblicher und individueller Interessen anerkannte, sie zugleich aber auf eine dialektische Weise zu verbinden versuchte«. (Nick 2003: 94)

- Es gelang nur ungenügend, eine Qualität der gesellschaftlichen Regulierung der Wirtschaft im Interesse der Menschen zu erreichen, die den Erfordernissen der modernen Produktivkräfte und einer sozial und ökologisch nachhaltigen Entwicklung entsprach. Dies äußerte sich u.a. darin, dass die gesellschaftliche Regulierung/Planung der Wirtschaft nicht derart mit der Nutzung marktwirtschaftlicher Kategorien und Mechanismen verbunden wurde, dass die Ergebnisse der Arbeit objektiv bewertet und das Interesse der Betriebe, der Arbeitskollektive und der einzelnen Produzenten auf den rationalen, effizienten Einsatz der Ressourcen gerichtet wurden. Dies war wiederum eine Ursache für die typischen Mangelerscheinungen, die zur Unzufriedenheit der Menschen, Zeitverlusten und erheblichen Störungen der Reproduktion der Betriebe und der ganzen Volkswirtschaft führten.

Hieraus ergibt sich als eine wichtige Konsequenz: Vorstellungen zur Vermeidung dieser beiden Fehlentwicklungen, oder besser, *konstruktive Lösungsvorstellungen für eine reale Vergesellschaftung des Eigentums an den Produktionsmitteln und für eine neue Qualität und hohe Wirksamkeit der gesellschaftlichen Regulierung der Wirtschaft müssen einen zentralen Platz in einem neuen Projekt des demokratischen Sozialismus im 21. Jahrhundert einnehmen.*

Die Auseinandersetzung darüber, ob und inwieweit ein sozialistisches Wirtschaftssystem mit der Existenz von Warenproduktion, Markt, Wertgesetz und den davon abgeleiteten marktwirtschaftlichen Kategorien und Mechanismen zu vereinbaren ist, wird weitergehen. Es stehen sich derzeit zwei gegensätzliche Auffassungen gegenüber. Sie stützen sich jeweils auf theoretische Argumente und auch praktische – meist negative – Erfahrungen. Einerseits stellt Marx im Dritten Band des »Kapital« über den Sozialismus fest: »Nur wo die Produktion unter wirklicher vorherbestimmender Kontrolle der Gesellschaft steht, schafft die Gesellschaft den Zusammenhang zwischen dem Umfang der gesellschaftlichen Arbeitszeit, verwandt auf die Produktion bestimmter Artikel, und dem Umfang der durch diese Artikel zu befriedigenden gesellschaftlichen Bedürfnisse.« (MEW, Bd. 25: 195)

Der Zusammenhang zwischen der Herstellung der Waren und den zu befriedigenden Bedürfnissen soll demnach direkt unter Umgehung des Werts und des Markts hergestellt werden. Die Bedingungen, unter denen sich der Realsozialismus entwickelt hat – arbeitsteilige Produktion relativ selbständiger Wirtschaftseinheiten (Betriebe), unzureichendes Produktivkraftniveau für eine volle Bedürfnisbefriedigung u.a. –, erfordern jedoch eine Planung der Produktion und der Verteilung der Güter unter Nutzung der Wert- und Marktkategorien. Inwieweit und wann eine Planung der Produktion der Güter direkt nach den in ihnen enthaltenen Arbeitszeiten und unter Umgehung der Kategorien des Werts und des Markts in einer späteren Entwicklungsphase der auf Gemeineigentum beruhenden Gesellschaft möglich sein wird, bleibt m.E. eine offene Frage, die heute nicht zu entscheiden ist.

Weiterhin gilt aber auch: Solange es Privateigentum an den Produktionsmitteln, Warenproduktion und einen Markt gibt, existieren auch ökonomische Möglichkeiten für die Herausbildung kapitalistischer Produktion und für eine sozial unerwünschte Polarisierung der Einkommen der Bevölkerung. Nach den bisherigen Erfahrungen z.B. in China führt die Entfaltung der Marktkräfte auch unter den Bedingungen einer »sozialistischen Marktwirtschaft« zu negativen Bereicherungs- und sozialen Polarisierungstendenzen, wenn sie nicht mit einer koordinierenden und wirksamen zielorientierenden gesellschaftlichen Planung sowie starken Verfahrensregelungen zur Verhinderung einer sozialen Polarisierung verbunden wird.³⁵

³⁵ Vgl. Anmerkungen von Herbert Wolf zum Entwurf dieser Arbeit.

Die 70- bzw. 40jährige Entwicklung der Sowjetunion und der anderen staatssozialistischen Länder hat bewiesen, dass durch Veränderungen der Eigentums- und Machtstrukturen die Dominanz der Profitproduktion überwunden werden kann. Zugleich zeigen die Erfahrungen im Staatssozialismus, dass eine halbherzige, inkonsequente Anwendung marktwirtschaftlicher Elemente, einschließlich des Gewinns, und das Stützen auf administrativ festgelegte Surrogate anstelle der Marktkategorien zu Hemmnissen in der Innovationstätigkeit und bei der Verbesserung der betrieblichen Effizienz führt.

Die m. E. weder wegzudiskutierende noch zu umgehende Herausforderung besteht darin, eine solche *spezifische Verbindung zwischen Markt und gesellschaftlicher Regulierung/Planung herzustellen, die erstens ein starkes Interesse der Wirtschaftssubjekte an Innovationen und effizienter Ressourcennutzung hervorbringt, zweitens das gesamtgesellschaftliche Interesse an einer sozial und ökologisch nachhaltigen Wirtschafts- und Strukturentwicklung fördert und drittens auch soziale Gleichheit, Gerechtigkeit und einen neuen Typus der Vollbeschäftigung sichert*. Die Problematik wird nicht geringer, sondern natürlich weitaus komplexer, wenn man noch berücksichtigt, dass diese Aufgaben nicht nur regional und national, sondern auch unter den Bedingungen einer zunehmend international verflochtenen offenen Ökonomie zu lösen sind.

Der Kapitalismus ist durch den Widerspruch zwischen einzelwirtschaftlich rationellem und effizientem Verhalten und gesamtwirtschaftlich unrationellem, mit hohen Verlusten verbundenem Handeln – Brachliegen großer Ressourcen besonders an lebendiger Arbeit, Vergeudung von Energie und Rohstoffen und Verschlechterung der natürlichen Umwelt auf Kosten der Zukunft, deformierte Lebensweise – gekennzeichnet. Dieser Widerspruch wurde im Realsozialismus zu einem wesentlichen Teil einfach umgekehrt. Volkswirtschaftlich hohes Wachstum und das Fehlen von Arbeitslosigkeit beruhten unzureichend auf hoher Innovativität und Effizienz der betrieblichen Reproduktion und waren mit erheblichen qualitativen und mengenmäßigen Mangelerscheinungen bei der Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern verbunden. Bei einer solchen zugespitzten Gegenüberstellung müsste aber beachtet werden, dass weder die einzelwirtschaftliche Ebene im Kapitalismus, noch die gesamtwirtschaftliche Ebene im Sozialismus frei von widersprüchlichen und negativen Tendenzen waren bzw. sind. Im Kapitalismus: Druck auf die Löhne und die sogenannten Lohnnebenkosten zu Erhöhung der Renditen, unnötige und oft auch unsinnige Innovationen und hohe Werbeaufwendungen zur Verbesserung der Positionen im Konkurrenzkampf und zur Erweiterung des Absatzes. Im Sozialismus: Hohe Wachstumsraten ohne ausreichende Orientierung auf eine veränderte Qualität des Wachstums und ökologische Nachhaltigkeit, hohe Erwerbsquoten und weit-

gehende Nutzung des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens, aber gesamtwirtschaftlich teilweise ungünstige Einsatzstrukturen.

Die Regulierung der wirtschaftlichen Entwicklung in einem Sozialismus des 21. Jahrhunderts steht vor der Herausforderung, Rationalität auf allen Ebenen miteinander zu verbinden: gesamtwirtschaftlich, betrieblich und regional, in der Produktion und in der Konsumtion, in der Ökonomie und in der Ökologie sowie insgesamt den qualitativ veränderten, höheren Anforderungen der Umwelt und der sozialen Sicherheit und Gerechtigkeit Rechnung zu tragen.

Die Gestaltung der Beziehungen zwischen einer gesellschaftlichen Regulierung grundlegender Prozesse der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung und der Marktregulierung wichtiger Elemente, vor allem der millionenfachen Einzelprozesse der Produktion, der Verteilung und des Austauschs, gehört zweifellos zu den kompliziertesten Erfordernissen eines neuen Sozialismusprojekts. Diese Aufgabe ist bisher weder theoretisch voll ausgearbeitet, noch liegen hierfür ausreichende, praktisch nutzbare Ergebnisse vor.

Die Erfahrungen des Staatssozialismus und seines Scheiterns in Europa, des Übergangs zur Marktwirtschaft in Russland, in anderen GUS-Staaten und in den ost- und mitteleuropäischen Ländern, die Ergebnisse des angestrebten Übergangs zu einer sozialistischen Marktwirtschaft in China und Vietnam, die Bemühungen zur ökonomischen Stabilisierung in Kuba und die Diskussion zum Sozialismus des 21. Jahrhunderts in Venezuela und anderen Ländern Lateinamerikas sowie andererseits die Entwicklungstendenzen eines sozial und ökologisch deregulierten und entgrenzten Finanzmarkt-Kapitalismus weisen in diesem Zusammenhang u.a. auf folgende Probleme und Konsequenzen hin:

- Das bisherige Wirtschafts- und Planungsmodell des Staatssozialismus hat zwar Kategorien der Warenproduktion und des Wertes genutzt. Diese wurden aber faktisch weitgehend durch staatlich festgelegte Surrogate (»ökonomische Hebel«, staatlich festgelegte Preise u.a.) bestimmt. Die für die Betriebe entscheidenden Zusammenhänge zwischen den ökonomischen Resultaten und ihren Möglichkeiten zur Akkumulation, zur Anwendung von Innovation und insgesamt zur erweiterten Reproduktion – die Eigenerwirtschaftung der Mittel – wurden kaum wirksam. Die widersprüchliche, inkonsequente Nutzung des Marktes, marktwirtschaftlicher Zusammenhänge und monetärer Mechanismen schränkte die ökonomische Motivation der Betriebe als Wirtschaftssubjekte, der Arbeitskollektive und der einzelnen Produzenten für hohe wirtschaftliche Leistungen ein. Dieses Modell kann nicht Grundlage für ein Sozialismusprojekt des 21. Jahrhunderts sein. Eine der wichtigsten Schlussfolgerungen aus dem Realsozialismus besteht darin, den ökonomischen Interessen der Betriebe, ihrer öko-

nomischen Motivation für Effizienz, Ressourceneinsparung und Bedarfsdeckung, der Durchsetzung des Leistungsprinzips sowie erweiterten Möglichkeiten für unternehmerisches Handeln (auch in Betrieben, die sich im öffentlichen Eigentum befinden) erhöhte Beachtung zu schenken. Das gilt umso mehr angesichts zunehmender Anforderungen an ein flexibles, rasches Reagieren auf veränderte Bedingungen und an Eigenverantwortung, Selbständigkeit und Autonomie kleinerer Struktureinheiten und der Individuen. Die der Individualisierung der Arbeit im gegenwärtigen Kapitalismus eigene Widersprüchlichkeit zwischen den größeren Chancen zur Selbstverwirklichung und Selbstbestimmung auf der einen und der zunehmenden Unsicherheit und Prekarität der Arbeit auf der anderen Seite kann und muss unter den Bedingungen einer realen Vergesellschaftung der grundlegenden Eigentumsstrukturen im Interesse der Arbeitenden aufgelöst werden.

- Die Erfahrungen Russlands, der anderen aus der Sowjetunion hervorgegangenen Staaten und der mittel- und osteuropäischen Staaten bei der schockartigen Einführung der Marktwirtschaft und der Beseitigung der Planung waren sowohl hinsichtlich der Wirtschaftsentwicklung, als auch und besonders der sozialen Wirkungen (Arbeitslosigkeit, Verarmungsprozesse, zunehmende soziale Unsicherheit und Ungleichheit) problematisch. Aus ihnen lassen sich kaum weiterführende positive Erkenntnisse für ein sozialistisches Projekt ableiten.
- Die Erfahrungen in China (ähnlich auch in Vietnam) aus dem schrittweisen Übergang zu einem von der Führung der Kommunistischen Partei Chinas als sozialistische Marktwirtschaft bezeichneten Wirtschaftsmodell sind bisher widersprüchlich. Auf der einen Seite finden wir beachtliche Ergebnisse einer schon länger anhaltenden sehr hohen Wirtschaftsdynamik, der Modernisierung der Produktion und der Infrastruktur, eines beschleunigten Städte- und Wohnungsbaus, einer außerordentlich starken Exportdynamik mit hohen Exportüberschüssen und den weltweit größten Devisenbeständen. Auf der anderen Seite gibt es eine starke Zunahme sozialer Polarisierung, die Ausbreitung kapitalistischer Ausbeutungsverhältnisse, unkontrolliertes Wachstum, geringe Effizienz des Energie- und Rohstoffeinsatzes mit negativen zum Teil irreversiblen ökologischen Folgen. Eine zusammenfassende Bewertung dieser Entwicklung in China hinsichtlich der Nutzung von Erfahrungen für ein sozialistisches Projekt in einem Land mit großen ökonomischen Rückständen ist zur Zeit nur bedingt möglich.

Probleme einer Äquivalenzökonomie

Seit einiger Zeit spielt die von Arno Peters und Heinz Dieterich begründete Äquivalenzökonomie eine Rolle im linken Diskurs über sozialistische Perspektiven. (Peters 1996; Dieterich 2006) Die Äquivalenzökonomie, die nach Peters/ Dieterich auf dem Austausch der Waren nicht zu ihren Preisen, sondern zu ihren Werten beruht, wird von Dieterich neben der Demokratisierung als unverzichtbarer Bestandteil eines Sozialismus des 21. Jahrhunderts bezeichnet. Der Austausch der Güter zu Marktpreisen, international zu Weltmarktpreisen, sei ein nichtäquivalenter Austausch und die Grundlage für die Bereicherung/Ausbeutung: im Innern der Ausbeutung der Arbeitskräfte durch die Eigentümer an den Produktionsmitteln; nach außen der Ausplünderung der Peripherie durch die kapitalistischen Metropolen. Die Durchsetzung einer Äquivalenzökonomie, die den Austausch der Güter zu den zu ihrer Herstellung erforderlichen Arbeitszeiten und die Bezahlung der Arbeitskräfte entsprechend der von ihnen aufgewandten Arbeitszeit verlangt, sei die Grundlage für die Überwindung der Ausbeutung im Innern und der Ausplünderung der Länder der »Dritten Welt« nach außen.

Angesichts der schreienden Ungerechtigkeit in den Verteilungsverhältnissen zwischen den Metropolen und der Peripherie und innerhalb der Metropolen ist das Interesse für die Vorschläge Dieterichs und auch der Zuspruch, den sie erfahren, verständlich. Es sprechen jedoch mehrere Gründe dagegen, dass sie für ein Sozialismusprojekt des 21. Jahrhunderts Grundlage sein können.³⁶

Die Forderung, die Waren auf Grundlage der direkt für ihre Herstellung aufgewandten Arbeitszeit auszutauschen, berücksichtigt nicht die theoretischen Erkenntnisse der Marxschen Arbeitswertlehre, insbesondere die von ihm analysierten Beziehungen zwischen komplizierter und einfacher Arbeit sowie zwischen intensiver und weniger intensiver Arbeit, die den durchschnittlich gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwand zur Herstellung einer Ware und damit ihre Wertgröße wesentlich beeinflussen. Unabhängig davon, ob es mit Hilfe der modernen Computertechnik möglich ist, die für die Herstellung der Waren erforderlichen Arbeitszeiten direkt zu erfassen, würde die Anwendung eines solchen Prinzips auf der gegenwärtigen Entwicklungsstufe der Produktivkräfte die notwendige Motivation zur eigenen Qualifizierung und zur optimalen Nutzung des individuellen Arbeitsvermögens hemmen. Die Durchsetzung dieser Forderung würde auch den Erfahrungen in den Ländern des Realsozialismus

³⁶ Eine ausführliche Auseinandersetzung mit der von Arno Peters und Heinz Dieterich behandelten Problematik einer Äquivalenzökonomie ist enthalten in: Bischoff/Lieber 2006 und Wenzel 2006.

widersprechen, dass es auch im Sozialismus notwendig ist, die Wirtschaftssubjekte an der Reduzierung der für die Herstellung von Erzeugnissen notwendige Arbeitszeit durch Innovationen, rationelle Arbeitsorganisation, Ausnutzung der Arbeitszeit u.ä., nicht für die Profitsteigerung, sondern für die Verbesserung des Lebensniveaus und für die Erfüllung gesellschaftlicher Aufgaben, zu interessieren. Wie weiter oben bereits ausgeführt wurde, ist nach den Erfahrungen des Realsozialismus eine wirksame ökonomische Stimulierung der Betriebe und der Individuen unerlässlich. Diese setzt wiederum voraus, die unterschiedliche Qualität (Kompliziertheit) und Intensität der verausgabten Arbeit zu berücksichtigen. Eine Gleichsetzung von Arbeiten nur nach der geleisteten Arbeitszeit widerspricht also den Effektivitäts- und Innovationserfordernissen des Sozialismus und auch dem Leistungsprinzip bei der Verteilung der Einkommen.

Die Ausbeutung der Arbeitskräfte beruht, wie Marx im »Kapital« nachgewiesen hat, ihrem Wesen nach nicht auf einem nicht-äquivalenten Tausch zwischen dem kapitalistischen Eigentümer der Produktionsmittel und dem Eigentümer nur der eigenen Arbeitskraft, sondern darauf, dass der Arbeiter den Wert seiner Arbeitskraft bezahlt erhält (auch wenn im Konkreten heute immer mehr dagegen verstoßen wird), deren Gebrauchswert gerade darin besteht, mehr Wert zu erzeugen als sie selbst wert ist.

Die Notwendigkeit zur Erzeugung eines Mehrprodukts bleibt auch im Sozialismus erhalten, allerdings nicht zur Bereicherung des Kapitaleigentümers und als Quelle für die Akkumulation von *Kapital*, sondern als Grundlage für die gesellschaftliche Akkumulation und für die Lösung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben. Das Mehrprodukt spielt im Sozialismus eine völlig andere Rolle als der Mehrwert oder Profit im Kapitalismus. Die Maximierung des Profits oder der Rendite ist das Ziel der kapitalistischen Produktion, das letztlich bestimmende Kriterium ihrer Rationalität. Das Ziel der sozialistischen Produktion besteht im Gegensatz hierzu darin, die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen, die Bedingungen für ihre Emanzipation und allseitige Entwicklung zu schaffen sowie eine ökonomische Entwicklung anzustreben, die die natürliche Umwelt im Interesse künftiger Generationen erhält. Hiervon ausgehend ist nicht allein das Mehrprodukt, seine Höhe und Dynamik, sondern das gesamte Nettoprodukt (notwendiges und Mehrprodukt) oder Nationaleinkommen, unter Beachtung der Erfordernisse ökologischer Nachhaltigkeit, das Kriterium zur Bewertung der wirtschaftlichen Tätigkeit.

Die Notwendigkeit eines hohen Mehrprodukts im Sozialismus nimmt im 21. Jahrhundert noch zu, vor allem angesichts der Aufgaben, die von der Gesellschaft für die soziale Sicherheit und Gleichheit infolge der demografischen

Entwicklung zu gewährleisten sind, der sich verschärfenden Umweltprobleme, die mit stark ansteigenden Aufwendungen für Wissenschaft und Forschung und Investitionen verbunden sind, sowie der erforderlichen Schritte und Mittel zur Überwindung von Unterentwicklung, Hunger und Armut in großen Teilen der Welt.

Die Nord-Süd-Problematik hat zwar eine ihrer wichtigsten Ursachen in den ungerechten Austauschbeziehungen. Ein internationaler Austausch unter Zugrundelegung der jeweiligen nationalen Werte (Arbeitszeiten) einzelner Waren ist jedoch wenig realistisch und trifft auch nicht den Kern der Lösung der Entwicklungsprobleme der »Dritten Welt«.

Mangelwirtschaft im Realsozialismus?

In den Diskussionen über die Erfahrungen des Realsozialismus in der DDR spielte die schon erwähnte Auseinandersetzung zwischen Nick und Wenzel über die Frage, ob und inwieweit die Mangelwirtschaft eine dem Realsozialismus immanente Erscheinung war, eine wichtige Rolle.³⁷ Karl Mai hat nun eine umfassende Untersuchung zu den Ursachen und Wirkungen von Mangelercheinungen in der DDR vorgelegt. Er analysiert dort das Zusammenwirken der verschiedenen Faktoren, die die Mangelercheinungen hervorgerufen haben, und charakterisiert die dabei wesentlichen systemischen Zusammenhänge zwischen objektiven Schwierigkeiten, im Planungssystem begründeten und durch subjektive Mängel hervorgerufenen Faktoren. (Mai 2006b)

Nick ist darin zuzustimmen, dass die ständigen Mangelercheinungen zu tiefen Störungen in der Reproduktion der Betriebe und der Versorgung der Bevölkerung führten. Sie verstärkten u.a. Tendenzen einer unrhythmischen Produktion, einer unrationellen Bestandshaltung und einer übermäßigen Selbstversorgung. Die Effizienz der Export- und Importbeziehungen wurde hierdurch zunehmend negativ beeinflusst.

Es ist m.E. jedoch nicht begründet, die Mangelwirtschaft und den Dauer-mangel als *wichtigste* Ursache aller Schwächen des realsozialistischen Wirtschaftssystems anzusehen. Der von Nick benutzte Begriff Mangelwirtschaft ist m.E. auch aus einem anderen Grund problematisch, da er vor allem zu Assoziationen eines absoluten Mangels und eines absolut niedrigen Niveaus der Bedarfsbefriedigung führt. Zur Charakterisierung der Defizite ist es treffender, von ständigen, übermäßigen Ressourcenanspannungen und von dauerhaften Mangelercheinungen bei der bedarfsgerechten Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern und Dienstleistungen sowie der Betriebe mit Materialien,

³⁷ Vgl. Nick 2002; Wenzel 1999.

Zulieferungen und Ausrüstungen zu sprechen. Diese resultieren, wie Nick richtig hervorhebt, aus Schwächen des im Staatssozialismus angewandten Wirtschafts- und Planungsmodells mit der Orientierung auf quantitative Produktionserweiterung und einer unzureichenden Stimulierung der Ressourceneinsparung und der bedarfsgerechten Versorgung (vgl. Nick 2003: 166ff.).

Die Mangelercheinungen hängen mit den von Janos Kornai charakterisierten »weichen Budgetbeschränkungen« (vgl. Kornai 1980) zusammen. Im Gegensatz zum Kapitalismus, in dem die Finanzen die »harten« und die materiellen Mittel eher die »weichen Beschränkungen« darstellen, waren im Realsozialismus de facto das Geld und die finanziellen Mittel die »weichen« und die materiellen Mittel die »harten Beschränkungen«. Dadurch wurden Bestrebungen der Wirtschaftseinheiten begünstigt, die ständig auftretenden Versorgungsprobleme nicht durch sparsamen Verbrauch und höhere Effizienz zu lösen, sondern eher durch das Horten knapper Materialien und Zulieferungen (unrationelle, dezentrale Ersatzteil- und Materiallagerung in den Betrieben und auch in Privathaushalten, die beträchtliche Mittel gebunden und der produktiven Nutzung entzogen haben). Damit konnten zwar in konkreten Fällen Lösungen geschaffen werden. Insgesamt ergab sich aber hieraus eine weitere Zuspitzung von Knappheits- und Mangelercheinungen. Es entstand ein fehlerhafter Kreislauf, in dem Mangelercheinungen das Horten knapper Ressourcen stimulierten, wodurch der Mangel natürlich noch verstärkt wurde. Die zunehmende Ausbreitung einer Schattenwirtschaft im Realsozialismus hatte hierin eine ihrer wichtigsten Quellen.

Mangelercheinungen wurden auch durch häufige Eingriffe in die Plandurchführung durch zusätzliche Beschlüsse von oben hervorgerufen oder noch verstärkt: zusätzliche, im Plan nicht vorgesehene strukturbestimmende Investitionen, Eingriffe in bestätigte Bilanzen zugunsten eines zusätzlichen Exports oder einer zusätzlichen Importablösung u.ä.

Ein generelles Zurückdrängen des Mangels hätte tiefergehende Änderungen im gesamten Planungs- und Wirtschaftssystem erfordert, u.a. die ökonomischen Interessen der Betriebe stärker zu berücksichtigen, die Praxis übermäßig angespannter Pläne aufzugeben, bei der Geldmengenplanung und bei der Bereitstellung finanzieller Mittel für die Betriebe härtere Restriktionen vorzusehen sowie die Einkommensentwicklung der Bevölkerung mehr mit der Dynamik des für die Konsumtion verfügbaren Anteils der Wirtschaftsleistung in Übereinstimmung zu bringen.

Die Rolle innerer und äußerer Faktoren für das Scheitern des Realsozialismus

Die Frage, ob innere oder äußere Faktoren für das Scheitern des Realsozialismus entscheidend waren, lässt sich schwer in einer allgemeingültigen Form beantworten. So müsste differenziert werden zwischen den Problemen, die mit dem Aufbau der Sozialismus in einem Land oder einer Gruppe von Ländern in einer feindlichen Umgebung wirtschaftlich weit stärkerer kapitalistischer Staaten (bisherige Situation für die realsozialistischen Länder) verbunden waren, und den konkreten äußeren Bedingungen, mit denen der Realsozialismus in seiner Gesamtheit und jedes einzelne Land ständig konfrontiert sind. Historisch war der Aufbau des Sozialismus in einem Land und die Gefahr eines militärischen Überfalls ein begünstigender Nährboden für die Herausbildung autoritärer, unkontrollierter Machtstrukturen und eines entsprechenden zentralistischen Planungsmodells, die wenig Platz für öffentliche Diskussionen, Kritik und demokratische Kontrolle zuließen, die Spielräume demokratischer und bürgerlichen Freiheitsrechte stark einschränkten und auf ökonomischem Gebiet den Subjektivismus und Voluntarismus förderten. Die äußeren Faktoren können jedoch die für die realsozialistischen Länder typischen autoritären, zentralistischen Strukturen nur zum Teil erklären und begründen. Hinzu kommt, dass es nicht immer möglich ist, eine eindeutige Abgrenzung zwischen äußeren und inneren Faktoren vorzunehmen. So wurden bspw. für die Sowjetunion entscheidende innere Bedingungen – die Entwicklung ihres Wirtschafts- und Planungsmodells und ihres Bedarfs an Investitionsgütern – zu bestimmenden äußeren Einflussfaktoren der Wirtschaftsentwicklung der DDR. Wenn von diesen grundsätzlichen Beziehungen zwischen äußeren und inneren Faktoren zur Analyse der konkreten Wirkungen äußerer Faktoren übergegangen wird, so kann festgestellt werden, dass sie in der gesamten Lebenszeit des Realsozialismus eine wichtige Rolle spielten. Die Art, das Ausmaß und die Intensität ihrer Einflüsse waren jedoch in den jeweiligen Zeitetappen, die hier nicht weiter untersucht werden können, unterschiedlich. Im Ergebnis der Analyse der vielen äußeren Faktoren, die die ökonomische Entwicklung der DDR stark negativ beeinflussten, kommt Wenzel zu dem Schluss, »dass der Produktivitäts- und Effektivitätsrückstand der DDR gegenüber der BRD in erster Linie historisch, entwicklungsbedingt ist, erst in zweiter Linie den zweifellos vorhandenen Mängeln und Fehlern des praktizierten Wirtschafts- und Planungsmodells geschuldet ist« (Wenzel 1999: 40).

Für eine differenzierte Bewertung der Rolle der äußeren und inneren Faktoren für das Scheitern des Realsozialismus ist es notwendig, insbesondere folgende Zusammenhänge und Aspekte zu beachten:

- Auch auf ökonomischem Gebiet gibt es, ungeachtet der Mängel und Defizite, Grund, mit Stolz auf die erreichten Leistungen in der DDR zurückzublicken.

Es gelang, bei größtenteils ungünstigen äußeren Bedingungen und Hemmnissen des zentralistischen, administrativen Planungs- und Leitungssystems eine relativ stabile und dynamische volkswirtschaftliche Entwicklung, soziale Sicherheit und Versorgungssicherheit zu erreichen. Dies gilt trotz der häufigen störenden Mangelercheinungen, die bei der Versorgung der Bevölkerung und bei der Deckung des Bedarfs der Wirtschaft auftraten, für die gesamte Zeit bis zur Einführung der Währungsunion.

Daraus kann, entgegen der vorherrschenden Meinungen, abgeleitet werden, dass eine *sozialistische Perspektive*, darin eingeschlossen eine sozial und ökologisch nachhaltige und innovative Wirtschaftsentwicklung, durchaus *über das Potenzial verfügt, den gegenwärtigen und zukünftigen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Herausforderungen gerecht zu werden*. Voraussetzung für einen demokratischen Sozialismus im 21. Jahrhundert sind günstigere äußere Bedingungen, das Vermeiden der Fehlentwicklungen des Staatssozialismus, ein adäquates System zur Regulierung des Reproduktionsprozesses sowie natürlich die Berücksichtigung der Veränderungen in den gesellschaftlichen Entwicklungsbedingungen.

Hierzu gehören: Veränderungen in den Produktivkräften, die sich besonders in der neuen Informationstechnik und der damit zusammenhängenden Herausbildung einer Wissensgesellschaft zeigen, Veränderungen in den Arbeitsverhältnissen, in den Bedingungen und Voraussetzungen der sozialen Sicherheit und in der natürlichen Umwelt sowie in den weltwirtschaftlichen Beziehungen.

- *Die Glaubwürdigkeit des Projekts für einen demokratischen Sozialismus hängt entscheidend* davon ab, wie es gelingt, die strukturellen Mängel und Fehlentwicklungen des bisherigen Realsozialismus aufzudecken, offen und kritisch zu erörtern.

Diese kritische Auseinandersetzung sollte nicht um ihrer selbst willen erfolgen, sondern vielmehr, um daraus die notwendigen Schlussfolgerungen für eine sozial und ökologisch nachhaltige, innovative und effiziente, nicht auf den Profit, sondern auf die Bedürfnisse der Menschen gerichtete sozialistische Wirtschaftsentwicklung und die Art ihrer Regulierung zu ziehen. Eine solche auf praktische Erfahrungen gerichtete Diskussion über zu vermeidende Fehlentwicklungen eines sozialistischen Projekts ist aber nur möglich, weil es den sozialistischen Versuch, auch wenn er gescheitert ist, tatsächlich gab. Ohne diesen Versuch wären unsere Kenntnisse und konkreten

Erfahrungen für den Kampf um eine Alternative zum Kapitalismus weit ärmer.³⁸

- Die bisherigen Einflüsse der äußeren Faktoren auf die wirtschaftliche Entwicklung der DDR können größtenteils – zumindest grob – eingeschätzt werden. Das ist jedoch bei den inneren Faktoren meist nicht möglich. Auch wenn Wenzel zugestimmt werden sollte, dass die historischen, äußeren, nicht von der Art der Verwirklichung des Realsozialismus abhängigen Faktoren für die Rückstände der DDR in Produktivität und Effektivität entscheidend waren, so würde sich daraus noch nicht die Konsequenz ergeben, dass sie für das Scheitern des Realsozialismus in der DDR, das einen weitaus komplexeren und widersprüchlicheren Prozess umfasst, ebenfalls bestimmend waren. Meines Erachtens sind die inneren strukturellen Defizite und Entstellungen des Realsozialismus sowie seine vor allem politisch bedingte Unfähigkeit zu grundlegenden Reformen letzten Endes entscheidend für sein Scheitern gewesen. Eine zu starke Hervorhebung äußerer Faktoren als Ursachen für das Scheitern des Realsozialismus in der DDR birgt auch die Gefahr in sich, dass die substanziellen Defizite des Staatssozialismus und die damit verbundene notwendige tiefgehende Erneuerung der Sozialismusvorstellungen unterschätzt werden.
- Die äußeren und inneren Faktoren existieren und wirken nicht losgelöst voneinander oder einfach nebeneinander. Sie sind vielmehr eng miteinander verflochten und durchdringen sich gegenseitig. Innovationsschwächen, die sowohl auf Defizite bei der Stimulierung von Neuerungen als auch auf das unbefriedigende Niveau der wissenschaftlich-technischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den RGW-Ländern zurückzuführen waren, führten z.B. zu sinkenden Exporterlösen je Einheit Inlandsaufwand und zum Ansteigen der Auslandsschulden gegenüber den kapitalistischen Ländern.

³⁸ Diese Bedeutung des sozialistischen Versuchs für ein zukünftiges Transformationsprojekt Demokratischer Sozialismus wird nicht selten im linken Diskurs über den Sozialismus ignoriert. So heißt es z.B. in der programmatischen Erklärung »Sozialistische Linke: realistisch und radikal« (Juli 2006) nur: »Allen ist klar, dass ein erneuter Anlauf einer sozialistischen Umgestaltung sich nicht am gescheiterten Modell der Sowjetunion und der DDR orientieren kann.« Auf diese zunächst richtige Aussage folgt leider kein Satz zu den nutzbaren Erfahrungen dieses Versuchs. Dadurch ist diese Aussage insgesamt sachlich und politisch einseitig, unbefriedigend und insgesamt auch falsch. Sie lässt auch die Diskussionen, die unter den Linken Ostdeutschlands zu dieser Problematik geführt wurden, außer Acht. Ähnlich kritisch zu bewerten ist die Aussage in einem Beschluss des Landesparteitages der Linkspartei.PDS in Sachsen-Anhalt (September 2006): »Ein Zurück zu den elitären und wenig emanzipatorischen Ansätzen der klassischen Kapitalismuskritik eines Teils der Westlinken verbietet sich genau so wie ein Zurück zum erfahrenen Staatssozialismus«.

Dadurch nahmen Engpässe bei den Investitionen, die ihrerseits das Innovationstempo bremsten, und bei der bedarfsgerechten Entwicklung des Warenfonds zu. Ein Beispiel hierfür sind die in der DDR getroffenen Entscheidungen zur Heizölsubstitution. Ihnen lagen zunächst äußere Faktoren (höhere Preise für Erdöl und Erdölprodukte und verstärkte Notwendigkeit zur Verbesserung der Zahlungsbilanz mit dem NSW) zugrunde. Das übertriebene Ausmaß und die Radikalität dieser Umstellungen in der Energiebasis, die insgesamt die volkswirtschaftlichen und ökologischen Belastungen in einem unzulässigen Maße steigerten, waren jedoch stark subjektiv bedingt. Viele der zunächst als äußere Faktoren sichtbaren Erscheinungen führten zur Zuspitzung innerer Probleme und Hemmnisse. Fehlende Reserven und Devisenknappheit erschwerten z. B. das flexible Reagieren auf neue wissenschaftlich-technische Erkenntnisse. Solche Zusammenhänge lassen sich auch beim Planungssystem nachweisen: Das Drängen auf eine verstärkte Substitution von Importen durch eigene Produktion trug zu einer zunehmenden Zentralisierung von Einzelentscheidungen und zu einer Ausdehnung der Staatsplanbilanzen bei.

Diese wechselseitige Abhängigkeit innerer und äußerer Faktoren zeigt sich auch darin, dass die Systemschwächen des Staatssozialismus wichtige Gründe dafür waren, dass die äußeren Faktoren überhaupt so starke Störungen hervorrufen konnten. Dies wurde u. a. darin sichtbar, dass die Anpassungsfähigkeit an die sich oft rasch verändernden äußeren Bedingungen zu gering war und dass auf einige der entscheidenden störenden äußeren Einflüsse wie das Wettrüsten oder das Embargo bei vielen Hightech-Produkten keine adäquaten Antworten gefunden wurden. Dabei bleibt offen, inwieweit in der konkreten Situation wirksame Antworten überhaupt möglich waren.

In der DDR, und in unterschiedlicher Ausprägung auch in den anderen realsozialistischen Ländern, *vergrößerte sich in den 1970er und 1980er Jahren die Kluft zwischen dem realen Aufkommen an Gütern und Dienstleistungen, die für die Inlandsverwendung verfügbar waren und den konsumtiven und investiven Anforderungen an die Verwendung.* Zu dieser Kluft, die für die krisenhafte Zuspitzung der ökonomischen Gesamtsituation entscheidend war, trugen Prozesse in der Produktion, bei der Entwicklung des Aufkommens als der Anfangsphase und auch in der Verwendung als der Endphase des Reproduktionsprozesses bei.

Monokausale Erklärungsversuche der tiefen Gleichgewichtsstörungen der gesamtwirtschaftlichen Reproduktion, etwa durch die großen Produktivitätsrückstände, oder durch die außerordentlich starken Belastungen infolge der relativ hohen Ausgaben für militärische und Sicherheitsaufgaben (eine verbrei-

tete Auffassung lautet, die Sowjetunion und die anderen staatssozialistischen Länder wurden im Kalten Krieg »tot gerüstet«, oder durch die hohen Auslandsschulden, oder durch eine Sozialpolitik, die sich von ihren ökonomischen Voraussetzungen zunehmend gelöst hat, sind nicht ausreichend. Sie können jede für sich nicht die Frage des ökonomischen Scheiterns befriedigend beantworten.

Im Folgenden wird versucht, die hierfür entscheidenden ökonomischen Faktoren, soweit sie sich in einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung widerspiegeln, unter Berücksichtigung der zwischen ihnen bestehenden Abhängigkeiten, aufzuzeigen.

Die *wirtschaftliche Leistung (Produktion)* blieb hinsichtlich Umfang (Wachstum), Struktur und Qualität (Ausmaß und Tempo von Innovationen und Modernisierung der Produktionsstrukturen und der Produktionsanlagen) sowie Effizienz (Arbeitsproduktivität, Ressourcenaufwand und Kosten) zunehmend hinter den Möglichkeiten der Produktivkraftentwicklung, den Erfordernissen ökonomischer, ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit sowie der Bedürfnisdynamik *zurück*. Vor allem in der Struktur und Qualität sowie der Effizienz nahmen die Rückstände gegenüber den kapitalistischen Industriestaaten, darunter speziell der DDR gegenüber der BRD, zu.

Auf Seiten der *Produktion* ging es vor allem um folgende Zusammenhänge und Wirkungen:

- Ein im internationalen Vergleich mit den fortgeschrittenen Industriestaaten zu großer Teil der Gesamtproduktion musste für den inneren Kreislauf der Reproduktion des Ersatzfonds, vor allem der Energie, Rohstoffe und Zwischenprodukte sowie für die Instandhaltung und Reparatur der Produktionsanlagen, eingesetzt werden und stand damit nicht als volkswirtschaftliches Endprodukt für Konsumtion, Investitionen und Export zur Verfügung.
- Die je Einheit des Endprodukts erzielten Effekte hielten nicht mit der internationalen Entwicklung der Produktivkräfte und der Effizienz Schritt. Dies bezog sich in der Tendenz auf alle Elemente des Endprodukts: bei den Konsumgütern auf die je Einheit des Konsumtionsfonds erzielten Effekte in der Bedürfnisbefriedigung, bei den Investitionen auf den mit ihrem Einsatz erreichten Produktions-(Wachstums-) und Produktivitätseffekt, bei den für den Export bestimmten Gütern auf die durch sie im Export vor allem in das nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet erzielten Erlöse.

Dies äußerte sich gesamtwirtschaftlich in drei gravierenden problematischen Tendenzen: (1) das Nettoproduct (einschließlich der Amortisationen) oder die Wertschöpfung blieben gegenüber dem Bruttoproduct oder Bruttoumsatz, der den Ersatzfonds einschließt, immer mehr zurück; (2) das Wachstum des für die

Inlandsverwendung verfügbaren Produkts blieb, auch ohne Berücksichtigung der zusätzlichen Abzüge durch den Schuldendienst (Zinsen und Rückzahlung von Auslandskrediten), gegenüber dem Wachstum des hergestellten Produkts zurück; (3) der Anteil des Mehrprodukts bzw. des Gewinns am Produktionsergebnis verringerte sich, woraus sich erhöhte Anspannungen bei der Sicherung gesellschaftlicher Aufgaben auf den Gebieten Bildung, Gesundheit, Kultur, Sport, Sozialleistungen u.a. ergaben.

Auf Seiten der *Verwendung* spielten vor allem folgende Zusammenhänge und Wirkungen eine wesentliche Rolle:

- Bei der Verwendung des Konsumtionsfonds verschoben sich die Anteile der verfügbaren Mittel zunehmend in Richtung staatlicher Preis-, Tarif- und Mietsubventionen, deren Wirkungen als Leistungsstimulierung im Vergleich zu den Arbeitseinkommen weit geringer waren und teilweise auch in falsche Richtungen gingen. Hierdurch wurden die Möglichkeiten der direkten Erhöhung der Geldeinkommen der Bevölkerung (Arbeits- und Sozialeinkommen) beträchtlich geschmälert. Das Problem bestand, entgegen der oft vertretenen Meinung, nicht darin, dass sich der Umfang der für die Sozialpolitik eingesetzten Mittel generell von der Entwicklung ihrer ökonomischen Grundlagen gelöst hatte, oder, dass die Investitionen für die nichtproduzierenden Bereiche, für Bildung, Gesundheit, Kultur u.a. zu hoch waren, sondern darin, dass die für diese Subventionen notwendigen Mittel sprunghaft stiegen und den gesamten Konsumtionsfonds zunehmend belasteten.
- Bei den Investitionen gab es beträchtliche Anspannungen und Disproportionen zwischen den tatsächlichen Investitionen und den weit höheren Investitionserfordernissen und bei der Verteilung der Investitionen zwischen den verschiedenen Bereichen und Branchen. Hinzu kamen Störungen die sich aus den Relationen des Einsatzes der Investitionen ergaben, einerseits für Ersatz- und Rationalisierungsmaßnahmen, die stark vernachlässigt wurden, und andererseits für die Kapazitätserweiterung. Infolgedessen nahmen die Aufwände für Instandhaltung und Reparaturen, die die Kosten und die gesamte Effizienz des betrieblichen Reproduktionsprozesses belasteten, erheblich zu.
- Aus den Verteidigungsausgaben im Rahmen der Verpflichtungen im Warschauer Vertrag sowie aus den relativ hohen Ausgaben für die Sicherheitsorgane ergaben sich starke, im zeitlichen Verlauf zunehmende Belastungen, die sich einschränkend auf die anderen Verwendungserfordernisse auswirkten.
- Die für das Erreichen eines außenwirtschaftlichen Gleichgewichts notwendigen Exporte führten vor allem im letzten Jahrzehnt der Existenz der DDR

zur ständigen Erhöhung des Exportanteils am Endprodukt (ohne eine adäquate Erhöhung des Importanteils), wodurch die Anspannungen bei den Investitionen und der Konsumtion noch verschärft wurden. Hierfür waren insbesondere drei Faktoren ausschlaggebend: (1) Für den Import einer gegebenen Menge von Energie und Rohstoffe aus der UdSSR musste ein ständig größeres Äquivalent an Inlandsprodukt bereitgestellt werden. (2) Es verschlechterte sich – beschleunigt in den 1980er Jahren – beim Export in kapitalistische Länder die Relation zwischen Inlandsprodukt und Exporterlös, je Einheit Devisenerlös musste ein zunehmend größeres, in Mark der DDR bewertetes Inlandsprodukt bereitgestellt werden. (3) Die Belastungen aus dem Schuldendienst für Zinsen und Kreditrückzahlungen führten zu einem sehr hohen Druck auf das für die Inlandsverwendung verfügbare Endprodukt.

Es bestätigt sich somit, dass für die Zuspitzung der wirtschaftlichen Situation in der DDR – cum grano salis auch in den anderen Ländern des RGW – nicht ein einzelner Faktor entscheidend war, weder die Auswirkungen des Wetttrübens, die Höhe der Auslandsschulden gegenüber kapitalistischen Ländern und die sich daraus ergebende Anfälligkeit der ökonomischen und sozialen Entwicklung, noch die Maßnahmen der Sozialpolitik, sondern die Gesamtheit dieser Faktoren und ihre wechselseitige Verflechtungen.

Das relative Gewicht innerer und äußerer Faktoren änderte sich auch im zeitlichen Verlauf. Es ist kein Zufall, dass gerade in der Zeit, in der sich verstärkt tiefgreifende revolutionierende Veränderungen der Produktivkräfte vollzogen, in der Innovationen ein höheres Gewicht für die Effizienz gewannen, die Rückstände gegenüber der BRD größer wurden. Die unzureichende Flexibilität des Staatssozialismus und der Widerstand gegen echte, tiefere Reformen nahm in den 1980er Jahren eher zu als ab. Zugleich erhöhte sich aber die Dringlichkeit solcher gesellschaftlicher und speziell ökonomischer Reformen. Der sich vertiefende und allgegenwärtige Widerspruch zwischen Reformnotwendigkeit auf der einen und Reformrealität sowie Reformbereitschaft der führenden Elite auf der anderen Seite traf den Lebensnerv des Realsozialismus.

5. Wie könnten die ökonomische Grundlagen eines demokratischen Sozialismus aussehen? Überlegungen zu ausgewählten Fragen

Aus den bisherigen Untersuchungen ergibt sich, dass der Realsozialismus in Europa nicht deshalb untergegangen ist, weil der Sozialismus prinzipiell nicht machbar wäre, sondern als Folge der grundlegenden, strukturellen Defizite und Mängel seiner Herausbildung und Entwicklung, die noch durch die ungünstigen äußeren Bedingungen verstärkt wurden. Eine sozialistische Gesellschaft als Alternative zum Kapitalismus bleibt das Ziel der Kämpfe der sozialistischen Linken. Die Notwendigkeit einer sozialistischen Alternative nimmt weiter zu angesichts der Zuspitzung aller entscheidenden Widersprüche im gegenwärtigen entfesselten Finanzmarktkapitalismus und seiner Unfähigkeit, Wege zu ihrer grundsätzlichen Lösung zu gehen.

Die sozialistische Bewegung steht dabei vor einem Grundproblem: Ein demokratischer Sozialismus kann nur in und aus der Gesellschaft entstehen, als ein Projekt, das breite gesellschaftliche Unterstützung erhält. Diese ist aber wesentlich davon abhängig, dass es gelingt, Mehrheiten durch überzeugende Darstellung der Vorzüge eines demokratischen Sozialismus, insbesondere bei der Lösung der tiefen sozialen, ökologischen und entwicklungspolitischen Widersprüche von heute zu gewinnen.

Dies ist vor allem aus zwei Gründen schwierig. Einmal wegen des Scheiterns des bisherigen Sozialismusversuchs und der Diskreditierung der sozialistischen Idee in den staatssozialistischen Ländern vor allem durch die Entstellungen des emanzipativen, demokratischen Charakters einer sozialistischen Gesellschaft. Zum anderen wegen der Unmöglichkeit, die Art und Weise der Entstehung und Herausbildung sowie der Entwicklung einer sozialistischen Gesellschaft gegenwärtig konkret vorauszusagen. Der Versuch, heute ein Modell zu entwerfen, nach dem die Gesellschaft und dabei speziell die Wirtschaft funktionieren soll, muss scheitern. Es ist nicht möglich, die konkrete Ausgestaltung einer solch komplexen, mit vielen widersprüchlichen Prozessen und heute noch nicht zu beantwortenden Fragen verbundenen Gesellschaft und die Schritte ihrer Herausbildung vorauszubestimmen. Das wird allein schon an der Problematik einer im Interesse der Bevölkerungsmehrheit nach gesamtwirt-

schaftlichen Erfordernissen zu regulierenden sowie sozialen und ökologischen Kriterien gerecht werdenden sozialistischen Warenproduktion oder Marktwirtschaft deutlich.

Viele Fragen werden nur in einem widerspruchsvollen praktischen Lernprozess zu beantworten sein, der den Erfahrungsschatz bereichert, zu neuen Einsichten und Erkenntnissen führt und auch Korrekturen an bisherigen Vorstellungen und Lösungswegen erfordern wird. Fidel Castro hat seine persönliche Meinung hierzu unlängst deutlich zum Ausdruck gebracht: »Eine Schlussfolgerung, die ich nach vielen Jahren gezogen habe, ist, dass unter den vielen Fehlern, die wir alle gemacht haben, der bedeutendste Fehler war zu glauben, ... dass jemand wusste, wie der Sozialismus aufgebaut wird.« (Castro 2006: 48) Dem Irrglauben, dass der Sozialismus nach einem vorher ausgearbeiteten Modell planmäßig aufgebaut werden könnte, sollten wir nie wieder verfallen.

Die Überwindung des kapitalistischen Systems und die Herausbildung eines neuen Systems des demokratischen Sozialismus trägt im doppelten Sinne Prozesscharakter:

- einerseits als Transformationsprozess, der im heutigen Kapitalismus beginnt, indem in jeweils möglichst breiten Bündnissen der Betroffenen und Interessierten zu den brennendsten Fragen Wege zur Problemlösung ausgearbeitet und durchgesetzt werden. Solche Lösungen, die schon in Ansätzen über das kapitalistische System hinausweisen können, machen auf Grund objektiver Verflechtungen Veränderungen auf anderen Gebieten notwendig;
- andererseits als Erkenntnisprozess der an diesen Veränderungen Beteiligten, einer tieferen Einsicht in den Inhalt von realen Reformen und die Bedingungen für möglichst breite Bündnisse zu ihrer Verwirklichung.

Es können und sollten schon heute wichtige Elemente einer sozialistischen Alternative ausgearbeitet und öffentlich erörtert werden. Hierzu gibt es in den internationalen und nationalen Diskussionen der Linken viele nützliche, weiterführende und anregende Beiträge. M. E. könnten diese Elemente in drei Gruppen zusammengefasst werden: (1) Ziele und Werte des Demokratischen Sozialismus, (2) Wege und Schritte seiner Herausbildung und (3) grundlegende Bedingungen für die Verwirklichung seiner Ziele und Werte sowie Grundzüge seiner Funktionsweise.

Erkenntnisquellen hierfür sind

- erstens die Wertvorstellungen, die sich im Verlaufe von Kämpfen über mehr als zwei Jahrhunderte herausgebildet haben: für ein emanzipiertes Leben aller Menschen ohne Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg, in Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität und in Übereinstimmung mit der Natur;

- zweitens die die Existenz der Menschheit gefährdenden Widersprüche und Konflikte des heutigen Kapitalismus, deren Überwindung als die wichtigste Herausforderung für eine sozialistische Gesellschaft anzusehen sind;
- und schließlich drittens die Erfahrungen des Realsozialismus sowohl über unbedingt zu vermeidende Fehlentwicklungen als auch über nützliche und weiterzuentwickelnde Ansätze vorwiegend zur Lösung sozialer und ökologischer Probleme und zur Regulierung der Wirtschaft.

»Sozialistische Ideen erlangen nur dann eine gesellschaftliche Relevanz, wenn sie eine gesellschaftliche Grundlage in den Widersprüchen der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft und den Arbeits- und Lebensbedingungen der Lohnabhängigen haben.« (Bischoff/Draheim 2003: 16)

Im gültigen Programm der Linkspartei.PDS vom Oktober 2003 wird der Sozialismus als Einheit von Ziel, Weg und Werten charakterisiert: »Sozialismus ist für uns ein notwendiges Ziel – eine Gesellschaft, in der die freie Entwicklung einer und eines jeden zur Bedingung der freien Entwicklung aller geworden ist. Sozialismus ist für uns eine Bewegung gegen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, gegen die patriarchale Unterdrückung, gegen die Ausplünderung der Natur, für die Bewahrung und Entwicklung der menschlichen Kultur, für die Durchsetzung der Menschenrechte, für eine Gesellschaft, in der Bürgerinnen und Bürger ihre Angelegenheiten demokratisch regeln.

Sozialismus ist für uns ein Wertesystem, in dem die Freiheit, Gleichheit und Solidarität, Emanzipation, Gerechtigkeit, Erhalt der Natur und Frieden untrennbar miteinander verbunden sind.« (Programm der PDS 2003: 3)

Die Charakterisierung der Ziele einer sozialistischen Gesellschaft bleibt jedoch unvollständig ohne deren Ergänzung um eine effiziente und rationell organisierte wirtschaftliche Tätigkeit zur Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen und zum Erreichen einer nachhaltigen Entwicklung.

In der Deutschen Ideologie schreibt Marx über die neue Gesellschaft: »Der Kommunismus ist für uns nicht ein *Zustand*, der hergestellt werden soll, ein *Ideal* wonach sich die Wirklichkeit zu richten haben (wird). Wir nennen Kommunismus die *wirkliche* Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt. Die Bedingungen dieser Bewegung ergeben sich aus der jetzt bestehenden Voraussetzung.« (MEW Bd. 3: 1959: 35) Zu den im Kapitalismus entstehenden Voraussetzungen für eine sozialistische Transformation heißt es bei Marx weiter, dass »auf der einen Seite die gegenwärtige ökonomische Grundlage der Gesellschaft noch nicht umgestaltet ist, aber auf der anderen Seite die arbeitenden Massen Kraft genug gesammelt haben, Übergangsmaßregeln durchzusetzen, die geeignet sind, schließlich einen radikalen Wechsel der Gesellschaft zuwege zu bringen« (Marx 1869, in: MEW, Bd. 16: 368/369).

Für die Wege zur Herausbildung eines Demokratischen Sozialismus sind in Übereinstimmung mit den Erfahrungen der realsozialistischen Länder folgende Grundforderungen besonders wichtig:

1. Die Herausbildung des Sozialismus nicht im Ergebnis einer gewaltsamen, revolutionären Umwälzung (zumindest in den entwickelten Industriestaaten), sondern als friedlicher *längerer Transformationsprozess*, gestützt auf tiefgreifende Veränderungen in den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen, insbesondere durch die *Herausbildung eines breiten anti-neoliberalen Blocks* von Menschen aus den verschiedenen sozialen Schichten, die sich für Veränderungen in den politischen und ökonomischen Machtstrukturen und für wirkliche demokratische, soziale und ökologische Reformen einsetzen. Hier sind noch viele Fragen offen und Gegenstand von Auseinandersetzungen in der Linken, u.a.: Wie kann der Widerstand des wirtschaftlich und politisch mächtigen Großkapitals, insbesondere des internationalen Finanzkapitals und der global players, gegen sozialistische Reformschritte überwunden werden? Wie sollen die internationalen Verflechtungen der Wirtschaft, die Globalisierung wichtiger wirtschaftlicher Prozesse sowie die Zugehörigkeit der Länder zu regionalen Wirtschaftsblöcken mit weit in die Nationalstaaten hineinreichenden politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Verpflichtungen berücksichtigt werden? Eine sozialistische Alternative wird zumindest in Europa nur im Rahmen eines internationalen, mehrere Länder erfassenden demokratischen Prozesses der Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse Chancen haben.
2. *Demokratisch legitimierte, von Mehrheiten unterstützte Schritte* müssen in allen Etappen einer sozialistischen Entwicklung Grundlage sozialistischer Transformationsprozesse sein. »Demokratischer Sozialismus entsteht in der Gesellschaft und aus ihr heraus – oder überhaupt nicht. ... Er ist ein Prozess, der nur im breiten gesellschaftlichen Diskurs und durch gemeinsames Handeln der Beteiligten Gestalt annehmen kann.« (Programm der PDS 2003: 4) Die Gestaltung einer sozialistischen Gesellschaft mit ihren ökonomischen Grundlagen – sozialistische Eigentumsverhältnisse; eine neue Art gesellschaftlicher, demokratischer Regulierung der Wirtschaft; qualitative Veränderungen in der Produktions- und Lebensweise, neue Entwicklungspfade sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit, Umorientierung wissenschaftlich-technischer Innovationen auf die Lösung sozialer und umweltpolitischer Probleme, selbstbestimmte, emanzipierte Arbeit, sozial gerechte Verteilungsverhältnisse – erfolgt nicht mit einem Akt oder mit einigen wenigen Umwälzungen, sondern als schrittweiser, langfristiger Prozess, vor allem als Such- und Lernprozess mit Korrekturen. »Ziel des demokratischen Sozialismus,

der den Kapitalismus in einem transformatorischen Prozess überwinden will, ist eine Gesellschaft, in der die Freiheit des anderen nicht die Grenze, sondern die Bedingung der eigenen Freiheit ist. Dazu machen wir uns im Hier und Heute auf den Weg, gegen Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und gegen patriarchale und rassistische Unterdrückung.« (Programatische Eckpunkte 2006) Die Ergebnisse dieser Such- und Lernprozesse müssen eng mit der Demokratisierung, mit öffentlichen, transparenten Diskussionen und einer sachlichen, kompetenten Auswertung und Weiterentwicklung konkreter Erfahrungen verknüpft werden. Nur eine umfassende Demokratisierung und eine hohe Transparenz der Entscheidungsprozesse kann Fehlentwicklungen, wie sie den bisherigen Sozialismusversuch kennzeichneten, vermeiden bzw. möglichst frühzeitig korrigieren.

3. Die *Beziehungen zwischen den verschiedenen Ebenen der Transformationsprozesse* – regional, nationalstaatlich, europäisch und global – *und deren jeweilige Bedeutung* müssen bei der Begründung der Wege zu einer sozialistischen Gesellschaft stets beachtet werden. Die Bedeutung der einzelnen Ebenen erfährt unter dem Einfluss der neoliberalen Globalisierung, der europäischen Integration und regionaler Entwicklungsprozesse wesentliche Wandlungen. Die wechselseitigen Verflechtungen und gegenseitigen Abhängigkeiten zwischen den verschiedenen Ebenen werden zunehmend enger und vielfältiger. In den letzten Jahrzehnten ging eine gewisse Schwerpunktverlagerung zwischen den verschiedenen Ebenen vor sich. Alternativen für die wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung in ganz Deutschland bleiben zentral. Dabei gewinnen die regionale Ebene, regionale Strukturpolitik und die Gestaltung regionaler Wirtschaftskreisläufe, und die europäische (EU-)Ebene eine zunehmendes Gewicht für einen Transformationsprozess zum demokratischen Sozialismus. (vgl. Steinitz 2005: 133ff.)

Mit jedem Schritt zur Vertiefung der europäischen Integration (einheitlicher Binnenmarkt, Europäische Währungsunion, Europäischer Dienstleistungsmarkt, Grundzüge der Wirtschaftspolitik (GWP) und der Europäischen Beschäftigungsstrategie (EBS), Verfassungsentwurf) und zur Erweiterung der EU erhält die europäische Ebene eine zunehmend eigenständige Bedeutung. Hieraus ergeben sich weitgehende Konsequenzen für einen sozialistischen Transformationsprozess, der unter den Bedingungen der Vertiefung der Integration und der weitgehenden Geltung des europäischen Rechtssystems für die einzelnen Mitgliedsstaaten, nur dann Chancen haben wird, wenn er sich auf koordinierte Aktionen in mehreren größeren EU-Ländern stützen kann. Veränderungen in Richtung einer sozialistischen Alternative werden jedoch nur erfolgen, wenn in den jeweiligen Staaten die nationalen Spielräu-

me für transformatorische Projekte, die auf den verschiedenen Politikfeldern recht unterschiedlich sind, konsequent genutzt werden und wenn durch außerparlamentarische Aktionen und parlamentarische Initiativen erheblicher gesellschaftlicher Druck auf die EU ausgeübt wird.

Aus der zunehmenden Rolle der europäischen Integrationsprozesse ergibt sich auch die Notwendigkeit, die Politikfelder näher zu bestimmen, für die europäische, den nationalstaatlichen Rahmen überschreitende Lösungen im Rahmen einer sozialistischen Transformation besonders wichtig sind. Dazu gehören:

- Regulierung internationaler Finanzmärkte und Kapitalströme;
- Koordinierung der Steuer- und Abgabenpolitik, insbesondere bei den Unternehmenssteuern, der Besteuerung von Vermögen und Vermögenseinkommen und den Ökosteuern, um den sozial und ökologisch verhängnisvollen Steuersenkungswettbewerb einzudämmen;
- Grundzüge eines europäischen Sozialstaatsmodells u.a. zur Sicherung sozialer Mindeststandards in allen Mitgliedsländern;
- Anforderungen an eine europäische Beschäftigungspolitik zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit;
- Koordinierung der makroökonomischen Politik.

Die weitere Föderalisierung in den Staaten der EU erweitert auch die Möglichkeiten der Regionen bzw. der Bundesländer, auf wichtigen Gebieten – Entwicklung eines öffentlichen Beschäftigungssektors, Stärkung des öffentlichen Eigentums für die Daseinsvorsorge, Förderung von Genossenschaften, Entwicklung der Gemeinschaftsschule für längeres gemeinsames Lernen – reale Schritte zur Unterstützung von Transformationsprozessen zu gehen. Damit können konkrete Transformationsschritte auch stärker direkt an der Basis durchgeführt werden.

4. *Weiterführung der Diskussionen über mögliche Einstiegsprojekte* in eine die Grenzen des Kapitalismus überschreitende alternative Entwicklung zu einer Gesellschaft des demokratischen Sozialismus. Solche Einstiegsprojekte könnten u.a. sein: der Ausbau und die Erweiterung des Sektors öffentlich geförderter Beschäftigung, Schritte zur Erweiterung des öffentlichen Eigentums, u.a. auf für den notwendigen ökologischen Umbau besonders sensiblen Gebieten (z.B. Energieübertragung), Förderung der Ansätze einer Solidarischen Ökonomie.³⁹

³⁹ Zu den Erfahrungen bei der Herausbildung von Formen einer solidarischen Ökonomie im heutigen Kapitalismus gibt es eine Publikation des Wissenschaftlichen Beirats von Attac: Altvater/Sekler (Hrsg.) 2006. Für die Zukunftskommission der RLS wurde von Judith Dell-

Das Grundgesetz der Bundesrepublik enthält im Artikel 15 Möglichkeiten für die Überführung von Schlüsselbereichen der Wirtschaft in öffentliches Eigentum: »Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden.«

Projekte einer Solidarischen Ökonomie könnten in Zukunft, wie praktische Erfahrungen vor allem in Ländern Lateinamerikas zeigen, eine wichtige Rolle im Überlebenskampf spielen, insbesondere als Selbsthilfeprojekte für Menschen in prekären Verhältnissen. Dabei gilt es ihren ambivalenten Charakter zu beachten. Sie sind einerseits zum großen Teil Formen der Selbstverwaltung, der partizipativen Teilnahme aller Mitglieder an der Regelung der Probleme, des solidarischen Wirtschaftens nach gemeinwirtschaftlichen Prinzipien, der Erhaltung und der Schaffung von Arbeitsplätzen. Andererseits sind sie durch den Druck der Massenarbeitslosigkeit als Bestandteile des informellen Sektors häufig auch durch prekäre, wenig emanzipatorische Arbeitsverhältnisse und kaum existenzsichernde Einkommen gekennzeichnet. Die Entfaltung ihrer transformatorischen Potenziale hängt in hohem Grade davon ab, wie es gelingt, sie mit alternativer Wirtschaftspolitik in den Staaten und den regionalen Wirtschaftsblöcken zu verbinden. (Vgl. Altvater/Sekler (Hrsg.) 2006: 8, 10ff.)

Die Entwicklung einer solidarischen Ökonomie stößt auf zunehmendes öffentliches Interesse. Sie beruht aber auch teilweise auf Illusionen über ihre zukünftige gesellschaftliche Rolle, wenn sie eingeengt und nicht ausreichend mit der Genossenschaftsbewegung, darunter den Produktivgenossenschaften als wichtigster Bestandteil, verbunden wird. Auch die Auswertung der Erfahrungen der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) und der Produktionsgenossenschaften des Handwerks (PGH) in der DDR und anderen realsozialistischen Ländern sollte dazu beitragen, das transformatorische Potenzial von Genossenschaften und anderen Projekten der Selbsthilfe und Selbstorganisation für eine sozialistische Transformation zu nutzen.

heim eine Studie »Sechs Thesen zur Diskussion über Solidarische Ökonomie« vorgelegt. Im Rahmen des Praxis-Konzepts im Zentrum gesellschaftskritischer Wissenschaft hat Horst Müller Vorstellungen für eine »Sozialwirtschaft als Systemalternative« zur Kapitalwirtschaft entwickelt (Müller [Hrsg.] 2005: 254ff.).

Die ständige Auswertung und öffentliche Diskussion von Erfahrungen solcher Einstiegsprojekte, ihre Offenheit für Korrekturen und Neuentwicklungen, müsste hier besonders beachtet und gesichert werden. Einen Beitrag dazu leistete der Kongress »Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus«, der Ende November 2006 in Berlin stattfand.

5. Die *Veränderung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse durch politische und soziale Bewegungen und Aktionen*, die von Menschen getragen werden, die sich zunehmend selbstbestimmt und solidarisch den neoliberalen Entwicklungstrends entgegenstellen und sich für zukunftsfähige Alternativen einsetzen.⁴⁰ Vor allem im Kampf gegen die neoliberale Globalisierung und die von ihr abgeleiteten Sachzwänge, durch die gesammelten Erfahrungen und gewonnenen Erkenntnisse sowie eine verstärkte politische und ökonomische Bildung und Aufklärung über die Grundzusammenhänge des gegenwärtigen Finanzmarkt-Kapitalismus können die sich für sozialistische Alternativen einsetzenden Akteure in Ihrem Selbstbewusstsein gestärkt und auch neue Akteure gewonnen werden.

Eine Bewegung für eine sozialistische Alternative muss die Veränderungen in der Breite, Vielfalt und sozialen Struktur der möglichen Träger sozialistischer Reformpolitik und Veränderungen im Inhalt und in der Qualität der Erwerbsarbeit, speziell im Typ der abhängig Beschäftigten, aufgreifen. Für die TeilnehmerInnen am gesellschaftlichen Arbeitsprozess sind charakteristisch, einerseits die stärkere Entfaltung von Subjektivität, Individualität und autonomem Handeln, andererseits die Ausweitung von Arbeitslosigkeit, vor allem Langzeitarbeitslosigkeit, und prekären Arbeitsverhältnissen, die Zunahme des ökonomischen Drucks auf die abhängig Beschäftigten, der sozialen Unsicherheit und der Zukunftsangst. Diese erfasst zunehmend die Mittelschichten, Selbständige und auch kleine und mittlere Unternehmer. Die Segregation von Bevölkerungsgruppen – größere Anteile der Langzeitarbeitslosen, der prekär Beschäftigten, vieler Migranten aus Osteuropa und Ländern der Dritten Welt – die mit ihren Familien an oder unter der Armutsgrenze leben (»Prekariat«), hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Um ein Mindestmaß an Sicherheit insbesondere für die Zeit nach der Erwerbstätigkeit zu erreichen, fühlen sich zunehmend mehr Menschen gezwungen, einen Teil ihres Einkommens in Geldanlagen und Vermögenstitel zu verwandeln. Hieraus ergeben sich, auch bei einem Teil der abhängig Beschäftigten, Auswirkungen auf die Interessen und das Bewusstsein – die Si-

⁴⁰ Vgl. hierzu: Klein (Hrsg.) 2003: 276ff.

cherheit von Vermögensanlagen und der davon abgeleiteten Einkommen spielt eine größere Rolle –, die von einer linken, alternativen Politik beachtet werden müssen.

Im Folgenden sollen einige grundlegende ökonomische Bedingungen für die Verwirklichung der Ziele und Werte des Demokratischen Sozialismus sowie einige Aspekte seiner Funktionsweise erörtert werden.

Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse

Die bisherige Geschichte liefert den überzeugenden Beweis, dass Eigentumsfragen Fragen der ökonomischen und politischen Macht und der Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft sind. (Vgl. Programm der PDS 2003: 4.) Das gilt in doppelter Hinsicht. *Zum einen* bestimmen Inhalt und Struktur der Eigentumsverhältnisse den Charakter der ökonomischen und politischen Macht sowie die Interessen, die der Produktion und Reproduktion zugrunde liegen, als Prozess der Auseinandersetzung der Menschen mit der Natur und der Aneignung der Produktionsbedingungen und der Ergebnisse der Produktion. Soll der Charakter der kapitalistischen Produktion als Aneignung von Mehrwert durch die Ausbeutung der Arbeitskraft durch den Kapitaleigentümer und die gesellschaftliche Dominanz des Profitprinzips, die Unterordnung der gesellschaftlichen Beziehungen unter die Erfordernisse maximaler Kapitalverwertung, überwunden werden, so sind tiefgreifende Veränderungen in den vorherrschenden kapitalistischen Eigentumsverhältnissen und -strukturen zwingend erforderlich. »Die Eigentumsfrage als eine Grundfrage sozialistischer Bewegung ist für uns vor allem eine Frage der realen Verfügung über wirtschaftliche Machtressourcen, bei deren Regulierung Rechtstitel eine wesentliche Rolle spielen.« (ebd.: 4) *Zum anderen* können solche Eingriffe in die bestehenden Eigentumsstrukturen nur durch Veränderungen in den politischen Kräfteverhältnissen zugunsten eines breiten antineoliberalen Bündnisses, durch starke Gegenmächte erreicht werden.

Über eine sozialistische Eigentumspolitik gibt es in der Linken Auseinandersetzungen, die schon eine lange Tradition haben. Sie betreffen u.a. folgende Fragen: Welche Rolle kommt jeweils Veränderungen in den Eigentumsformen und Veränderungen in der realen Verfügung über das Eigentum für eine sozialistische Transformation zu? Inwieweit bzw. in welchem Ausmaß ist der Sozialismus mit der weiteren Existenz von Privateigentum an den Produktionsmitteln vereinbar? Welche Rolle werden auf privater Grundlage produzierende kleine und mittlere Unternehmer spielen? Welche Bedeutung kommt dem staatli-

chen Eigentum und anderen Formen des gesamtgesellschaftlichen Eigentums zu? Welche Rolle spielt das genossenschaftliche Eigentum? In welchen Bereichen sollte es besonders gefördert werden? Wie soll die Umwandlung des kapitalistischen Eigentums in sozialistisches Eigentum erfolgen? Welche Rolle werden dabei Enteignung – entschädigungslos und (oder) gegen Entschädigung – und die Umwandlung des Inhalts kapitalistischer Aktiengesellschaften bei Beibehaltung ihrer Form spielen? Welche Rolle kann die kollektive Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand bei der Umwandlung kapitalistischen Eigentums spielen? Welche Möglichkeiten bestehen, um bei den global agierenden Großkonzernen Veränderungen in den Eigentumsverhältnissen zu erreichen?

Auf diese und andere Fragen wird es keine einfachen, generell für alle Länder bzw. Ländergruppen und für alle Zeiten gültigen Antworten geben. Ihre weitere Klärung verlangt vor allem, die Rolle und die Funktionen des Eigentums bei der Herausbildung einer sozialistischen Gesellschaft und die unterschiedlichen Typen kapitalistischen Eigentums differenzierter zu untersuchen und zu bewerten. Hierbei sollten insbesondere folgende Kriterien beachtet werden:

1. Die Veränderungen in den Eigentumsformen und -strukturen müssen die *Bedingungen schaffen, um die Grundeigenschaften der gegenwärtigen kapitalistischen Produktionsweise als einer Gesellschaft, die auf der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beruht und in der alle Bereiche des Lebens und der Arbeit zunehmend der höchstmöglichen Kapitalverwertung unterworfen werden, zu überwinden.* »Was das Proletariat zu tun hat, ist den gegenwärtigen kapitalistischen Charakter dieser organisierten Arbeit und dieser zentralisierten Arbeitsmittel umzuwandeln, sie aus Werkzeugen der Klassenherrschaft und der Klassenausbeutung in Formen der assoziierten Arbeit und in gesellschaftliche Produktionsmittel umzuwandeln.« (MEW Bd. 17: 551) Die Überwindung des Kapitalismus als einer auf Ausbeutung beruhenden Gesellschaft erfordert, dass die Vorherrschaft des kapitalistischen Eigentums beseitigt wird. Das kann m.E. nicht in einer quantitativen Anteilsgröße des Gemeineigentums, z.B. über 50%, ausgedrückt werden. Es gilt vor allem die Rolle des Großkapitals einzuschränken, während kleine und mittlere kapitalistische Unternehmen in einer sozialistischen Gesellschaft auch langfristig eine Perspektive haben sollten. Durch die Veränderung der ökonomischen und politischen Machtverhältnisse und durch Ausbau der Wirtschaftsdemokratie kann der Einfluss der Produzenten auf die Entwicklung der Unternehmen, auch auf die dann vorhandenen Privatunternehmen, erhöht werden.

2. Es gibt nicht eine bestimmte Eigentumsform, die für alle Bereiche und alle Aufgaben als die geeignetste angesehen werden kann. Vielmehr sollten die jeweils besonders zu fördernden Eigentumsformen bzw. der anzustrebenden Mix unterschiedlicher Eigentumsformen von der Erfüllung wichtiger Kriterien abhängen. Sie sollten vor allem geeignet sein, den Anforderungen an effiziente und sparsamste Verwendung von Ressourcen, an die Erfüllung ökologischer Erfordernisse, an die Schaffung und Entwicklung von Arbeitsplätzen, die der Entfaltung der Potenziale der lebendigen Arbeit dienen, und an die demokratische Mitbestimmung gerecht zu werden. Daraus folgt die Forderung nach einer Pluralität der Eigentumsformen im Sozialismus und nach beträchtlichen Differenzierungen der Eigentumsstrukturen in den verschiedenen Bereichen der Wirtschaft und des gesellschaftlichen Lebens.
3. Das Gemeineigentum bzw. das öffentliche Eigentum muss so erweitert und gestärkt werden, dass es *eine ausreichende ökonomische Basis bildet für eine gesellschaftliche Regulierung ökonomischer Grundprozesse und für die Stärkung der öffentlichen demokratischen Kontrolle*. Im Vordergrund einer solchen Regulierung und Kontrolle müssten stehen:
 - die Eindämmung und letztlich auch Beseitigung ökologisch zerstörerischer Produktionen sowie Schritte zu einer ökologisch nachhaltigen Entwicklung,
 - die Herausbildung einer Vollbeschäftigung neuer Art und eines neuen Normalarbeitsverhältnisses, die den Veränderungen der Produktivkräfte, den Erfordernissen emanzipativer, selbstbestimmter Arbeit und der Rolle der lebendigen Arbeit im Produktions- und Reproduktionsprozess gerecht werden,
 - eine zukunftsfähige Gestaltung der sozialen Sicherungssysteme,
 - die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe.

Das bedeutet nicht in erster Linie, den Anteil öffentlichen Eigentums insgesamt zu erhöhen, sondern vielmehr die Vergesellschaftung des Eigentums an den Produktionsmitteln vor allem auf die Schlüsselbereiche der Wirtschaft zu konzentrieren, auf solche Bereiche, die für die Wirksamkeit der gesellschaftlicher Regulierung und Kontrolle bestimmend sind: Finanz- und Kreditwesen (Großbanken und finanzielle Institutionen mit erheblichem Einfluss), Telekommunikation, Medien wie Fernsehen und Rundfunk, Schienenverkehr und Nahverkehr, Energieübertragungsnetze.

Eine bisher noch offene Problematik von großer gesellschaftlicher Tragweite besteht darin, wie die Vergesellschaftung der global players, die ihren Hauptsitz in einem Land, aber Unternehmen und Niederlassungen in der ganzen Welt haben, und überhaupt der Großkonzerne erreicht werden kann.

Hier gilt in besonderem Grade, dass die konkreten Vorstellungen in der Auswertung differenzierter Erfahrungen in einem ständigen Lern-, Such- und Diskussionsprozess entstehen müssen.

Im Dritten Band des Kapital behandelt Marx Probleme der Aktiengesellschaften, natürlich unter den völlig anderen Bedingungen des 19. Jahrhunderts: »Die kapitalistischen Aktienunternehmen sind ebenso sehr wie die Kooperativfabriken als Übergangsformen aus der kapitalistischen Produktionsweise in die assoziierte zu betrachten, nur dass in den einen der Gegensatz negativ und in den anderen positiv aufgehoben ist.« (MEW Bd. 25: 456) Gegenwärtig scheint die Diskussion über die verschiedenen Formen der Vermögensbeteiligung der abhängig Beschäftigten und über ihre Beteiligung an den Gewinnen wieder aufzuleben (siehe insbesondere die Diskussion über einen Investivlohn). Sie wird ausgehend von den unterschiedlichen Interessen sehr kontrovers geführt.

Für eine sozialistische Linke sollte dabei unverzichtbar sein, dass ein solcher Investivlohn nicht dazu führen darf, dass ein Teil der Tariflohnerhöhungen zur Finanzierung von Unternehmensinvestitionen verwendet wird; dass zuvor Mindestlöhne eingeführt sein müssen; dass er nicht dazu genutzt werden darf, die Unternehmensrisiken auf die abhängig Beschäftigten zu verlagern; und dass er zur Erweiterung der Mitbestimmung führt. In der weiteren Diskussion sollten die Erfahrungen anderer Länder, insbesondere Schwedens, mit einer Vermögensbeteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausgewertet werden (vgl. zu den differenzierten Erfahrungen auf diesem Gebiet, Sjöberg 2006: 311ff.).

Die direkte Veränderung der Eigentumsformen und der realen Verfügungsmacht über das Eigentum sind in allen Entwicklungsphasen des Kapitalismus und der Transformation in eine sozialistische Gesellschaft eng miteinander verflochten. Dabei können sich die Schwerpunkte in Abhängigkeit von den objektiven Bedingungen und Möglichkeiten auf die eine oder andere Seite verlagern, ohne dass die Einheit beider Prozesse vernachlässigt werden darf.

In den bisherigen Diskussionen ging es oft darum, welcher der beiden Prozesse für die Lösung der Eigentumsfrage wichtiger sei. Eine Gegenüberstellung dieser Prozesse führt jedoch in eine Sackgasse. Es geht nicht um eine Alternative zwischen Veränderung der Eigentumsform oder der Verfügungsmacht, sondern darum, dass die Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse nur erfolgreich verlaufen kann, wenn beide Aufgaben gleichzeitig durchgeführt werden und sich gegenseitig durchdringen. Eine konsequente Veränderung der Verfügung über das Eigentum in Richtung gesellschaftlicher Ver-

fügung im Interesse der Bevölkerungsmehrheit kann nur auf Grundlage einer Veränderung der Eigentumsstrukturen durchgesetzt werden. Eine Veränderung der Eigentumsstrukturen erhält wiederum ihren eigentlichen Sinn nur dann, wenn die neuen Eigentumsformen sich auch in weitreichenden Änderungen in der realen Verfügung über das Eigentum realisieren.

Veränderungen in der Verfügungsmacht zugunsten gesellschaftlicher Erfordernisse und der Interessen der Bevölkerungsmehrheit müssen sich stets in konkreten Prozessen widerspiegeln: umfassende Stärkung der Wirtschaftsdemokratie auf allen Ebenen (vom Arbeitsplatz, über die Betriebe, Unternehmen und Regionen bis zur ganzen Volkswirtschaft); Veränderungen im Inhalt und in der Qualität der gesellschaftlichen Arbeit, die den neuen Möglichkeiten der modernen Produktivkräfte entsprechen; Veränderungen der Verteilungsverhältnisse zugunsten der Lohneinkommen und der Sozialleistungen; Verbesserung der finanziellen Bedingungen der öffentlichen Haushalte durch eine gerechte und den gesellschaftlichen Aufgaben entsprechende Steuergesetzgebung und -politik; Strukturpolitik zur Lösung gesellschaftlicher Probleme und zur Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe; Durchsetzung ökologischer Erfordernisse in der Energiepolitik und bei der Entwicklung des öffentlichen Verkehrs u.a.

Für die Herausbildung und Entwicklung eines demokratischen Sozialismus ist es entscheidend, ob und wie es gelingt, die Vergesellschaftung und innere demokratische Ausgestaltung der Produktion und der Aneignung so vorzunehmen, und die demokratische Mitbestimmung in den öffentlichen Unternehmen so zu entwickeln, dass sie tatsächlich *volkseigene* Betriebe sind und auch als solche von der Bevölkerung und den in ihnen Arbeitenden angesehen werden.

- Die zuverlässige Erfüllung der Aufgaben der Daseinsvorsorge setzt auch in den kapitalistischen Staaten voraus, dass in diesen Bereichen das Gemeineigentum in seinen verschiedenen Formen, insbesondere als öffentliche Eigentum, erhalten – d.h. die weitere Privatisierung öffentlicher Unternehmen grundsätzlich verhindert wird – und weiter ausgebaut wird: *Das Gemeineigentum bildet in der Daseinsvorsorge eine unverzichtbare Bedingung, damit diese ihre Funktionen für die Bevölkerung unter Berücksichtigung sozialer (gesicherter Zugang für alle zu den Grundbedingungen des Lebens unabhängig von der Höhe ihrer Einkommen), beschäftigungspolitischer und ökologischer (verhindern, dass Kosten durch unökologische Verhaltensweisen gesenkt werden) Erfordernisse erfüllen kann.* Das erfolgt jedoch nicht automatisch, gewissermaßen im Selbstlauf bei Vorhandensein von öffentlichem Eigentum oder anderer Eigentumsformen gemeinwirtschaftlicher Unterneh-

men (Eigentum von Gewerkschaften, Stiftungen, Kirchen, Parteien und Verbänden).

Die vorliegenden Erfahrungen mit öffentlichem Eigentum weisen eindringlich darauf hin, dass größere Anstrengungen erforderlich sind, damit das Potenzial dieser Eigentumsform gerade in den Bereichen der Daseinsvorsorge besser für qualitativ gute Leistungen und eine hohe Effizienz wirksam wird. Dazu ist eine stärkere demokratische Kontrolle und Einflussnahme der Öffentlichkeit, insbesondere der jeweils Beschäftigten, der Verbraucher und regionalen Gebietskörperschaften unverzichtbar. Von der Art der Verfügung über dieses Eigentum ist es auch weitgehend abhängig, ob das öffentliche Eigentum und die anderen gemeinwirtschaftlichen Unternehmen in der Daseinsvorsorge von den Menschen als die für sie vorteilhaften und auch zukunftsorientierten Eigentumsformen akzeptiert werden.

- Genossenschaftliches Eigentum wird im Sozialismus als eine Eigentumsform, in der die Interessen der Mitglieder direkt mit den Erfordernissen einer effizienten, bedarfs- und qualitätsgerechten Produktion übereinstimmen und besonders günstige Bedingungen für die demokratische Mitbestimmung bestehen, eine wesentliche Rolle spielen. Sie können schon im Kapitalismus eine relativ starke Verbreitung in der Landwirtschaft, im Handwerk, im Wohnungsbau, in der Warenzirkulation (Konsumgenossenschaften, Bezugs- und Liefergenossenschaften) oder im Kreditwesen erhalten. Ihre Tätigkeit ist im Kapitalismus nicht unbeeinflusst von der Dominanz des kapitalistischen Eigentums. Genossenschaften erfüllen eine wichtige, bestimmende Funktion bei der Entwicklung einer solidarischen Ökonomie.
- Die Wirtschaft wird im Sozialismus ihre Aufgaben zur Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen und zur Sicherung einer ökologisch nachhaltigen Entwicklung nur erfüllen können, wenn es gelingt, *gesamtwirtschaftliche Rationalität mit einer hohen Effizienz der Wirtschaftseinheiten (betriebswirtschaftliche Effizienz) zu verknüpfen.*

Unter gesamtwirtschaftlicher Rationalität wird hier insbesondere verstanden, dass das für den gegenwärtigen Kapitalismus charakteristische Brachliegen großer Potenziale von gesellschaftlicher Arbeit, von Produktionskapazitäten und finanziellen Ressourcen, die für spekulative Zwecke eingesetzt werden, durch ihre sinnvolle Einbeziehung in den gesellschaftlichen Reproduktionsprozess überwunden wird, und dass die verfügbaren Potenziale in hohem Grade auf die Durchführung ökologisch, sozial und ökonomisch sinnvoller Strukturaufgaben, die nicht immer unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten rentabel sein können, konzentriert werden können. Dadurch kann ein weit höherer gesellschaftlicher Nutzen erreicht werden,

als es bei einer Marktregulierung und über den Konkurrenzmechanismus möglich ist. Allein die Einbeziehung der brachliegenden Ressourcen in den gesellschaftlichen Reproduktionsprozess reicht natürlich nicht aus.

In den realsozialistischen Ländern führte der Einsatz eines beträchtlichen Potenzials an Arbeitsvermögen sowie an materiellen und finanziellen Ressourcen für nicht notwendige und teilweise gegen das Wesen eines demokratischen Sozialismus gerichtete Prozesse, Erscheinungen einer übermäßigen Zentralisierung von Entscheidungen und Leitungsaufgaben, Doppelarbeiten zwischen Partei- und Staatsorganen, Bürokratie und ein übermäßiges Sicherheits- und Überwachungssystem, neben schwerwiegenden Verletzungen von persönlichen Freiheitsrechten, zu größeren volkswirtschaftlichen Verlusten.

Die Verbindung gesamtwirtschaftlicher und (betriebs-)einzelwirtschaftlicher Effektivität erfordert eine solche konkrete Ausgestaltung aller Formen des Gemeineigentums, dass die Leiter und die Beschäftigten an Innovationen, der Verbesserung der Qualität, einer sparsamen Verwendung aller Ressourcen, d.h. insgesamt an einer effizienten Gestaltung des gesamten Reproduktionsprozesses interessiert sind. Zwingend erforderlich ist auch, solche ökonomischen Rahmenbedingungen zu schaffen und die Rechte der Betriebe so auszugestalten, dass es diesen in Gemeineigentum befindlichen Wirtschaftseinheiten tatsächlich ermöglicht und sie zugleich motiviert, Vorstellungen und Vorschläge umzusetzen, die nicht nur für den Einzelnen und für den Betrieb, sondern auch für die Gesellschaft nützlich sind. Auch hier wird ein ständiger Such- und Lernprozess entscheidend sein, um die jeweils zweckmäßigsten Schritte und konkreten Formen der Entwicklung und Ausgestaltung des Gemeineigentums zu bestimmen. Dazu gehört auch immer der weitere Ausbau der Produzentendemokratie, der Einflussmöglichkeiten der Bevölkerung in den Regionen und der Verbraucher bzw. Betroffenen auf die Entwicklung der Produktionsstrukturen.

Natürlich werden all diese Probleme auch bei einem demokratischen Such- und Lernprozess nicht glatt und widerspruchlos gelöst werden. Die Erfahrungen der realsozialistischen Länder mit dem staatlichen Eigentum haben die Widersprüche und Probleme und die damit verbundenen Herausforderungen deutlich gemacht, die im Prozess einer realen Demokratisierung der Verfügung über das Eigentum vor einer sozialistischen Gesellschaft stehen. Entscheidungen zur Verwendung der begrenzten Ressourcen müssen stets unterschiedliche, miteinander konkurrierende Interessen berücksichtigen. Diese Entscheidungen können nur durch einen differenzierten, sorgfältigen Interessenausgleich und ausgewogene Kompromisse immer wieder neu so

getroffen werden, dass sie auch allgemein oder mehrheitlich akzeptiert werden.⁴¹

Zu den kompliziertesten Aufgaben gehört die Verteilung der Ressourcen auf die verschiedenen Bereiche des gesellschaftlichen Lebens: (1) die Einkommen, (2) die gesellschaftlichen Fonds für Bildungs- und kulturell-soziale Aufgaben einschließlich der Subventionierung von Leistungen und Gütern (Preissubventionen) für die Bevölkerung und (3) die produktiven Investitionen und Wissenschaft und Forschung.

Da die Gesamtbedürfnisse dieser drei Bereiche in der Tendenz höher sind als die jeweils verfügbaren Ressourcen, wird es einen widerspruchsvollen Prozess zum optimalen Ausgleich dieser Spannungsverhältnisse geben. Hier muss, wie die Erfahrungen in den staatssozialistischen Ländern zeigen, mehreren Gefahren begegnet werden.

Erstens besteht die Gefahr, Entscheidungen bei der Allokation der Ressourcen zu treffen, die die Probleme auf die Zukunft verschieben, d.h. dann meist auf Kosten der Investitionen.

Zweitens existiert die Versuchung, eine Entspannung beim Einsatz der Ressourcen dadurch zu erreichen, dass die verfügbaren Ressourcen für das Inland durch eine übermäßige Ausweitung der Außenverschuldung erreicht werden. Für eine bestimmte Zeit kann dies zur gewünschten Entspannung beitragen. Dabei muss aber von vornherein darauf geachtet werden, dass keine »Überdehnung« bei der Kreditaufnahme eintritt, bei der die negativen Folgen weit größer sein können als die positiven Effekte. Hier ist nicht eine sinnvolle Finanzierung von Aufgaben durch Kredite gemeint, sondern eine Verschuldung gegenüber dem Ausland, die zu problematischen Abhängigkeitsverhältnissen führt und den Spielraum für wirtschaftspolitische Entscheidungen stark einschränkt.

Drittens sollte bei den Mitteln des Haushalts, die zur Finanzierung gesellschaftlicher Fonds eingesetzt werden, streng unterschieden werden zwischen den Mitteln, die direkt für die Bereiche Bildung, Gesundheit, Wissenschaft, Kultur verwendet werden, und den Mitteln zur Subvention von Konsumausgaben (Subventionen für Konsumgüterpreise und für Dienstleistungstarife). In der DDR wirkte sich der hohe in der letzten Zeit rasch steigende Anteil der Preissubventionen negativ auf die gesellschaftliche Entwicklung aus.

⁴¹ Zur Problematik der unterschiedlichen ökonomischen Interessen (Volkswirtschaft, Betrieb, Produzent, Konsument), der relativen Eigenständigkeit dieser Interessen und den Möglichkeiten ihrer Verbindung sowie zu den unter diesen Aspekten vorhandenen Defiziten des jugoslawischen Modells vgl. Nick 2003: 92ff.

Staatliche Preissubventionen für Konsumgüter sollten nur als Ausnahme und nicht als normales Instrument der Konsumsteuerung angewandt werden. Sie sollten grundsätzlich auf solche Dienstleistungen wie Tarife für den öffentlichen Nahverkehr, für Energie sowie für Mieten unter festzulegenden sozialen Kriterien begrenzt bleiben.

- Die *Bedingungen der wirtschaftlichen Tätigkeit sind in den verschiedenen Bereichen der Wirtschaft und in Abhängigkeit von der Größe der Unternehmen unterschiedlich*. Dies müsste im Diskurs über die konkrete Ausgestaltung der Eigentumsverhältnisse im Sozialismus stärker beachtet werden. Eine Konsequenz hieraus, die auch mit den Erfahrungen des Realsozialismus übereinstimmt, besteht darin, die notwendige Pluralität der Eigentumsverhältnisse in den verschiedenen Entwicklungsstufen – nicht nur während des sozialistischen Transformationsprozesses – zu gewährleisten. Hierzu gehören öffentliche Unternehmen in verschiedenen Eigentumsformen – staatliche, Landes- und kommunale Unternehmen –, genossenschaftliche Unternehmen, private Unternehmen – kleine und mittlere private Unternehmen und Selbständige – sowie vielfältige Mischformen zwischen öffentlichen und privaten Unternehmen. Unter dem letzten Aspekt sollten die Diskussion darüber weiter geführt werden, inwieweit und auf welchen Gebieten die Sicherung der Daseinsvorsorge allein durch die direkte Wahrnehmung dieser Aufgabe durch öffentliche Unternehmen erfolgen sollte bzw. ob dies auch in bestimmten Bereichen ergänzend, über verbindliche Aufträge der öffentlichen Hand, durch andere gemeinwirtschaftliche oder auch private Unternehmen gewährleistet werden kann.

Fazit: Kriterien einer sozialistischen Eigentumspolitik sollten vor allem sein: Wie gelingt es unter den unterschiedlichen Bedingungen am besten, die Entfremdung in der Arbeit aufzuheben und die demokratische Mitbestimmung zu sichern, die Triebkräfte für Innovationen und Effizienz zu entfalten, und dies mit der Beachtung und Durchsetzung ökologischer, sozialer und beschäftigungspolitischer Erfordernisse zu verbinden?

Herausbildung einer anderen Produktions- und Lebensweise

Bei der Analyse der Defizite des Realsozialismus wurde schon erwähnt, dass die ökonomische Entwicklung weitgehend als nachholende Modernisierung erfolgte, die sich in den angestrebten Produktions- und Konsumtionsmustern kaum von denen der kapitalistischen Länder unterschied. Die Herausbildung eines neuen, sich vom Kapitalismus wesentlich unterscheidenden Produktions-

und Reproduktionstyps und Pfades der ökologisch und sozial nachhaltigen Entwicklung sowie eines damit übereinstimmenden neuen Wachstumstyps spielen in der politischen Ökonomie des Sozialismus nur eine untergeordnete Rolle. In der praktizierten Wirtschaftspolitik war davon noch weniger zu spüren.

Die Herausbildung einer zum Kapitalismus alternativen Produktions- und Lebensweise müsste davon ausgehen, dass Wirtschaft und Technologie im Sozialismus völlig anderen Zielen dienen als im Kapitalismus:

- nicht der höchstmöglichen Kapitalrendite, sondern der Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen; nicht der Unterordnung der lebendigen Arbeit unter das »tote« konstante Kapital, sondern der Nutzung der Technik für die Entfaltung und Verwirklichung der Anlagen und Fähigkeiten der Menschen;
- nicht der rücksichtslosen Ausplünderung der Natur zur Senkung der Kosten und aus kurzsichtigen Profitinteressen, sondern der Gestaltung von Beziehungen zwischen Mensch und Natur, die auf die Erhaltung der natürlichen Umwelt im Interesse zukünftiger Generationen gerichtet sind;
- nicht der Erweiterung des Konsums durch kommerzielle Werbung und Anpeitschen des Verbrauchs ständig neuer Gebrauchsgüter, die oft nur Scheinnovationen sind und keine echte Gebrauchswerterhöhung darstellen, sondern der Orientierung auf einen Konsum, der zu einer echten Erhöhung der Lebensqualität beiträgt.

Die Ausarbeitung und Diskussion von Vorstellungen für eine andere Produktions- und Lebensweise des demokratischen Sozialismus im 21. Jahrhundert verlangt, die tiefgreifenden Veränderungen in den Produktivkräften, der Beziehungen zwischen Mensch und Natur, der Bedürfnisentwicklung und der Konsumtion sowie der Beziehungen zwischen Industrieländern und der Dritten Welt zu analysieren und zu beachten.

Die Produktivkraftrevolution der letzten Jahrzehnte, die besonders von der Mikroelektronik ausgegangen ist, führt vor allem über die Automatisierung, die höhere Flexibilität und Vielfalt der Produktion, die neue Qualität der Informations- und Kommunikationssysteme, die Herausbildung international vernetzter Wertschöpfungsketten u.a. zu grundlegenden Veränderungen in der Arbeit und im Leben der Menschen. Diese betreffen die Produktions- und Arbeitsbedingungen, die Produktivitätsentwicklung und die verstärkte Freisetzung von Arbeitsplätzen, die Vielfalt der Produkte und die Verkürzung ihrer Innovationszyklen sowie die Konsum- und Lebensgewohnheiten. Sie sind auch eng verflochten mit den neuen Tendenzen einer stärkeren kapitalistischen Durchdringung aller internationalen Beziehungen, insbesondere der neuen, dominierenden Rolle der internationalen Finanzmärkte und der global players als bestimmende Merkmale des globalisierten Kapitalismus.

Die neuen materiellen Produktivkräfte – Arbeitsmittel, Technologien und Verfahren, Produktions- und Arbeitsorganisation – können in verschiedene Richtungen wirken. Sie wirken in hohem Grade zum Schaden von Mensch und Natur, wenn sie der maximalen Kapitalverwertung, vor allem dem Shareholder Value, untergeordnet werden. Sie können aber auch im Interesse der Menschen für eine neue Qualität selbstbestimmter, nicht entfremdeter Arbeit und eine höhere Lebensqualität genutzt werden sowie zur Erhaltung der natürlichen Umwelt beitragen.

Der Sozialismus besitzt hierfür notwendige objektiven Voraussetzungen, die aber im bisherigen Realsozialismus nicht oder nur sehr unvollständig praktisch umgesetzt wurden. In einer sozialistischen Gesellschaft stimmen die möglichen positiven Wirkungen dieser Tendenzen der Produktivkraftentwicklung mit dem Wesen und den Zielen dieser Gesellschaft überein, während sie im Kapitalismus nur so weit Realität werden können, wie sie gegen die privaten Kapitalinteressen in politischen und sozialen Auseinandersetzungen erzwungen werden. Weiterhin muss beachtet werden, dass die Nutzung der Chancen und positiven Effekte und die Vermeidung der Risiken und negativen Folgen nicht durch eine Selbstregulierung der Marktkräfte, sondern nur über ein langfristig orientiertes, planmäßiges Handeln, das eine aktive demokratische Mitwirkung der Menschen einschließt, zu erreichen ist.

Die für die Verwirklichung der Ziele und Werte eines demokratischen Sozialismus zweckmäßigsten Beziehungen zwischen einer verbindlichen staatlichen Planung und einer Selbstbestimmung ergeben sich nicht von allein. Sie sind auch nicht unveränderlich. Sie müssen immer wieder neu, in einem komplizierten, widerspruchsvollen Prozess bestimmt werden und offen für die Aufnahme neuer Erfahrungen und Erkenntnisse sein.

Für die Entwicklung einer dem Sozialismus des 21. Jahrhunderts adäquaten Produktions- und Lebensweise sind folgende Anforderungen besonders wichtig:

- 1. Nutzung der neuen Möglichkeiten der Produktivkräfte – höhere Flexibilität, bessere Bedingungen zur Verlagerung der Verantwortung nach unten, zunehmende Bedeutung der Qualifikation, Selbständigkeit und Zuverlässigkeit der Beschäftigten für die Produktionsergebnisse u.a. – für eine neue Qualität der gesellschaftlichen Arbeit.* Im Vordergrund stehen dabei: die Überwindung der Entfremdung der Arbeit, die Stärkung von Emanzipation, Selbstbestimmung und freier Entfaltung der Kräfte in der Arbeit sowie der demokratischen Mitgestaltung der Arbeitsbedingungen, mehr individuelle Zeitsouveränität und Lebensstile, eine ständige Verkürzung der Arbeitszeit entsprechend den gesellschaftlichen Möglichkeiten, eine enge Verbindung

von Arbeit, Bildung und Qualifizierung sowie von Erwerbsarbeit, Reproduktionsarbeit, Eigenarbeit und ehrenamtlicher Tätigkeit (vgl. hierzu auch: RLS [Hrsg.] 2000: 171ff.; Peters/Schmitthenner [Hrsg.] 2003: 30ff.) Eine solche Entwicklung würde auch die Beziehungen zwischen Arbeit und Leben außerhalb der Arbeit sowie zwischen notwendiger und Mehrarbeit wesentlich verändern. Die Beziehungen zwischen der Arbeit als Last und Mühsal auf der einen und als Entfaltung der schöpferischen Kräfte und Fähigkeiten auf der anderen Seite müsste sich grundlegend zugunsten der letzteren verschieben. In Übereinstimmung mit diesen Erfordernissen muss sich die technologische Produktionsweise im Sozialismus von der des Kapitalismus u. a. in folgender Hinsicht unterscheiden: besondere Förderung technologischer Innovationen im Interesse der Menschen, der Qualität und Kreativität ihrer Arbeit, Gestaltung der Produktions- und Arbeitsorganisation sowie der Zeitregimes in Übereinstimmung mit den unterschiedlichen individuellen Interessen der Menschen, zur Förderung ihrer Fähigkeiten und Selbsttätigkeit sowie zur Weiterentwicklung der Beziehungen zwischen Erwerbsarbeit und anderen Tätigkeiten.

2. *Realisierung eines neuen Typs sozial und ökologisch nachhaltiger Entwicklung.* Dieser beruht einerseits auf der Überwindung der Massenarbeitslosigkeit, einem neuen Typ gesellschaftlich notwendiger und nützlicher Arbeit, der allen die Teilnahme an der gesellschaftlichen Arbeit ermöglicht, sowie einer den gesellschaftlichen Standards entsprechenden bedarfsorientierten sozialen Grundsicherung. Andererseits setzt er den Übergang auf einen neuen Entwicklungspfad ökologischer Nachhaltigkeit voraus, der den ökologischen Umbau der Wirtschaft und der Gesellschaft und eine neue Qualität ökonomischer Entwicklung in Übereinstimmung mit der natürlichen Umwelt verlangt.

Die gesellschaftliche Dominanz des Profitprinzips und die sich weiter zuspitzenden Widersprüche und Krisenerscheinungen des Kapitalismus verhindern in der kapitalistischen Welt einen konsequenten Übergang zur ökologischen Nachhaltigkeit. Infolge der immer offensichtlicheren Zuspitzung der Umweltprobleme und durch den Druck gesellschaftlicher Kräfte kann jedoch erreicht werden, dass im Rahmen des Kapitalismus bestimmte Schritte in Richtung ökologisch nachhaltiger Entwicklung gegangen werden. Hier- von ist auch abhängig, auf welche Ergebnisse der Sozialismus aufbauen kann, und welche weiteren Veränderungen in der wirtschaftlichen Entwicklung notwendig sind. Da die Dringlichkeit einer Weichenstellung zu diesem neuen Pfad besonders hoch ist, kommen in einem sozialistischen Transformationsprojekt Veränderungen auf diesem Gebiet, die auch als Einstiegsprojekte

in diesen neuen Typ ökonomischer, sozialer und ökologischer Entwicklung angesehen werden können, eine hohe Priorität zu.

Der neue Pfad einer ökologisch nachhaltigen Entwicklung setzt tiefgreifende Wandlungen in der Produktion und Reproduktion, in der Struktur und Qualität der Ergebnisse und auch hinsichtlich seiner Bedingungen und Grundlagen voraus. Er muss vor allem auf der effizienteren Nutzung der natürlichen Ressourcen beruhen. Diese gewinnt im Vergleich zur Einsparung an lebendiger Arbeit durch Produktivitätssteigerung ein größeres Gewicht. Die bisherige Tendenz einer gegenläufigen Entwicklung von lebendiger und vergegenständlichter Arbeit – ständige Einsparung und Freisetzung von Arbeit auf der einen und steigender Einsatz von Rohstoffen und Energie auf der anderen Seite – muss umgekehrt werden. Damit gilt es, die Umweltbelastungen der Produktion zu senken. Wesentliche Elemente einer ökologisch nachhaltigen Entwicklung und der damit verbundenen Veränderungen im Stoffwechselprozess zwischen Mensch und Natur sind neben der beträchtlichen, kontinuierlichen Steigerung der Ressourceneffizienz und der absoluten Senkung des Energie- und Rohstoffverbrauchs die Veränderung der Energie- und Rohstoffstruktur zugunsten nachwachsender, regenerativer Energien und Rohstoffe.

Wenn in Russland zur Zeit Lenins die Elektrifizierung die wichtigste Aufgabe zur Entwicklung der materiell-technischen Basis des Sozialismus war, so muss die *solare Energie* – Windkraftwerke, Solarkollektoren, Solarzellen, Biomasse – die energetische Basis für den Sozialismus im 21. Jahrhundert sein. Hier sind natürlich schon im Kapitalismus größere Schritte möglich und notwendig.

Von zunehmender Bedeutung für eine ökologische Nachhaltigkeit wird auch das verstärkte Recyceln sein, die Rückführung von Produktionsabfällen sowie von Arbeitsmitteln und Konsumgütern, die ihre Lebensdauer beendet haben, in die Kreisläufe der Reproduktion. Dabei kommt der Entwicklung und Anwendung von Technologien und Verfahren für stoffwirtschaftlich geschlossene Kreisläufe, in denen keine oder nur minimale Abfälle entstehen, eine Schlüsselstellung zu.

Aus diesen Zusammenhängen ergeben sich auch Konsequenzen für die Bestimmung des ökonomischen Wachstums in einer sozialistischen Gesellschaft. Weder der neoliberale noch der »sozialistische« Wachstumsglaube, die Annahme, dass ein hohes Wirtschaftswachstum als solches für die Lösung der gesellschaftlichen Probleme entscheidend sei, und dass ein Wirtschaftswachstum endlos erfolgen könne, können Grundlage für die Entwicklung der ökonomischen Grundlagen des Sozialismus sein. Wachstum ist kein eigenstän-

diges Ziel der Wirtschaftstätigkeit der Menschen, sondern dient der Erfüllung sozialer und ökologischer Aufgaben. Es geht langfristig um einen neuen Typ der Wirtschaftsentwicklung, der in den Industrieländern ohne weiteres materiell-stoffliches Wachstum eine bessere Bedürfnisbefriedigung, eine höhere Lebensqualität und eine größere soziale Sicherheit ermöglicht. Der Übergang auf einen neuen Entwicklungspfad ökologisch und sozial nachhaltiger Entwicklung ist eine der größten Herausforderungen, vor denen die Menschheit steht. Er ist mit tiefgreifenden technologischen, ökonomisch-strukturellen, sozialen und Verhaltensänderungen verbunden. Hierfür ist eine längere Übergangszeit erforderlich. Die hier skizzierten Erfordernisse sind natürlich nur zutreffend für Länder, die schon ein relativ hohes ökonomisches Entwicklungsniveau erreicht haben. In Ländern der Dritten Welt mit beträchtlichen ökonomischen Rückständen wird noch über eine längere Periode ein beträchtliches Wachstum notwendig sein (vgl. zu den Problemen des Wirtschaftswachstums: Bischoff u.a. (Hrsg.) 2006: 14-91; Steinitz 2006: 5ff.) Forderungen nach einer ökologisch nachhaltigen Entwicklung und ihrer Verbindung mit sozialer Gerechtigkeit und Sicherheit werden nur dann in dem erforderlichen Ausmaß und Tempo zu realisieren sein, wenn es gelingt, eine neue Qualität und höhere Wirksamkeit von Wissenschaft und Technik und insgesamt der Innovationen zu erreichen. Die Beziehung zwischen Nachhaltigkeit und Innovationen ist deshalb so eng und intensiv, da hiervon faktisch alle Zusammenhänge zwischen der natürlichen Umwelt auf der einen und der wirtschaftlichen Tätigkeit und Lebensweise der Menschen auf der anderen Seite nicht nur betroffen, sondern wesentlich bestimmt werden.

3. *Herausbildung neuer Lebensweisen und Lebensstile:* »Nicht Rücknahme von Wohlstand, sondern Herausfinden einer *anderen Wohlfahrt*, in der neue Räume in der Persönlichkeitsentfaltung, mehr freie Zeit dafür und ein reicherer Sinn des Lebens wichtiger werden als die irre Jagd nach ständig steigendem materiellen Konsum.« (Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung 1997: 150) Die Fortführung bestimmter Konsumtendenzen in den Industrieländern – wie einer Wegwerfgesellschaft durch unsinnige Verkürzung der Lebensdauer vor allem bei Konsumgütern der Informationstechnik, Zunahme der individuellen Motorisierung, Erweiterung des Luxuskonsums – und ihre Ausdehnung auf die ganze Welt würde zwangsläufig zu einem Umweltkollaps führen. Diese Tendenzen geraten auch immer mehr in Widerspruch zu einer Produktion von Konsumgütern und Dienstleistungen, die eine sinnvolle Bedürfnisbefriedigung und eine bedürfnisreiche, vielfältige Konsumtion, die freie Entwicklung der Menschen, ihrer Anlagen und ihrer Beziehungen zueinander stimuliert.

Der Sozialismus steht vor der Aufgabe, die weiteren Innovationen bei der Entwicklung von Konsumgütern und die Zunahme der Freizeit zu nutzen, um die Lebensdauer der Konsumgüter zu verlängern und ihre Qualität zu erhöhen, Scheininnovationen und schädliche Entwicklungen sowie Extreme der Werbebranche einzudämmen und solche Bedürfnisse zu fördern, die für ein beziehungsreiches, abwechslungsvolles und interessantes Leben und eine sinnvolle Nutzung der zunehmenden Freizeit wichtig sind. Hiermit verbunden sind nachhaltige Veränderungen in der Struktur der Konsumtion zugunsten nichtmaterieller Leistungen der Bildung, Kultur, Gesundheit, des Sports, der Erholung und des Sozialwesens.

Die Produktions- und Lebensweise des Sozialismus des 21. Jahrhunderts wird durch weitere Erfordernisse charakterisiert, die sie vom Kapitalismus unterscheidet.

Die *Regionalisierung von Wirtschaftskreisläufen* sollte zu einer bestimmten Grundrichtung für die rationelle Gestaltung von Wirtschaftsstrukturen und Reproduktionsabläufen werden. Regionale Wirtschaftskreisläufe sind von besonderer Bedeutung für die Nutzung der Ressourcen an Arbeitsvermögen und auch für die Verwertung örtlicher Primär- und Sekundärrohstoffe. Sie wird durch den Übergang zur solaren Energiegewinnung, die auf einer Vielzahl kleinerer Energieanlagen beruht, gefördert.

Die Regionalisierung schafft günstige Bedingungen zur Einschränkung aufwendiger und die Umwelt belastender Transportwege und für die Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen sowie lokaler und alternativer Ökonomien, denen im Sozialismus eine wichtige Funktion und größere Anteile an der Wirtschaftsleistung als im Kapitalismus zukommen sollten. Hierdurch könnten auch die Bedingungen verbessert werden, um regionale Produktionscluster und Unternehmensnetzwerke herauszubilden.

Eine stärkere Regionalisierung der Wirtschaft schafft auch günstigere Bedingungen für die Wirtschaftsdemokratie, die Mitbestimmung der Bevölkerung über die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in den Territorien, in denen sie arbeiten und leben.

Zu einer sozialistischen Produktions- und Lebensweise gehört auch unbedingt eine *dynamische Wirtschaftsorganisation, die den Zielen und Erfordernissen sozialistischen Wirtschaftens* – Bedürfnisbefriedigung, Effizienz, Innovativität, Erhaltung und Verbesserung der natürlichen Umwelt, Flexibilität und Anpassungsfähigkeit u.a. – *gerecht wird*.

Ein wichtiger Platz kommt insbesondere folgenden Komplexen zu:

- der Entwicklung einer diesen Zielen und Erfordernissen entsprechenden Größenstruktur der Betriebe, den Beziehungen zwischen Groß-, Mittel- und

Kleinbetrieben, die alle eine wichtige Funktion in der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung zu erfüllen haben, genossenschaftlichen Betrieben sowie Projekten alternativer Ökonomie;

- dem Ausbau der Forschungskapazitäten in der Grundlagen- und angewandten Forschung an den Universitäten und Hochschulen, in wissenschaftlichen Akademien sowie anderen außeruniversitären Institutionen und in der Wirtschaft sowie einer rationellen und zukunftsorientierten Gestaltung der Beziehungen zwischen ihnen, die der Bedeutung von Wissenschaft, Forschung und Innovationen in der Wissensgesellschaft entspricht. Deren Entwicklung muss im Sozialismus durch breite öffentliche Diskussion von Prioritäten und der gesellschaftlichen Konsequenzen der Anwendung wissenschaftlich-technischer Ergebnisse (Technikfolgen-Bewertung) und eine Erweiterung demokratischer Einflussmöglichkeiten geprägt sein. Eine vordringliche Aufgabe besteht darin, die Defizite des Realsozialismus bei der Gestaltung der Innovationsprozesse von der Forschung bis zum Absatz bzw. bis zur Anwendung zu überwinden, u.a. durch wirksamere Motivation aller hieran Beteiligten und durch Erweiterung der ökonomischen Spielräume der Betriebe für eine breite Nutzung von Forschungsergebnissen;
- den Beziehungen zwischen den produzierenden Wirtschaftseinheiten und der Bereitstellung von Leistungen der Bildung, der Gesundheit und medizinischen Versorgung, der Kultur, des Sports, der Kinderbetreuung u.a. in Übereinstimmung mit den Bedürfnissen der Menschen und den Erfordernissen gesellschaftlicher Rationalität. Diese humanen Dienstleistungen gewinnen einen höheren Stellenwert für die Bedürfnisbefriedigung und die Lebensqualität und davon abgeleitet für die gesamte Wirtschaftstätigkeit. Sie werden voraussichtlich vorrangig in dafür spezialisierten Einrichtungen geleistet werden. Inwieweit sie teilweise auch in produzierenden Betrieben, die jeweils eine andere Funktion in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung erfüllen, organisiert und für Betriebsangehörige bereitgestellt werden, müsste weiter unter Berücksichtigung der sich verändernden Bedingungen erörtert werden. Hierfür kann auch die Auswertung von Erfahrungen der DDR in den volkseigenen Betrieben und Genossenschaften, in denen solche Leistungen in breitem Umfang von Belegschaftsmitgliedern und deren Angehörigen genutzt werden konnten, von Nutzen sein.

Die Entwicklung der Dienstleistungen im gegenwärtigen Kapitalismus ist mit vielen widersprüchlichen Prozessen verbunden. Deren Analyse und die Bedürfnisentwicklung machen deutlich, dass es nicht schlechthin um eine Erhöhung des Strukturanteils des Dienstleistungssektors gehen sollte, sondern um eine vorrangige Entwicklung qualitativ hochwertiger Dienstleistun-

gen, darunter in einem hohen Grad sozialer Dienstleistungen, die auch eine qualifizierte Arbeit voraussetzen und mit guten Arbeitsbedingungen verbunden sind. (Lehndorff 2006) Die staatlichen Ausgaben zur Finanzierung solcher qualifizierten Dienstleistungen im sozialen, Bildungs- und Gesundheitsbereich können nicht einfach als Konsumausgaben angesehen werden, sondern tragen den Charakter sozialer Investitionen und können als eine »Mischung von Konsumtion und Investitionen« aufgefasst werden (Esping-Anderson 2002: 9, zitiert bei Lehndorff 2006). Die vorrangige Entwicklung dieser sozialen Investitionen sollte einen herausragenden Platz in einem sozialistischen Transformationsprozess haben. Hieraus entstehen wiederum beträchtliche Anforderungen an die Staatsquote zur Bereitstellung der erforderlichen finanziellen Mittel.

Zur Entwicklung einer alternativen, sozialistischen Produktions- und Lebensweise gehört unbedingt auch die *Herausbildung einer neuen Qualität internationaler Wirtschaftsbeziehungen, die auf Gleichberechtigung, Solidarität und Zusammenarbeit beruhen*. Dies schließt eine tiefgreifende Umgestaltung der dominierenden kapitalistischen internationalen Arbeitsteilung sowie die *Herausbildung einer neuen, gerechten und zukunftsorientierten Weltwirtschaftsordnung* ein.

Diese Problematik umfasst eine Vielzahl komplexer, komplizierter und widersprüchlicher Prozesse:⁴² von der Überwindung der Nord-Süd-Kluft, der wirtschaftlichen und sozialen Polarisierung und der ungleichen, ungerechten Nutzung der Natur- und Rohstoffschätze, über Schritte zur Lösung der globalen Umweltprobleme und zur Entwicklung eines gleichberechtigten Handels zum Vorteil aller Beteiligten, die Beseitigung der viele Länder der »Dritten Welt« knechtenden Auslandsschulden, die Regulation und Eindämmung der globalen Finanzmärkte und des Agierens der global players, eine auf Demokratisierung, soziale und ökologische Ziele gerichtete Entwicklung der EU und anderer regionaler Wirtschaftsblöcke, bis zur radikalen Umgestaltung der internationalen ökonomischen und finanziellen Institutionen.

⁴² Hierzu gibt es viele vor allem globalisierungskritische Publikationen u.a.: Huffschmid 1999; Brand 2005; Biesecker u.a. (Hrsg.) 2004; Jenner 2006.

Eine neue Qualität gesellschaftlicher Regulierung

Für eine sozialistische Alternative kommt in Übereinstimmung mit den Erfahrungen des Realsozialismus und angesichts der sich weiter zuspitzenden Probleme des Kapitalismus folgenden Richtungen der gesellschaftlichen Regulierung eine besondere Bedeutung zu:

1. Die Regulierung der wirtschaftlichen Entwicklung muss auf einer *stabilen Verbindung zwischen der Nutzung des Marktes und des Wettbewerbs als wichtige Resultate des zivilisatorischen Fortschritts auf der einen und einer gesellschaftlichen, demokratisch kontrollierten Regulierung/Planung auf der anderen Seite beruhen*. Bei der Lösung dieser Aufgabe kommt dem Staat und zunehmend auch zivilgesellschaftlichen Strukturen eine Schlüsselrolle zu.

Nach den Erfahrungen des Staatssozialismus führt der Ersatz der Bewertungs-, Abstimmungs- und Stimulierungsfunktionen des Marktes durch administrativ festgelegte Normen und Auflagen zu beträchtlichen Effizienzverlusten und Innovationsdefiziten sowie zu Störungen in der bedarfsgerechten Produktion. Ebenso gilt: Eine marktwirtschaftliche Regulierung führt ohne gesellschaftliche Eingriffe und ohne entwickelte demokratische Mitbestimmung und Kontrolle zu den für den heutigen Kapitalismus typischen äußerst negativen sozialen und ökologischen Folgen, zum Brachliegen gesellschaftlicher Ressourcen und zu großen volkswirtschaftlichen Verlusten. *Eine zukunftsfähige Lösung kann nur in einer neuen Qualität der Verbindung beider Regulierungsprinzipien liegen*, deren Möglichkeit und konkrete Ausgestaltung noch viele offene Probleme und Fragen enthält, die nicht mit einem abstrakten Modell, sondern nur in einem längeren praktischen Lernprozess entschieden werden können. Aus der Bedeutung der Regulierungsproblematik für den Sozialismus im 21. Jahrhundert ergibt sich, dass Qualität und Lebensfähigkeit des Sozialismus entscheidend von seiner Fähigkeit abhängt, die praktizierte Regulierung ständig kritisch zu prüfen, und *von innen heraus notwendige Korrekturen vorzunehmen*.

2. Eine wirksame gesellschaftliche Regulierung/Planung und demokratische Kontrolle der Wirtschaft im Interesse der Menschen und nicht der Kapitalrenditen sowie zur Sicherung einer sozial und ökologisch zukunftsfähigen Wirtschaftsentwicklung setzen voraus, dass die *Gesellschaft über eine eigene ökonomische Basis* – öffentliches oder Gemeineigentum in Schlüsselbereichen der Wirtschaft und in der Daseinsvorsorge⁴³ – verfügt, und dass die

⁴³ Vgl. Aufruf zur Gründung einer neuen Linken Juni 2006.

für eine solche Wirtschaftsentwicklung *erforderlichen ökonomischen und rechtlichen Rahmenbedingungen* geschaffen werden.

Dabei gilt es, die erhöhte Rolle der Finanzmärkte und der finanziellen Institutionen im globalen Finanzmarkt-Kapitalismus zu berücksichtigen. Das betrifft einen Bereich, in dem es noch viele offenen Fragen für eine sozialistische Transformation gibt und der Klärungsbedarf recht groß ist. Die Verstaatlichung der großen Banken in Verbindung mit einer wirksamen gesellschaftlichen, weitgehend staatlichen Einflussnahme auf die Finanzinstitutionen und eine demokratische Kontrolle ihrer Tätigkeit wird eine wichtige Rolle spielen. Dabei ist die Regulierung der Kreditpolitik, insbesondere der Einsatz der Kredite zur Förderung von KMU und speziell innovativer Existenzgründer, besonders notwendig. Eine sozialistische Reformpolitik im nationalstaatlichen Rahmen wird gerade auf diesem Gebiet schnell auf Begrenzungen stoßen, die sich aus den internationalen Verflechtungen des Finanzkapitals und dem umfassenden, für die Mitgliedsstaaten verbindlichen, Regelwerk der EU ergeben. Eine linke sozialistische Reformstrategie muss diese Problematik weit stärker als bisher berücksichtigen und entsprechende Konsequenzen für die EU und die internationalen Finanzinstitutionen in ihre Überlegungen einbeziehen. Dazu sind Diskussionen und eine enge Kooperation zwischen den Linken im internationalen Maßstab, zwischen den Linksparteien und sozialen Bewegungen unverzichtbar. Dazu gehört vor allem die weitere Erörterung der Probleme, die mit den zerstörerischen Wirkungen der deregulierten globalen Finanzmärkte verbunden sind, sowie der Möglichkeiten und notwendigen Schritte, um diese Wirkungen einzuschränken. In einem Sozialismusprojekt des 21. Jahrhunderts müsste der Qualifizierung der Rahmenbedingungen, insbesondere der finanziellen und steuerpolitischen Bedingungen, ein höherer Stellenwert beigemessen werden als im Staatssozialismus des 20. Jahrhunderts. Das bedeutet u.a., dass der Umbau des gegenwärtigen Steuer- und Abgabensystems nach sozialen und ökologischen Kriterien sowie zur Erweiterung der finanziellen Spielräume der Regionen und Kommunen und die Aufstellung und öffentliche, transparente, demokratische Diskussion der Haushalte – Entwicklung partizipativer Haushalte – auf allen Ebenen zentrale Aufgaben einer sozialistischen Reformstrategie sind.

3. Die Festlegung der erforderlichen Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Tätigkeit ist ein notwendiger Bestandteil gesellschaftlicher Regulierung. Sie darf aber nicht darauf beschränkt werden. Hierzu gehört auch die *verbindliche Festlegung von Zielen, Aufgaben und den zu ihrer Realisierung erforderlichen Maßnahmen und Ressourcen*. Dazu sind wichtige zukunfts-

bestimmende, insbesondere für eine ökologisch nachhaltige Entwicklung und die Herausbildung einer neuen, zukunftsfähigen Lebensweise wichtige staatliche Auflagen und strukturpolitische Entscheidungen erforderlich. Sie sollten auch ausgewählte natural-stoffliche Auflagen und Bilanzen, öffentliche Investitionsprogramme, Maßnahmen zur Sicherung der Teilnahmemöglichkeit an der gesellschaftlichen Arbeit umfassen.

4. Es müssen ständig die ökonomischen und finanziellen Regelungen getroffen werden, um eine für soziale Sicherheit und Gleichheit, Umwelterfordernisse und gesamtgesellschaftliche Aufgaben *erforderliche Umverteilung des Mehrprodukts zu gewährleisten*. Die soziale Sicherheit wird angesichts der demografischen Veränderungen, der Vergrößerung der Freizeit und eines insgesamt geringeren Wirtschaftswachstums vor neuen Herausforderungen stehen. Hierzu müsste die Finanzierung der sozialen Sicherheit und der sozialen Gleichheit im Zusammenhang mit einem in wesentlichen Zügen neuen System der sozialen Sicherheit unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts erarbeitet werden. Dazu sollte die Diskussion der beiden in der Linken umstrittenen Modelle einer repressionsfreien, bedarfsorientierten sozialen Grundversicherung versus eines bedingungslosen Grundeinkommens weitergeführt werden.

Die Steuer- und Abgabenquote muss in Übereinstimmung mit den zu lösenden gesellschaftlichen Aufgaben festgelegt werden. Dabei müssen einerseits härtere finanzielle (Budget-)Restriktionen durchgesetzt werden, die den effektiven, sparsameren Einsatz von Ressourcen ökonomisch weit wirksamer fördern, als es im Staatssozialismus praktiziert wurde, und andererseits gesichert werden, dass die Gesellschaft bzw. der Staat über die zur Erfüllung ihrer sozialen, ökologischen und gesamtgesellschaftlichen Aufgaben erforderlichen Finanzmittel verfügt.

5. Die Tendenzen des heutigen Kapitalismus zur »Vermarktlichung« aller gesellschaftlichen Beziehungen, der Ausdehnung der Marktregulierung auf Bereiche der Daseinsvorsorge, auf Bildung, Gesundheit, Kinderbetreuung u.ä., müssen gestoppt und durch eine demokratische gesellschaftliche Regulierung zugunsten sozialer Gleichheit, gleicher Zugangschancen aller zu den Grundbedingungen des Lebens unabhängig von ihren Einkommen, umgekehrt werden.

Mit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel und der Überwindung der gesellschaftlichen Dominanz des kapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln wird im Bereich des Gemeineigentums der Warencharakter der Arbeitskraft aufgehoben und in den vorhandenen kapitalistischen Betrieben entscheidend eingeschränkt (Dekommodifizierung der Arbeitskraft). Diese

Veränderung ist einer der grundlegenden sozialen Prozesse eines sozialistischen, auf Emanzipation und Selbstbestimmung gerichteten Transformationsprojekts. Dabei kann angeknüpft werden an die Marxschen Erkenntnisse zur Bestimmung des Werts der Ware Arbeitskraft und an den von ihm begründeten historisch-moralischen Faktor, der in die Wert- und Preisbildung der Arbeitskraft eingeht und der entscheidend von den Auseinandersetzungen zwischen Arbeit und Kapital und insgesamt von den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen beeinflusst wird.

Literatur

- Altwater, Elmar/Sekler, Nicola (Hrsg.) (2006): Solidarische Ökonomie, Reader des Wissenschaftlichen Beirats von Attac, Hamburg
- Behrens, Fritz (1957): Zum Problem der Ausnutzung ökonomischer Gesetze in der Übergangsperiode, in: Wirtschaftswissenschaft, 3. Sonderheft, Berlin
- Behrens, Fritz, (1992): Abschied von der sozialen Utopie? Berlin
- Benary, Arne (1957): Zu Grundproblemen der Politischen Ökonomie des Sozialismus in der Übergangsperiode, in: Wirtschaftswissenschaft, 3. Sonderheft, Berlin
- Biesecker, Adelheid/Büscher, Martin/Sauer, Thomas/Stratmann-Mertens, Eckhard (2004): Alternative Weltwirtschaftsordnung, Hamburg
- Bischoff, Joachim/Draheim, Hans-Georg (2003): Sozialismus im 21. Jahrhundert. Zur politischen Ökonomie einer nicht-kapitalistischen Gesellschaft, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 1
- Bischoff, Joachim/ Detje, Richard/Hüning, Hasko/ Radke, Björn (2006), Neue Linke – neue Partei? Zum »Aufruf zur Gründung einer neuen Linken«, Sozialismus 7-8
- Bischoff, Joachim/Huffschmid, Jörg/Nick, Harry/Reuter, Norbert/Steinitz, Klaus/Zinn, Karl Georg (2006): In der Stagnationsfalle. Perspektiven kapitalistischer Entwicklung, Hamburg
- Bischoff, Joachim/Lieber, Christoph (2006): Ein dritter Weg: Äquivalenzökonomie? Sozialismus 11.
- Bisky, Lothar/Ernst, Klaus/ Gysi, Gregor/Kipping, Katja/Lafontaine, Oskar/Weck, Felicitas, Aufruf zur Gründung einer neuen Linken am 2. Juni 2006, Berlin
- Blessing, Klaus (2003): Ist sozialistischer Kapitalismus möglich? Erfahrungen und Schlussfolgerungen aus zwei Gesellschaftssystemen, Berlin
- Bollinger, Stefan (Hrsg.) (2004): Das letzte Jahr der DDR. Zwischen Revolution und Selbstaufgabe, Berlin
- Bontrup, Heinz J./Müller, Julia u.a. (2006): Wirtschaftsdemokratie. Alternative zum Shareholder-Kapitalismus, Hamburg
- Brand, Ulrich (2005): Gegen-Hegemonie. Perspektiven globalisierungskritischer Strategien, Hamburg
- Brie, Michael/Chrapa, Michael/Klein, Dieter (2002): Sozialismus als Tagesaufgabe, Berlin
- Brie, Michael (2006), Die Linke – was kann sie wollen? Politik unter den Bedingungen des Finanzmarktkapitalismus, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 3
- Castro, Fidel (2006): Rede zur Festveranstaltung anlässlich des 60. Jahrestages seiner Aufnahme in die Universität, am 17. November 2005 in der Aula Magna der Universität Havanna, in: Fidel Castro, Felipe Péres Roque, Heinz Dieterich: Kuba nach Fidel. Kann die Revolution überleben?, Berlin

- Deutsche Bundesbank (1999): Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989, Frankfurt am Main
- Dieterich, Heinz (2006): Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts, Berlin
- Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V. (Hrsg.) (1997): Zur Programmatik der Partei des demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar, Berlin
- Goldschmidt, Werner (1995): Kein Sozialismus ohne Demokratie, Zeitschrift marxistische Erneuerung Z, Nr. 21, März
- Heske, Gerhard (2005): Bruttoinlandsprodukt, Verbrauch und Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland 1970-2000. Neue Ergebnisse einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, Zentrum für Historische Sozialforschung, Köln
- Huffschmid, Jörg (1999): Politische Ökonomie der Finanzmärkte, Hamburg
- Institut für angewandte Wirtschaftsforschung Berlin (1990): Ursachen der Wirtschaftskrise in der DDR. Schlussbilanz einer verfehlten Wirtschaftspolitik, Berlin
- Jenner, Gero (2006): Energiewende. So sichern wir Deutschlands Zukunft, Berlin
- Joas, Hans/Köhli, Martin (1993): Der Zusammenbruch der DDR, Frankfurt am Main
- Klein, Dieter (2003): Leben statt gelebt zu werden. Selbstbestimmung und soziale Sicherheit. Zukunftsbericht der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin
- Krause, Günter (1998): Wirtschaftstheorie in der DDR, Marburg
- Krömke, Claus (1995): Innovationen nur gegen den Plan, in: Theo Pirker u.a. (Hrsg.): Der Plan als Befehl und Fiktion, Opladen
- Kusch, Günter/Montag, Rolf/Spocht, Günter/Wetzker, Konrad (1991): »Schlussbilanz – DDR«, Berlin
- Kornai, Janos (1980): Economics of Shortage, Amsterdam
- Lehndorff, Steffen (2006): Motor der Entwicklung oder – fünftes Rad am Wagen? Soziale Dienstleistungen als gesellschaftliche Investitionen, in: Ders. (Hrsg.), Das Politische in der Arbeitspolitik: Ansatzpunkte für eine nachhaltige Arbeits- und Arbeitszeitgestaltung, Berlin
- Luft, Christa (1998): Abbruch oder Aufbruch? Warum der Osten unsere Chance ist, Berlin
- Mai, Karl (2006 a): Für eine objektive Aufarbeitung der DDR-Geschichte: War die DDR bankrott oder total marode? Fiktion und Wirklichkeit 1989, www.memo.uni-bremen.de/docs/m2706b.pdf
- Mai, Karl (2006 b): Für eine objektive Aufarbeitung der DDR-Geschichte: Zur »Mangelwirtschaft« in der DDR – Versuch einer systemtheoretischen Nachbetrachtung, www.memo.uni-bremen.de/docs/m2406.pdf
- Marx, Karl (1956 ff.): MEW, Berlin
- Mises, Ludwig von (1932): Die Gemeinwirtschaft. Untersuchungen über den Sozialismus, Jena
- Mittelbach, Hans (2005): Entwicklungen und Umbrüche der Einkommens- und Vermögensverteilung in Ostdeutschland vor und nach der deutschen Vereinigung (1970-1994), Regensburg

- Müller, Horst (2005): Sozialwirtschaft als Systemalternative, in: Ders. (Hrsg.): Das Praxiskonzept im Zentrum gesellschaftskritischer Wissenschaft, Studien zur Philosophie & Wissenschaft gesellschaftlicher Praxis, Norderstedt
- Müller, Uwe (2006): Supergau Deutsche Einheit, Hamburg
- Nakath, Detlef (2005): War die DDR »heimliches EG-Mitglied«?, in: Die DDR Wirtschaft in den 80er Jahren, Pankower Vorträge, Heft 70, Helle Panke e.V., Berlin
- Neubert, Harald (2006): Partei der Europäischen Linken. Erfordernis, Formierung, Aufgaben und Probleme, Pankower Vorträge, Heft 80, Helle Panke e.V., Berlin
- Nick, Harry (2003): Gemeinwesen DDR. Erinnerungen und Überlegungen eines Politökonomen, Hamburg
- Nick, Harry (1993): War der Absturz der ostdeutschen Wirtschaft unvermeidlich? Controvers, Diskussionsangebote der PDS, Berlin
- Nick, Harry (1994): Warum die DDR wirtschaftlich gescheitert ist, hefte zur ddr-geschichte, Helle Panke e.V. Heft 21, Berlin
- Nick, Harry/Steinitz, Klaus (1996): Bilanz der Übernahme der DDR-Wirtschaft durch die Bundesrepublik Deutschland und Ausblick, in: Hanna Behrend (Hrsg.): Die Abwicklung der DDR, Wende und deutsche Vereinigung von Innen gesehen, Köln,
- Peters, Arno (1996): Das Äquivalenz-Prinzip als Grundlage der Globalökonomie, Vaduz
- Peters, Jürgen/Schmitthener, Horst (Hrsg.) (2003): Gute Arbeit. Menschengerechte Arbeitsgestaltung als gewerkschaftliche Zukunftsaufgabe, Hamburg
- Plener, Ulla (2001): Wirtschaften für's Allgemeinwohl. Wege zur sozialen Gerechtigkeit, Berlin
- Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus (1993), beschlossen auf der 1. Tagung des 3. Parteitages der PDS, 29. bis 31. Januar 1993, Berlin
- Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus (2003), Beschluss der 2. Tagung des 8. Parteitages der PDS am 25./26. Oktober 2006 in Chemnitz, Sonderausgabe von Disput 11 und Pressedienst 44-45, Berlin
- Programmatische Eckpunkte (2006): Entwurf des programmatischen Gründungsdokuments der Partei DIE LINKE. Beschluss der Vorstände von Linkspartei.PDS und WASG auf ihrer gemeinsamen Beratung am 10. Dezember
- Rosa Luxemburg Stiftung (Hrsg.) (2000): ReformAlternativen sozial ökologisch zivil, Berlin
- Roesler, Jörg (2006): Momente deutsch-deutscher Wirtschafts- und Sozialgeschichte 1945 bis 1990. Eine Analyse auf gleicher Augenhöhe, Leipzig
- Schulz, Werner (1999): Rede im Bundestag 1999, Das Parlament, Nr. 38
- Schürer, Gerhard (1992), Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlussfolgerungen vom 30.10.1989, Vorlage für das Politbüro vom 30. Oktober 1989, in: DA, H. 1992/12
- Schürer, Gerhard (1996): Das Ende der DDR-Wirtschaft, in: Ludwig Elm, Dietmar Keller, Reinhard Mocek (Hrsg.), Ansichten zur Geschichte der DDR, Wirtschaft,

- Bd. VI, Bonn, Berlin
- Sjöberg, Stefan (2006), Kollektive Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, UTOPIEKreativ, Heft 186
- Statistische Jahrbücher der DDR, Berlin, verschiedene Jahrgänge
- Steinitz, Klaus (2006), Wirtschaftswachstum und ökologische Nachhaltigkeit in der Programmdebatte der Linken – dauerhafter Konfliktstoff oder Möglichkeiten für einen Konsens, in: Wirtschaftswachstum und ökologische Nachhaltigkeit, Pankower Vorträge, Heft 87, Helle Panke e.V., Berlin
- Steinitz, Klaus (2005), Chancen für eine alternative Entwicklung. Wirtschaftspolitik heute, Hamburg
- Wagener, Hans-Jürgen (1995): Anlage oder Umwelt? Überlegungen zur Innovationschwäche der DDR-Wirtschaft, Berliner Debatte INITIAL, Nr. 1
- Watzek, Hans (1996): Wie stand es um die Landwirtschaft der DDR?, in: Ludwig Elm, Dietmar Keller, Reinhard Mocek (Hrsg.), a.a.O.
- Wehr, Andreas (2000): Sozialismuskritik nach dem Scheitern des versuchten Sozialismus, Zeitschrift marxistische Erneuerung Z., Nr. 43, September
- Wenzel, Siegfried (1996): Die DDR-Wirtschaft im Spannungsfeld zwischen objektiven Bedingungen und Politik der SED, in: Ludwig Elm, Dietmar Keller, Reinhard Mocek (Hrsg.), Ansichten zur Geschichte der DDR, Wirtschaft, Bd. VI, Bonn, Berlin
- Wenzel, Siegfried (1998): Plan und Wirklichkeit. Zur DDR-Ökonomie. Dokumentation und Erinnerungen, St. Katharinen
- Wenzel, Siegfried (1999): Sozialismus gleich Mangelwirtschaft? Ein Beitrag zur Systemauseinandersetzung. Pankower Vorträge, Heft 14, Helle Panke e.V., Berlin
- Wenzel, Siegfried (2000): Was war die DDR wert? Und wo ist dieser Wert geblieben? Versuch einer Abschlussbilanz, Berlin
- Wenzel, Siegfried (2003): Was kostet die Wiedervereinigung?, Berlin
- Wenzel, Siegfried (2006): Sozialismus des 21. Jahrhunderts? UTOPIEKreativ, September
- Wiards, Mathias (2001): Krise im Realsozialismus. Die Politische Ökonomie der DDR in den 80er Jahren, Hamburg
- Wolf, Herbert (1996): Das Verhältnis von Ökonomie und Politik in der DDR – Möglichkeiten und Realitäten ihrer Entwicklung, in: Ludwig Elm, Dietmar Keller, Reinhard Mocek, a.a.O.
- Workshop (2000): ... eine spannende Periode in der Wirtschaftsgeschichte der DDR, Entstehen und Abbruch des Neuen Ökonomischen Systems in den 1960er Jahren, Beiträge eines Workshops, Pankower Vorträge 23/1 und 23/2 der Hellen Panke e.V., Berlin

VSA: Linke Alternativen



Klaus Steinitz

Chancen für eine alternative Entwicklung

Linke Wirtschaftspolitik heute

176 Seiten; € 14.80
ISBN 3-89965-132-4

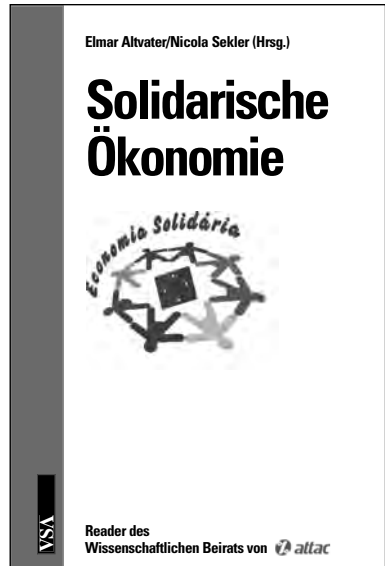
Klaus Steinitz liefert eine kritische Bestandsaufnahme alternativer Wirtschaftspolitik, ihrer Vorschläge sowie ihrer Ergebnisse.

Ulrich Brand

Gegen-Hegemonie

Perspektiven globalisierungskritischer Strategien

224 Seiten; € 13.80
ISBN 3-89965-116-2



Eimar Altwater/Nicola Sekler (Hrsg.)

Solidarische Ökonomie

Reader des Wissenschaftlichen Beirats von 

Reader des Wissenschaftlichen Beirats von Attac

160 Seiten; € 14.80
ISBN 3-89965-170-7

Die AutorInnen beleuchten Erfahrungen, Beispiele und Konzepte neuer genossenschaftlicher Wirtschaftsformen.

Uwe-Jens Heuer

Marxismus und Glauben

316 Seiten; € 19.80
ISBN 3-89965-176-6

Jürg Ulrich

Kamenev: Der gemäßigte Bolschewik

Das kollektive Denken im Umfeld Lenins
264 Seiten; € 19.80
ISBN 3-89965-206-1

Prospekte anfordern!

VSA-Verlag
St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg
Tel. 040/28 05 05 67
Fax 040/28 05 05 68
mail: info@vsa-verlag.de

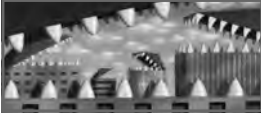
VSA

www.vsa-verlag.de

VSA: Politische Ökonomie

Joachim Bischoff

Zukunft des Finanzmarkt- Kapitalismus



Strukturen, Widersprüche, Alternativen

VSA

244 Seiten; € 16.80

ISBN 3-89965-184-7

Joachim Bischoff verdeutlicht, warum die Fehlentwicklungen der Finanzökonomie die umfassende Demokratisierung der Wirtschaft nahelegen.

Otto Bauer

Die größte Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft (1929-1935)

Eine marxistische Erklärung

304 Seiten; € 26.80

ISBN 978-3-89965-208-6

Prospekte anfordern!

VSA-Verlag

St. Georgs Kirchhof 6

20099 Hamburg

Tel. 040/28 05 05 67

Fax 040/28 05 05 68

mail: info@vsa-verlag.de

Stephan Krüger

Konjunkturzyklus und Über- akkumulation

Wert, Wertgesetz und Wertrechnung
für die Bundesrepublik Deutschland



VSA

168 Seiten; € 12.80

ISBN 978-3-89965-201-7

Konjunkturanalyse, Werttheorie, Marxinterpretation und Realanalyse bundesdeutscher Wirtschaftsgeschichte.

J. Bischoff/J. Huffschild/H. Nick/
N. Reuter/K. Steinitz/K.G. Zinn

In der Stagnationsfalle

Perspektiven kapitalistischer
Entwicklung

128 Seiten; € 12.80

ISBN 3-89965-189-8

Miren Etxezarreta/John Grahl/Jörg
Huffschild/Jacques Mazier u.a.

EuroMemo 2006

Herausgegeben von der Europäischen
Memorandum-Gruppe

140 Seiten; € 12.80

ISBN 978-3-89965-232-1

www.vsa-verlag.de

VSA